



Ehelente Leo und Elbe Conitzer und Söhne Rudolf und Heinz

Ehelente Michael und Hilde Lewin

Ehelente Georg und Hedwig Margenhörner und Töchter Margot und Ruth

Lucy Marzew-Schilling Frida Marzew

Gertra. Sachs Hedwig Sachs Ehelente Gustav Löwenstein

Ehelente Berthold Mannes

Ehelente Hans Salomon Ehelente Adolf Schluss

Jenny Emanuel Ehelente Sally und Helene Wille und Tochter Ruth

Ehelente Oskar und Grete Geisler

Ehelente Max und Ruth Liebschütz-Nathan und Hinner Vrl. Julia, Gisela

Hedwig Zamory und Tochter Ruth

Hanna Zamory Ehelente Dr. Jur. Martin und Sophie Hagg

Ehelente Heinrich Schmalewitz

Ehelente Georg und Minna Marcus Leo Lobenz

DIESE VERGESSENE DORF-SACHSE
SIEHT MAN HEUTE IN
HETTINGEN UNTER
EINER ANDEREN
1911 - 1998

Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2021



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Rede der Bundeskanzlerin anlässlich des Festakts zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021 in Halle (Saale) Angela Merkel	1
Das KZ-Außenlager Blankenburg-Oesig (Deckname „Klosterwerke“) – Geschichte und Erinnerung Jens-Christian Wagner	8
Die extreme Rechte und die NS-Geschichte David Begrich, Pascal Begrich	17
Von der Schwierigkeit des Erinnerns an den ersten Deutschen im All Kai Langer	25
Zu freier Urteilsbildung befähigen: Marienborn – vom historischen Ort zur Gedenkstätte Joachim Scherrieble	46
Die Bearbeitung der Geschichte der Juden der Stadt Schönebeck (Elbe) Johannes Golling	99
Mit der Mauer leben: Eröffnung der Lesereihe „Gedanken im Grenzland“ Frank Wolff	105
Rezension: Alexander Sperk: Die Geheime Staatspolizei in Anhalt. Personal, Lageberichte, Verfolgte (= Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Bd. 5), Halle (Saale), Mitteldeutscher Verlag 2021 Felix Schneider	120
Rezension: Lothar Rochau: Marathon mit Mauern. Mein deutsch-deutsches Leben, Halle (Saale), Mitteldeutscher Verlag 2021 André Gursky	124

Aus der Arbeit der Stiftung

Halle-Forum vom 21. bis 22. Oktober 2021: Zersetzung. Psychologie im Auftrag der Staatssicherheit. Folgen – Aufarbeitung – Rehabilitierung

André Gursky

130



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei Ihrer Rede am 3. Oktober 2021

Rede der Bundeskanzlerin anlässlich des Festakts zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2021 in Halle (Saale)¹

Angela Merkel

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Herren Präsidenten des Bundestages, des Bundesrates und
des Bundesverfassungsgerichtes,
sehr geehrte Damen und Herren Ministerpräsidenten,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Bundeskabinett und den Parlamenten,
Exzellenzen,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen,
unser Nationalfeiertag, dieser Tag der Deutschen Einheit, geht nicht auf ein Ereignis
weit vor unserer Zeit tief in unserer Geschichte zurück. Vielmehr erinnert er an etwas,

das die meisten von uns bewusst miterlebt haben und das heute vor 31 Jahren unser Leben verändert hat. Der 3. Oktober 1990 steht für die Wiedervereinigung unseres Landes in Frieden und Freiheit. Diese Freiheit brach nicht einfach über uns herein, diese Freiheit wurde errungen. Das Land, das wir heute als wiedervereinigtes feiern, konnte werden, weil es Menschen in der DDR gab, die für ihre Rechte, für ihre Freiheit, für eine andere Gesellschaft alles riskiert haben.

Wir stehen in der Schuld derer, die so viel gewagt haben, die mutig, hoffungsvoll auf die Straße gegangen sind. Wir dürfen nie vergessen, dass es auch anders hätte ausgehen können. Wer damals aufstand, wer für die demokratischen Rechte sprach und demonstrierte, konnte nicht sicher sein, dass es sich lohnen würde, dass die Revolution gelingen würde, dass es nicht bitter bestraft würde. Das ist wahrhaftiger Mut.

Auch dürfen wir nie vergessen, dass die Einheit Deutschlands ohne das Engagement unserer Nachbarn in Mittel- und Osteuropa undenkbar wäre. Ob in Polen, in Ungarn, in der Tschechoslowakei – überall gab es Menschen, die mit ihrem Einsatz für Freiheit und demokratische Mitbestimmung die Teilung Europas überwand. Dieser gemeinsame Einsatz führte auch dazu, dass auch die damalige Sowjetunion die Überwindung des Kalten Krieges geschehen ließ.

Unvergessen bleibt die Unterstützung unserer Partner im Westen – allen voran der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und Großbritanniens. Sie brachten einem wiedervereinigten Deutschland ein keineswegs selbstverständliches Vertrauen entgegen. Dieses Vertrauen war über Jahrzehnte aufgebaut worden – zuvorderst von Staatsmännern wie Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Kohl; und in dieser Stadt will ich auch Hans-Dietrich Genscher nennen.

Die Früchte all dieser Anstrengungen, die Chancen, die mit unserer demokratischen Freiheit in unserem wiedervereinigten Land einhergehen, dürfen wir heute genießen.

Für mich persönlich, die ich die Erfahrung der Mauer, der SED-Diktatur, der Angst vor dem Bespitzelungsapparat der Staatssicherheit, der Unfreiheit und Enge noch kenne, sind das Ende der Teilung und die Demokratie immer noch und immer wieder etwas Besonders – und zwar weil ich weiß, dass sie errungen wurden und nicht zuletzt weil man die Demokratie auch leben, ausfüllen, schützen muss. Sie braucht uns so, wie wir sie brauchen. Demokratie ist nicht einfach da, sondern wir müssen immer wieder für sie miteinander arbeiten, jeden Tag.

Manchmal jedoch, so fürchte ich, gehen wir mit den demokratischen Errungenschaften etwas zu leichtfertig um, als müssten wir nichts für sie tun, als ob sie sich von Generation zu Generation ganz selbstverständlich weitergeben ließen.

Wir erleben aber in dieser Zeit zusehends Angriffe auf so hohe Güter wie die Pressefreiheit. Wir erleben eine Öffentlichkeit, in der demagogisch mit Lügen und Desinformation Ressentiments und Hass geschürt werden, ohne Hemmung und ohne Scham. Da werden nicht nur einzelne Personen oder Gruppen diffamiert, da werden nicht nur Menschen angegriffen wegen ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihres Glaubens – da wird die Demokratie angegriffen. Nicht weniger als unser gesellschaftlicher Zusammenhalt steht deshalb auf dem Prüfstand.

Erschütternd sind auch die vermehrten Anfeindungen von Menschen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen – ob Feuerwehrleute, Rettungssanitäter oder Kommunalpolitiker. Die verbale Verrohung und Radikalisierung, die da zu erleben sind, dürfen nicht nur von denen beantwortet werden, die ihr zum Opfer fallen, sondern müssen von allen zurückgewiesen werden. Denn allzu schnell münden verbale Attacken in Gewalt – so wie es die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge hier in Halle, das Attentat von Hanau oder die Ermordung eines 20-jährigen Tankstellenmitarbeiters in Idar-Oberstein zeigten. Soweit darf es gar nicht erst kommen.

Deshalb müssen wir uns an einem Tag wie heute auch ehrlich fragen, wie wir miteinander umgehen, wie viel wechselseitigen Respekt wir vermitteln und wie wir die Demokratie vor denen schützen, die sie missachten, die sie verachten. Vorurteilen und Unwissenheit können wir entgegenwirken – durch die Bereitschaft, offen für andere und ihre Ansichten und Erfahrungen zu sein. Das ist das Besondere einer Demokratie: dass sie individuelle Überzeugungen und Lebensentwürfe zulässt und schützt. Wir dürfen verschieden sein, wir dürfen unsere Vorstellungen vom Glück so entwickeln, wie es uns guttut, solange das auf dem Boden unserer grundgesetzlichen Ordnung geschieht. Vielfalt und Unterschiede sind keine Gefahr für die Demokratie; ganz im Gegenteil. Vielfalt und Unterschiede sind Ausdruck gelebter Freiheit. Erst recht gilt das für unser wiedervereinigtes Land mit all den bis 1990 durch die Teilung erzwungenen so unterschiedlichen Lebenswegen der Menschen in Ost und West.

Doch ganz ehrlich, ganz so einfach ist es häufig nicht. Müssen nicht Menschen meiner Generation und Herkunft aus der DDR die Zugehörigkeit zu unserem wiedervereinigten Land auch nach drei Jahrzehnten Deutscher Einheit gleichsam immer wieder neu

beweisen, so als sei die Vorgeschichte, also das Leben in der DDR, irgendwie eine Art Zumutung?

Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel aus meinem Leben erzählen. In einem im letzten Jahr von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben Buch mit vielen Beiträgen und Positionen zur Geschichte der CDU heißt es in einem der dort veröffentlichten Aufsätze über mich: „Sie, die als Fünfunddreißigjährige mit dem Ballast ihrer DDR-Biographie in den Wendetagen zur CDU kam, konnte natürlich kein ‚von der Pike auf‘ sozialisiertes CDU-Gewächs altbundesrepublikanischer Prägung sein.“

Die DDR-Biografie, also eine persönliche Lebensgeschichte von in meinem Fall 35 Jahren in einem Staat der Diktatur und Repression – „Ballast“? Dem Duden nach also eine „schwere Last, die“ – in der Regel – „als Fracht von geringem Wert zum Gewichtsausgleich mitgeführt wird“ oder als „unnütze Last, überflüssige Bürde“ abgeworfen werden kann? – Das war der Duden.

Ich erzähle das hier nicht, um mich zu beklagen. Denn ich bin nun wirklich die Letzte, die Grund hätte, sich zu beklagen – so viel Glück, wie mir persönlich in meinem Leben beschieden ist. Ich erzähle es auch nicht als Bundeskanzlerin. Ich möchte es vielmehr als Bürgerin aus dem Osten erzählen, als eine von gut 16 Millionen Menschen, die in der DDR ein Leben gelebt haben, die mit dieser Lebensgeschichte in die Deutsche Einheit gegangen waren und solche Bewertungen immer wieder erleben – und zwar als zähle dieses Leben vor der Deutschen Einheit nicht wirklich. Ballast eben, bestenfalls zum Gewichtsausgleich tauglich, im Grunde aber als unnütze Last abzuwerfen. Ganz gleich, welche guten und schlechten Erfahrungen man mitbrachte: Ballast.

Bis heute – davon bin ich überzeugt – wird zu wenig gesehen, dass die Wiedervereinigung für die allermeisten Menschen in Westdeutschland im Wesentlichen bedeutete, dass es weiterging wie zuvor, während sich für uns Ostdeutsche fast alles veränderte: Politik, Arbeitswelt, Gesellschaft. Wer in seinem Leben vorankommen wollte, musste sich natürlich mit verändern.

Jede und jeder kann nach 31 Jahren Deutscher Einheit eine eigene persönliche Bilanz ziehen. Mit dem Ende der DDR und mit der endlich gewonnenen Freiheit, sein Denken und Leben selbst bestimmen zu können, gingen so viele neue Chancen einher. Das war und ist die eine, die wunderbare Seite.

Zugleich aber fanden sich nicht wenige, die ihren Weg in der völlig neuen Lebensumwelt zu gehen versuchten, in einer Sackgasse wieder. So manche berufliche Fähigkeit,

die früher gefragt war, zählte plötzlich wenig oder gar nicht mehr. Das war die andere Seite. Auch solche deprimierenden Erfahrungen sind Teil unserer Geschichte. Wir dürfen sie nicht ignorieren oder vergessen, schon allein aus Respekt vor persönlichen Biografien, aber auch deshalb nicht, weil die Gestaltung der Einheit unseres Landes kein abgeschlossener Prozess ist und weil wir darauf achten müssen, dass nicht plötzlich bei manchen, ganz gleich, ob bewusst oder unbewusst, ihre Herkunft gegen sie veranschlagt wird.

Auch hierzu möchte ich Ihnen ein Beispiel aus meinem Leben erzählen. Auch dieses Beispiel erzähle ich nur, weil ich es bezeichnend und damit am Tag der Deutschen Einheit bedenkenswert finde. In einem Ende letzten Jahres in der „Welt am Sonntag“ erschienenen Artikel schrieb ein – im Übrigen von mir sehr geachteter und geschätzter Journalist und Autor – Bezug nehmend auf eine Antwort von mir in einer Pressekonferenz am 15. September 2015, unter anderem: „Und sie tat etwas, was keiner ihrer Amtsvorgänger je getan hatte: Sie distanzierte sich einen Atemzug lang von der Republik, deren zweite Dienerin sie doch war. Sie sagte: Wenn man sich dafür entschuldigen müsse, in der Flüchtlingskrise ein freundliches Gesicht gezeigt zu haben, ‚dann ist das nicht mein Land‘. Da blitzte einen Moment lang durch, dass sie keine geborene, sondern eine angelernte Bundesdeutsche und Europäerin ist.“

Keine geborene, sondern angelernte Bundesdeutsche? Keine geborene, sondern angelernte Europäerin? Gibt es zwei Sorten von Bundesdeutschen und Europäern – das Original und die Angelernten, die ihre Zugehörigkeit jeden Tag aufs Neue beweisen müssen und mit einem Satz wie dem in der Pressekonferenz durch die Prüfung fallen können? Mit einem Satz, mit dem ich in einer Antwort auf eine Reporterfrage unter anderem auf die im September 2015 um die Welt gegangenen Bilder von Bürgerinnen und Bürgern erinnere, die in München und anderen Orten Flüchtlinge mit offenem Herzen und, ja, mit einem freundlichen Gesicht am Bahnhof empfangen hatten? Distanziere ich mich in meiner Antwort tatsächlich von meinem Land? Anders gefragt – denn darum geht es mir heute hier im Kern –: Wer entscheidet, wer die Werte und Interessen unseres Landes versteht und wer das nicht tut beziehungsweise eben nur, um das Wort noch einmal aufzugreifen, in „angelernter“ Weise? Welches Bild von Wiedervereinigung wird darin sichtbar? Hier die einen, die seit jeher Bundesdeutsche sind, dort die anderen, die Hinzugekommenen, die sich durch Übung etwas aneignen müssen – von geborenen und angelernten Europäern gar nicht zu reden?

Was also ist mein Land? – Ein Land, in dem alle miteinander immer neu lernen. Ein Land, in dem wir „gemeinsam Zukunft formen“, wie es das Motto des diesjährigen Tages der Deutschen Einheit sagt. Ein Land, in dem gerade auch die Erfahrung von Umbrüchen in familiären Biografien, in dem die Anstrengung, aber auch das Glück, das es bedeuten kann, neu anfangen zu müssen oder zu dürfen, als eine Erfahrung anerkannt wird, die uns gemeinsam Zuversicht und Stärke gibt. Ein Land, dessen Erfahrung der Wiedervereinigung uns auch bei der Bewältigung heutiger Transformationsprozesse durch Klimaschutz oder digitalen Fortschritt helfen kann, weil wir mit dieser Erfahrung in besonderer Weise um unsere Verantwortung wissen, dass jeder Mensch Chancen braucht, dass jede und jeder Einzelne sich gehört und zugehörig fühlen können muss.

Es ist ja vor allem dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, aus dem Veränderungsbereitschaft und Solidarität erwachsen. Beides half uns über die Mühen der Wiedervereinigung hinweg. Beides half uns auch große Herausforderungen in den Folgejahren zu bewältigen. Veränderungsbereitschaft und Solidarität waren auch die entscheidenden Werte bei der existentiellen Herausforderung der Pandemie. Ohne die wechselseitige Fürsorge, ohne die Bereitschaft, sich einzuschränken, um Leben zu schützen, wäre das nicht möglich gewesen. Ich weiß, dass der Preis sehr hoch war. Ausgerechnet im Jubiläumsjahr 2020, also 30 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, die Freiheitsrechte einzuschränken, ist mir ungeheuer schwergefallen. Etwas als politische Notwendigkeit zu erachten und zugleich als demokratische Zumutung zu empfinden – das zähle ich zu den schwierigsten Erfahrungen in meiner Amtszeit als Bundeskanzlerin.

Ohnehin ist unserem Land mit der Wiedervereinigung insgesamt mehr Verantwortung erwachsen. Und das liegt nicht allein an der Größe und Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Seit über 30 Jahren leben wir Deutsche und Europäer nicht mehr in der Bipolarität des Kalten Krieges. Europa steht nicht mehr in dem Maße in der weltweiten Aufmerksamkeit wie zu Zeiten des Eisernen Vorhangs, der unseren Kontinent teilte. Für uns Europäer bedeutet das, dass uns mehr Verantwortung zukommt – für unsere eigene Sicherheit, aber auch für die Stabilität in Nachbarregionen. Kriege, Krisen und Konflikte auf dem Balkan, in Afghanistan und Afrika machen es für das wiedervereinte Deutschland unabdingbar, Verantwortung international neu zu definieren und wahrzunehmen.

Das sagt sich so leicht, aber das war und ist in der Sicherheitspolitik auch mit schwierigen, mitunter gefährlichen Einsätzen für unsere Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verbunden. Was sie in Afghanistan nicht nur, aber ganz besonders in den letz-

ten dramatischen Tagen in Kabul ausgehalten und geleistet haben, wird sie sicherlich noch sehr lange prägen. Wir können nur erahnen, was sie alles gesehen und erlebt haben. Sie verdienen unseren höchsten Respekt und Dank.

Ein Europa, das sich seine Freiheit, Sicherheit und seine auf gemeinsamen Werten beruhende Identität bewahren will, kommt nicht daran vorbei, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken.

Meine Damen und Herren, durch enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern und Freunden in Europa und der Welt, durch umsichtige Entscheidungen, durch Engagement und sicherlich auch durch etwas Glück haben wir seit der Wiedervereinigung viel erreicht. Auch aus Krisen sind wir gestärkt herausgekommen. Das war nur möglich, weil sich Menschen für das Gemeinwohl verantwortlich fühlten, weil sie für sich und für andere im sozialen oder ökologischen Bereich, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in der Kultur, in den Kirchen, in der Wissenschaft, der Wirtschaft oder in der Politik Verantwortung übernahmen. Die Menschen in der DDR, die sich mutig für Freiheit stark gemacht haben, haben Verantwortung für Freiheit und Demokratie übernommen. Alle, die an der Einheit mitgearbeitet haben, haben Verantwortung übernommen.

Unser Land gilt es natürlich weiter zu gestalten. Wie genau – darüber lässt sich auch künftig trefflich streiten. Aber wir wissen, dass die Antwort darauf in unseren eigenen Händen liegt, dass wir einander zuhören und miteinander sprechen müssen, dass wir Unterschiede, aber vor allem auch Gemeinsames entdecken werden.

In dem kurzen Film, den wir gerade von den Einheitsbotschaftern gesehen haben, hat eine Frau so wunderbar gesagt: „Leute, macht die Türen auf und schaut nach, was dahinter ist.“ Seid bereit zur Begegnung, seid neugierig aufeinander, erzählt einander eure Geschichten und haltet Unterschiede aus. Das ist die Lehre aus 31 Jahren Deutscher Einheit. Wir brauchen Respekt vor den jeweiligen Biografien und Erfahrungen und auch vor der Demokratie.

Herzlichen Dank.

Anmerkungen

- 1 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2021, im Internet abrufbar unter: <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-anlaesslich-des-festakts-zum-tag-der-deutschen-einheit-am-3-oktober-2021-in-halle-saale-1964938> (Stand 21.10.2021)



Stollenabschnitt der ehemaligen Unterlageanlage „Klosterwerke“, der nicht verfüllt werden soll, April 2021. Im Hintergrund Maurerarbeiten in Vorbereitung der Verfüllung. Der erhalten gebliebene nicht verfüllte Abschnitt hat eine Länge von 50 Meter.

Das KZ-Außenlager Blankenburg-Oesig (Deckname „Klosterwerke“) – Geschichte und Erinnerung

Jens-Christian Wagner

„Denkmalgeschützter Stollen in Blankenburg in Gefahr“, meldete der MDR Mitte Januar 2021,¹ und auch Lokalzeitungen schlugen Alarm: Wegen Einsturzgefahr plante die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die 1944/45 beim Blankenburger Ortsteil Oesig aufgefahrne Stollenanlage mit der Tarnbezeichnung „Klosterwerke“ verfüllen zu lassen; die Aufnahme der Arbeiten stand unmittelbar bevor. Das Problem: Die Stollenanlage hatten Zwangsarbeiter und Häftlinge aus dem KZ-Außenlager „Klosterwerke“ bauen müssen, Grund genug für lokale Geschichtsinteressierte und Überlebendenverbände, gegen die Verfüllung zu protestieren und einen sensibleren Umgang mit dem historischen Ort zu fordern, der am Ende des Zweiten Weltkrieges zum Leidensort hunderter KZ-Häftlinge, Strafgefangener und ziviler Zwangsarbeiter geworden war.

Schnell stellte sich heraus: Nicht nur die zuständigen Behörden, sondern auch die meisten Menschen in der Region wussten kaum etwas über die Geschichte des Lagers und Rüstungsprojektes „Klosterwerke“. Sie soll daher im folgenden überblicksartig vorgestellt werden.

Die Geschichte des nationalsozialistischen Rüstungsprojektes „Klosterwerke“ begann Anfang 1944. Ende Februar hatten die Briten und die Amerikaner an fünf aufeinander folgenden Tagen Wälzlager- und Flugzeugfabriken angegriffen und erhebliche Schäden verursacht. Nun verstärkten das Rüstungsministerium unter Albert Speer und das Reichsluftfahrtministerium unter Hermann Göring bereits bestehende Anstrengungen, die Produktion von Jagdflugzeugen, die man zur Bekämpfung der alliierten Luftüberlegenheit dringend benötigte, in vor Luftangriffen geschützte Unterlage-Anlagen zu verlagern. Das betraf auch die Zulieferindustrie. Dafür wurden sowohl bestehende Bergwerke als auch neu geschaffene Stollenanlagen genutzt; in Bayern entstanden darüber hinaus große Bunkerwerke.²

Ein Schwerpunkt der Unterlageverlagerungsprojekte befand sich im und um den Harz. In den Südharz, nach Nordhausen, war im Herbst 1943 bereits die Raketenproduktion aus Peenemünde verlagert worden. Dabei wurden KZ-Häftlinge aus dem Lager Dora herangezogen, einem Außenlager des KZ Buchenwald, das später zum KZ Mittelbau verselbstständigt wurde. 1944/45 entwickelte sich das KZ Mittelbau zu einem ausgedehnten Lagerkomplex, dessen Häftlinge Zwangsarbeit bei diversen Stollenbauprojekten leisten mussten, die der Verlagerung von Rüstungsfertigungen dienen sollten. Im Frühjahr 1944 erreichten die Industrieverlagerungen auch den Nordharz: Anfang März 1944 reisten Vertreter verschiedener Rüstungsbetriebe mit dem Geologen Prof. Dr. Fritz Dahlgrün vom Reichsamt für Bodenforschung in das nördliche Harzvorland, um Standorte zu erkunden, die für Untertageanlagen geeignet erschienen. Unter anderem wurde man in der Umgebung von Blankenburg fündig, insbesondere beim Sandsteinmassiv des Regensteins und im Gebiet um das Erzbergwerk Braunesumpf.³ An der Besichtigungsreise nahmen auch Vertreter des Krupp-Gruson-Werkes aus Magdeburg teil.⁴ Möglicherweise gaben sie die Informationen an die ebenfalls zum Krupp-Konzern gehörende Kurbelwellen GmbH in Hamburg-Glinde weiter. Denkbar ist aber auch, dass die Bergwerksleitung aktiv wurde, denn die Grube Braunesumpf gehörte ebenfalls

zum Krupp-Konzern. Anfang Mai 1944 erhielt die Kurbelwellen GmbH jedenfalls die Genehmigung, ihre Produktion von Flugzeug-Kurbelwellen aus der zerstörten Hansestadt nach Blankenburg zu verlagern. Dort sollte sie in Erweiterung des Erzbergwerkes Braunesumpf in einer noch auszubauenden Stollenanlage untergebracht werden.⁵ Der Zugang zu der neuen Stollenanlage sollte über den in den 1920er Jahren angelegten Walter-Burchardt-Stollen erfolgen (er wurde nach dem Krieg nach dem in KZ-Haft ums Leben gebrachten Blankenburger Kommunisten Walter Hartmann umbenannt). Von diesem Hauptstollen, dessen Mundloch sich etwa einen Kilometer südöstlich des Blankeburger Ortsteils Oesig am Ortsrand von Blankenburg befindet (Bereich Weststraße/Am Klostergarten), sollten Querstollen vorangetrieben werden; im Endausbau sollten so bis zu 20.000 Quadratmeter Fertigungsflächen geschaffen werden (tatsächlich wurde die Anlage nie fertiggestellt, und es kam in der geplanten Untertagefabrik auch nicht mehr zur Aufnahme der Produktion).

Das geplante Untertagewerk erhielt die Tarnbezeichnung „Klosterwerk GmbH“. Zunächst musste es aber erst gebaut werden. Mit der Leitung und Koordination des Bauprojektes, das die Tarnbezeichnung „Porphy“ erhielt, wurde vom Rüstungsministerium die „Einsatzgruppe IV Kyffhäuser“ der Organisation Todt (OT) beauftragt. Allerdings kamen die Bauarbeiten langsamer voran als geplant, was vor allem am Arbeitskräftemangel lag. Zunächst arbeiteten auf der Baustelle ausschließlich deutsche und ausländische Zivilarbeiter (insgesamt 400 Mann und letztere wohl unter Zwang), später zeitweilig auch 60 italienische Strafgefangene, die formal dem Strafgefängnis Wolfenbüttel zugeordnet, aber vermutlich in der Nähe der Baustelle untergebracht waren.⁶

Bei den meisten anderen Untertageverlagerungsprojekten der Jahre 1944/45 wurden in großer Zahl KZ-Häftlinge eingesetzt – sehr viele etwa im KZ Mittelbau-Dora am südlichen Harzrand oder auch in Langenstein-Zwieberge, nur wenige Kilometer von Blankenburg entfernt. Auch die Klosterwerk GmbH und die OT bemühten sich um die Zuweisung von KZ-Häftlingen. Diese wurden ihr aber durch die SS zunächst nicht zur Verfügung gestellt, möglicherweise wegen Rivalitäten zwischen der SS und der OT, die beide im Auftrag des Rüstungsministeriums Großbauaufträge im Rahmen der geplanten Unterlageverlagerung wichtiger Rüstungsfertigungen übernommen hatten. Erst im Sommer 1944, als der Arbeitskräftemangel den Baufortschritt zunehmend behinderte, kam die SS den Forderungen der OT nach. Am 24. August 1944 überstellte sie etwa 500 KZ-Häftlinge aus dem KZ Buchenwald nach Blankenburg, wo sie nahe dem

Stadtteil Oesig im neugegründeten Außenlager „Klosterwerke“ untergebracht wurden. Etwa drei Viertel der Lagerinsassen waren belgische Résistance-Mitglieder und waren erst kurz zuvor aus den dortigen Gefängnissen vor den herannahenden Alliierten nach Buchenwald deportiert worden.⁷

Wie häufig bei erst im Aufbau befindlichen Lagern wurden die Häftlinge zunächst vollkommen improvisiert untergebracht. Albert van Hoey, der Ende August 1944 mit den ersten 500 Häftlingen in Blankenburg eingetroffen war, beschrieb das „Lager“ zum Zeitpunkt seiner Ankunft später als *„öden Platz, gesichert mit einem drei Meter hohen Stacheldrahtzaun und hohen Wachtürmen. Dort standen schon eine Holzbaracke für die SS und 42 Hitlerjugend-Zelte. In jedem Zelt wurden 12 Häftlinge untergebracht. Wir schliefen auf Stroh, mit den Köpfen zur Außenseite und die Füße zur Mitte.“*⁸ Ein Häftlingskommando, dem auch van Hoey angehörte, hatte in den folgenden Monaten die Aufgabe, die Baracken für die Häftlinge zu errichten. Die erste, allerdings noch nicht mit Türen und Fenstern versehene Baracke konnte im Oktober 1944 bezogen werden, die anderen fünf Unterkunftsbaracken sowie je eine Küchen- und Revierbaracke wurden bis zum Winter fertiggestellt.⁹

Mit Ausnahme des Funktionspersonals und der beim Lagerbau oder bei Transportarbeiten eingesetzten Häftlinge mussten die meisten Lagerinsassen auf den ober- und unterirdischen Baustellen des Verlagerungsvorhabens Porphyar arbeiten. Dafür wurden sie täglich, bewacht von SS-Angehörigen, etwa anderthalb Kilometer zu Fuß vom Lager über die Michaelsteiner Straße vorbei an der Gießerei der Harzer Werke zum Mundloch der Stollenanlage getrieben.

Ein weiteres Arbeitskommando wurde zeitweise beim Aufbau eines in unmittelbarer Nähe des KZ-Außenlagers gelegenen Gestapo-Lagers für „Halbjuden und jüdisch Versippte“ eingesetzt, die ab Herbst 1944 ebenfalls auf den Baustellen des Vorhabens Porphyar Zwangsarbeit leisten mussten (Lager „Lauseberge“).¹⁰

Bis zum Winter 1944/45 wurde die Belegungszahl in dem zunächst dem KZ Buchenwald, seit Ende Oktober 1944 dem KZ Mittelbau unterstellten Lager Blankenburg-Klosterwerke nicht weiter erhöht. Im Februar und März 1945 überstellte die SS jedoch noch über 100 Häftlinge aus den Lagern Dora und Boelcke-Kaserne des KZ Mittelbau nach Blankenburg, darunter viele polnische Juden, die kurz zuvor mit Räumungstransporten aus dem KZ Auschwitz in Nordhausen eingetroffen waren. Sie mussten besonders unter dem Terror und den Misshandlungen durch SS und Kapos leiden. Letztere

waren Funktionshäftlinge, die von der SS eingesetzt wurden, um ihre Mithäftlinge bei der Arbeit anzutreiben.

Angesichts der harten Arbeitsbedingungen, des chronischen Hungers und der völlig unzureichenden sanitären Bedingungen im Lager Klosterwerke – Bade- oder Duschgelegenheiten gab es nicht – erkrankten viele Häftlinge sehr schnell, und ab Herbst 1944 waren immer mehr Tote zu beklagen. Anfangs wurden die Leichen noch zur Verbrennung ins Städtische Krematorium nach Quedlinburg gebracht, später auch in das Krematorium des Hauptlagers Dora bei Nordhausen. Im Winter 1944 ließ die SS sie außerhalb des Lagerzaunes in einer Kuhle verscharren – insgesamt einige Dutzend Tote. Nach dem Krieg mussten Einheimische aus Blankenburg auf Befehl amerikanischer Soldaten die Leichen exhumieren und auf einen Ehrenfriedhof am Lühner Tor in Blankenburg umbetten.¹¹

Die Gesamtzahl der Todesfälle im Lager Klosterwerk ist nicht bekannt. Im Totenbuch des KZ Mittelbau-Dora sind 33 Häftlinge aufgeführt, die dem Lager zugeordnet werden, darunter 25 Belgier, die mit dem Transport vom 24. August 1944 nach Blankenburg gebracht worden waren.¹² Wohl noch deutlich mehr Häftlinge überlebten den Räumungstransport im April 1945 nicht. Verantwortlich dafür war vor allem SS-Oberscharführer Hans Mirbeth, der den bisherigen Lagerführer, SS-Oberscharführer Dieterich, Anfang März 1945 abgelöst hatte.

Wahrscheinlich kannte Mirbeth den Lagerführer des benachbarten Außenlagers Blankenburg-Regenstein (Untertage-Bauvorhaben „Turmalin“), das Anfang Februar 1945 mit 400 überwiegend jüdischen Häftlingen aus dem geräumten Außenlager Fürstengrube des KZ Auschwitz eingerichtet worden war und dessen Insassen im April 1945 auf der nahezu gleichen Marschroute „evakuiert“ wurden wie die des Lagers Klosterwerke.¹³ Die Räumung des Lagers Klosterwerke begann am 4. April 1945 mit der Überstellung von 48 Kranken in das Hauptlager Dora. Zwei Tage später mussten die Insassen beider KZ-Außenlager in Blankenburg getrennt voneinander unter Bewachung der SS zu Fuß in Richtung Elbe aufbrechen. Nördlich von Magdeburg wurden die Überlebenden – unterwegs waren einige Dutzend erschöpfte Häftlinge von der SS erschossen worden – auf einen Flusskahn gebracht, mit dem sie nach Lübeck überführt wurden. Von dort wurden die Häftlinge des Kommandos „Klosterwerke“ am 13. April 1945 zu Fuß in Richtung Nordwesten auf das Gut Glasau getrieben, wo sie in einer Scheune untergebracht wurden, während sich die SS-Wachmannschaft unter Hans Mirbeth im Her-



Bewohnte Baracken des ehemaligen KZ-Außenlagers „Klosterwerke“ in Blankenburg-Oesig, um 1950.

renhaus einrichtete. Gut zwei Wochen später, am 30. April 1945, kam für die meisten Häftlinge, nämlich alle Westeuropäer, die Befreiung, als sie vom Schwedischen Roten Kreuz mit Lastkraftwagen abgeholt und nach Lübeck gebracht wurden, wo man sie nach Schweden einschiffte. Alle Übrigen, darunter die polnischen Juden, wurden von der SS noch am gleichen Tag zu Fuß in Richtung Neustadt an der Ostsee getrieben, wo man sie auf zwei Schiffe brachte, die mit Tausenden von Häftlingen aus dem KZ Neuengamme in der Bucht vor Anker lagen. Eines der Schiffe, die „Cap Arcona“, sank wenige Tage später nach einem britischen Luftangriff (die Briten hielten das Schiff für einen deutschen Truppentransport) und wurde für eine unbekannte Zahl von Häftlingen aus den beiden Blankenburger Lagern zum Grab.

Für die im Lager Klosterwerke und während der Todesmärsche begangenen Verbrechen ist nie jemand vor Gericht gestellt worden. Hans Mirbeth wurde zwar 1953 vom Landgericht Bremen zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, allerdings ausschließlich wegen seiner in Auschwitz begangenen Taten. 1956 wurde er vorzeitig aus der Haft entlassen; er starb 1975.¹⁴

Im Unterschied zu vielen anderen Mittelbau-Lagern wurden die Baracken des ehemaligen Außenlagers Klosterwerke nach dem Krieg nicht abgerissen. Schon bald nach Kriegsende wurden dort deutsche Flüchtlingsfamilien angesiedelt. Auch heute noch sind einige der teils umgebauten Baracken bewohnt; seit 1990 erinnert vor Ort ein Gedenkstein an das ehemalige Konzentrationslager. Um die Benennung einer Straße, die durch den Stadtteil Oesig führt, gab es 2020 Debatten. Aus dem Stadtrat gab es Vorschläge, die Straße „Am Stollengraben“ oder „An den Klosterwerken“ zu benennen, auch „Am Klostergraben“ wurde vorgeschlagen. Die Straße am ehemaligen KZ-Außenlager wäre damit nach einem NS-Rüstungsprojekt benannt worden. Glücklicherweise besann sich der Stadtrat und beschloss im Dezember 2020 einstimmig, die Straße nach dem 2019 verstorbenen Belgier Albert van Hoey zu benennen, der das Lager von August 1944 bis April 1945 durchlitten hatte und sich später in einem belgischen Überlebendenverband und im Gedenkstättenbeirat ehemaliger Häftlinge in der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora unermüdlich für die Erinnerung an das Lager und seine Opfer eingesetzt hatte.

Weniger erfreulich verlief die Debatte um die Verfüllung der Stollenanlage des ehemaligen Klosterwerkes. Bereits 2001 war ein Teil der Anlage aus Sicherheitsgründen ver-

füllt worden. Weil auch die übrigen Bereiche teils einsturzgefährdet waren, entschied die zuständige BlmA 2020 in Abstimmung mit der Stadt Blankenburg, die Grundeigentümerin ist, auch den Rest der 1944/45 vorangetriebenen Stollen dauerhaft zu verfüllen.

Dagegen regte sich jedoch Protest, u.a. auch seitens der VVN und des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora. Trotzdem wurde der größte Teil der von KZ-Häftlingen vorangetriebenen Stollenanlage in der ersten Jahreshälfte 2021 verfüllt. Lediglich ein 50 Meter langes Teilstück, das vom Landesamt für Denkmalpflege als unbedingt schützenswert eingestuft worden war, wurde davon ausgenommen (zuvor war geplant worden, es reversibel zu verfüllen, z.B. mit Schotter). Ob dieses Teilstück, das vom älteren, nach wie vor befahrbaren Walter-Hartmann-Stollen abzweigt, zumindest sporadisch im Rahmen von Führungen für Interessierte zugänglich gemacht werden kann, steht noch nicht fest.¹⁵ Vereinbart ist hingegen, dass das ehemalige Lagergelände wie auch der Ehrenfriedhof am Lühner Tor durch die Stadt Blankenburg in Kooperation mit der Gedenkstätte Mittelbau-Dora künftig durch Infotafeln gekennzeichnet werden. Fast 80 Jahre nach Kriegsende rückt damit ein wichtiger Teil der Stadtgeschichte wieder mehr in die Öffentlichkeit.

Anmerkungen

- 1 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/magdeburg/harz/ns-zwangsarbeiter-stollen-soll-verfuehlt-werden-100.html>, abgerufen am 30.8.2021.
- 2 Vgl. Wagner, Jens-Christian: Produktion des Todes. Das KZ Mittelbau-Dora, überarbeitete Neuauflage, Göttingen 2015, S. 86–93.
- 3 Vgl. Kriegstagebuch Rüstungskommando Magdeburg, 1. Quartal 1944, in: Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA) Freiburg, RW 21-43/7, Bl. 9, sowie Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion (RM-RuK), Liste der Verlagerungsvorhaben, 17.4.1944, in: BA Berlin, R 7/1192, Bl. 62. Vgl. auch Wagner: Produktion (wie Anm. 2), S. 221.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Vgl. Auch im folgenden Baranowski, Frank: Rüstungsproduktion in der Mitte Deutschlands von 1929 bis 1945, Bad Langensalza 2013, S. 477ff.
- 6 Vgl. Wagner: Produktion (wie Anm. 2), S. 220f.

- 7 Vgl. van Hoey, Albert: Het Konvooi van 10.08.1944, in: Dora, Bulletin trimestriel de la Amicale des Prisonniers Politiques de Dora et Commandos, H. 2/3 (1994), S. 32 – 38.
- 8 Ders.: Todesmarsch und Befreiung, in: Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein, hrsg. von Gerhard Hoch und Rolf Schwarz, Alveslohe/Rendsburg 1988, S. 7 – 12, hier S. 9.
- 9 Vgl. ebd., S. 9f.
- 10 Vgl. Baranowski: Rüstungsproduktion (wie Anm. 5), S. 481, sowie Wagner, Produktion (wie Anm. 2), S. 467f.
- 11 Vgl. Wagner: Produktion (wie Anm. 2), S. 499. Ende der 1990er Jahre sorgte ein Streit um den am 30. Mai 1945 eingerichteten Ehrenfriedhof für geschichtspolitische Debatten in Blankenburg. Anlass war, dass die Stadtverwaltung den Ehrenfriedhof, auf dem ausschließlich Opfer des Nationalsozialismus bestattet worden waren, zu einem Mahnmal umwidmen wollte, das allen „Opfern von Krieg und Gewalt“ und damit auch gefallenen deutschen Soldaten und Opfern von Flucht und Vertreibung gewidmet sein sollte. Ein 1960 von DDR-Behörden aufgestelltes Mahnmal, das mit dem Emblem der Fédération Internationale des Résistants (FIR) versehen worden war, hatte man deshalb bereits entfernt. Später wurde das FIR-Denkmal nach Protesten von Verfolgtenverbänden wiederhergestellt. Vgl. Pape, Günther: Skandal um den Ehrenfriedhof der Opfer des NS-Regimes in Blankenburg/Harz, hrsg. von der IV-VdN Sachsen-Anhalt, Halle 2001.
- 12 Vgl. Dokumentationsstelle der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, Totenbuch-Datenbank. Erfasst sind in der Datenbank nur von der SS registrierte Todesfälle bis zur Räumung des Lagers Anfang April 1945.
- 13 Vgl. Hoch, Gerhard: Von Auschwitz nach Holstein. Der Leidensweg der 1200 Häftlinge von Fürstengrube, Hamburg 1990, sowie Neander, Joachim: Das Konzentrationslager Mittelbau in der Endphase der NS-Diktatur, Clausthal-Zellerfeld 1997, S. 415 – 423.
- 14 Vgl. Klee, Ernst: Auschwitz. Täter, Gehilfen und Opfer und was aus ihnen wurde. Ein Personenlexikon, Frankfurt am Main 2013, S. 280f.
- 15 Vgl. Schilling, Wolfgang: Wie weiter mit den Klosterwerken? Was seit Entscheidung für Erhalt eines Teilstücks als Erinnerungstätte passiert ist; in: Harzer Volksstimme, 9.8.2021, S. 10.

Die extreme Rechte und die NS-Geschichte

David Begrich, Pascal Begrich

Dem langen Schatten der nationalsozialistischen Vergangenheit kann niemand, der sich im politischen Feld der Bundesrepublik bewegt, entgehen. Sie prägt die geschichtspolitischen Debatten ebenso wie die Debatten über Militäreinsätze und Sicherheit oder Fragen der Ausgestaltung einer demokratischen und offenen Gesellschaft. Wer sich in Deutschland in den politischen Diskurs begibt, wird auch Fragen zum Verhältnis zur NS-Geschichte und zu deren Bezügen zur Gegenwart stellen. Dies gilt umso mehr für die extreme Rechte nach 1945. Für alle Strömungen des Rechtsextremismus in Deutschland stellt der historische Nationalsozialismus einen moralischen Ballast für ihre Selbstverortung dar. Die Protagonisten und Organisationen der extremen Rechten müssen sich zu dieser Geschichte ins Verhältnis setzen, unabhängig davon, ob sie sich weltanschaulich auf ihn beziehen oder der nationalsozialistischen Praxis aus politisch-ideologischen oder taktischen Motiven kritisch und ablehnend gegenüberstehen.

Leitbilder und Traditionslinien der extremen Rechte beziehen sich in vielfältiger Weise auf die nationalsozialistische Weltanschauung oder ihnen ideologisch nahestehende politische Strömungen. Ein inhaltliches Bekenntnis zum Nationalsozialismus, und damit implizit oder explizit auch zu seinen Verbrechen ist dabei insbesondere dem Neonazismus ideologisch inhärent. Angesichts der mörderischen Dimension von Shoa und Vernichtungskrieg stehen rechtsextreme Akteure vor einem Dilemma: Wird der bewusste Bezug auf den Nationalsozialismus in aller Öffentlichkeit kundgetan, hat das nicht nur strafrechtliche Konsequenzen. Es zieht bis heute und völlig zu Recht eine weitgehende gesellschaftliche Ächtung nach sich, die den politischen Handlungsspielraum der extremen Rechten in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich einschränkte. Aus diesem Grund waren und sind Akteure der extremen Rechten seit 1945 auf der Suche nach Entlastungsargumenten, die sie einerseits in die Lage versetzen, sich von der Ideologie und Praxis der NS-Herrschaft zu distanzieren, und andererseits die Legitimität, ja eine Normalisierung einer, in der Tradition des Nationalsozialismus oder der europäischen Faschismen stehenden, Politik voranzutreiben: Leugnung und/oder Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, positive Bezugnahme auf selektive

Inhalte und einzelne Akteure, geschichtspolitische Fundamentalopposition bezüglich der etablierten Gedenkkultur.

Stets geht es dabei darum, die Nazis unter Hinweis auf von Anderen begangene Verbrechen im Zweiten Weltkrieg zu entlasten, ihre Verbrechen zu relativieren oder aufzurechnen. Selbstverständlich ist es zulässig, die NS Herrschaft und ihre Verbrechen diskursiv in historischen und ideengeschichtlichen Kontexten zu interpretieren. In der Logik der extremen Rechten verfolgt diese Kontextualisierung jedoch das Ziel, die weltanschaulichen Kontinuitätslinien und Überschneidungen zwischen dem Nationalsozialismus und der Ideologie der extremen Rechten zu verwischen oder gar in Abrede zu stellen. Doch gilt es zu beachten, dass zentrale Ideologieelemente des Rechtsextremismus wie Rassismus und Antisemitismus sehr wohl zur ideologischen Teilmenge anderer politischer Strömungen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gehören, jedoch nirgends eine solche Radikalisierung fanden und Wirkung entfalteten, wie in der Zeit der NS-Herrschaft.

Im folgenden werden einige Themen und Motive der geschichtsrevisionistischen und rechtsextremen Interpretation der NS-Zeit skizziert. Betrachtet werden die sogenannte Kriegsschuldlüge, die Leugnung bzw. Relativierung der Shoa sowie die gezielte De-Thematisierung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen im öffentlichen Diskurs.

Holocaust-Leugnung

Im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung rechtsextremer Einlassungen in Bezug auf den Nationalsozialismus und seine Verbrechen steht ohne Zweifel die offensive Leugnung der historischen Tatsache der Shoa. Seit dieser in den 1970er Jahren in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung zum moralischen und erinnerungspolitischen Zentrum der Bewertung der nationalsozialistischen Herrschaft wurde, verstärkten weltweit Protagonisten der extremen Rechten ihre Bemühungen, das Geschehen der Shoa in Gänze zu leugnen oder zu relativieren. Zahlreiche Schriften, wie etwa der 1988 erschienene und im Neonazismus breit rezipierte „Leuchter-Report“, versuchen mit pseudowissenschaftlichen Methoden nachzuweisen, dass es in Auschwitz und anderen NS-Vernichtungslagern keinen systematischen Mord an Juden gegeben habe. Mit der Novellierung des Paragraphen §130 des Strafgesetzbuches im Jahr 2005, der den Straftatbestand der Volksverhetzung regelt, wurden Leugnung und Relativierung des Holocaust unter Strafe gestellt.

Zu den bekanntesten und in der Neonazi Szene verehrten Akteuren neonazistischer Holocaustleugnung gehören der ehemalige Rechtsanwalt Horst Mahler und die rechts-extreme Aktivistin Ursula Haverbeck. Ihre Verurteilung zu Haftstrafen wegen Holocaustleugnung führte zu Protesten aus der Neonaziszene.

„Kriegsschuldlüge“

Obwohl die Generation jener, die als Soldaten aktiv am Zweiten Weltkrieg teilnahmen, inzwischen verstorben ist, gehört die Kriegsschuldfrage für die extreme Rechte zu den zentralen Entlastungsargumenten hinsichtlich des Nationalsozialismus. Gemeinsam ist dabei allen argumentativen Versuchen, die deutsche Kriegsschuld zu relativieren, dass sie die weitreichenden Planungen der NS-Führung zur kriegerischen Unterwerfung Europas bewusst außer Acht lassen und die rassistische und antisemitische Motivation der deutschen Kriegsführung insbesondere in der Sowjetunion ausblenden. Ziel der Argumentationen ist es, die Verantwortung Deutschlands für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges historisch umzuverteilen und sowohl den Westmächten als auch der Sowjetunion und Polen zuzuschieben.

So behaupten z.B. rechtsextreme Historiker und Publizisten immer wieder, der Angriff der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 hinge ursächlich mit Polens repressiver Politik gegenüber der deutschen Minderheit zusammen.¹ In Bezug auf den Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 argumentieren geschichtsrevisionistische Autoren, dabei habe es sich um einen Präventivschlag gegen Stalin gehandelt, der im Begriff gewesen sei, das Deutsche Reich anzugreifen. Unter Hinweis auf den Offensivcharakter der taktisch-strategischen Ausrichtung der Roten Armee wird unterstellt, ein Angriff der Sowjetunion auf Deutschland habe unmittelbar bevorgestanden. Dem sei die Wehrmacht lediglich zuvorgekommen. Dass die in den sowjetischen bzw. russischen Archiven vorhandene Dokumente der Aufmarschpläne der Roten Armee die These von Hitlers Präventivkrieg gegen die Sowjetunion stützen,² ist wissenschaftlich widerlegt.³ Dies ändert nichts daran, dass Thesen, die eine Kriegsschuld Deutschlands leugnen, variantenreich in Monografien rechtsextremer Verlage und Periodika beständig wiederholt werden.

Kult um tote NS-Helden: Der Fall Rudolf Hess

Auf die Person Hess projizierte der deutsche Neonazismus seinen Wunsch nach einer Rehabilitierung Hitlers und des Nationalsozialismus. Dem rechtsextremen Narrativ

zufolge habe der Flug Rudolf Hess' im Jahr 1940 nach England dem Angebot eines separaten Friedens gegenüber England gegolten. Hess, so die neonazistische Lesart, sei zu Unrecht erst in England festgehalten und dann in Nürnberg vor Gericht gestellt und – obwohl keines Verbrechens schuldig – zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden, die er im alliierten Gefängnis Berlin-Spandau verbüßen musste. Seinen Selbstmord im August 1987 deutet die extreme Rechte als Mord im Auftrag der Westalliierten, da es aus der Sowjetunion Signale der Zustimmung für eine Begnadigung von Hess und dessen Freilassung gegeben habe.

Der Tod des verurteilten Kriegsverbrechers und Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess führte ab Ende der 1980er Jahre zu einem Helden- und Märtyrerkult um dessen Person, der über mehr als anderthalb Jahrzehnte ein wesentlicher ideologischer und mobilisierender Kristallisationspunkt der militanten Neonaziszene war.⁴ Die über Jahre in Wunsiedel, dem Ort an dem Rudolf Hess begraben liegt, stattfindenden neonazistischen Aufmärsche hatten die Funktion, die politische Binnenidentität der neonazistischen Szene zu stärken und den „geschichtspolitischen Fundamentalismus“⁵, also die Ablehnung des geschichtspolitischen Konsenses der Bundesrepublik öffentlich zu dokumentieren. Zudem waren Rudolf Hess und seine Biografie Gegenstand zahlreicher Musikproduktionen aus der Rechtsrock-Szene der 1990er und 2000er Jahre, was zu seiner Ikonisierung als eine Art Ersatzfigur für die Person Adolf Hitlers entscheidend beitrug.

Die jährlichen Rudolf-Hess-Gedenkmärsche in Wunsiedel waren über Jahre Gegenstand politischer und versammlungsrechtlicher Auseinandersetzungen. Nach dem Tod einer der wichtigsten Schlüsselfiguren des bundesdeutschen Neonazismus, Jürgen Rieger, im Jahr 2009⁶ und der „Wunsiedel-Entscheidung“ des Bundesverfassungsgerichts, verlor der Gedenkmarsch für die Neonazi-Szene an Bedeutung, nicht aber die Heldenverehrung des Hitler-Stellvertreters.

„Wehrmachtausstellung“ und Gedenken an den Bombenkrieg

Die „Wehrmachtausstellung“ des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“ löste 1997 eine breite gesellschaftliche Kontroverse über den Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion aus. Die Ausstellung illustrierte, dass der Krieg gegen die Sowjetunion von Beginn an als rassistischer Vernichtungskrieg geführt wurde und sich somit deutlich von der Kriegsführung in Westeuropa unterschied. Damals noch aktive Veteranen-

verbände der Wehrmacht sowie rechtsextreme und rechtskonservative Politiker und Publizisten agitierten breit gegen die Ausstellung. Empört wiesen sie insbesondere die zentrale These der Ausstellung zurück, die Wehrmacht habe geplant und intentional in der Sowjetunion Kriegsverbrechen verübt. Die Wanderausstellung wurde an zahlreichen Orten von Protesten aus dem rechten und rechtsextremen Lager begleitet, an denen zum Teil mehrere Tausend Personen teilnahmen.

Sowohl als Entlastungsstrategie als auch für die interne Mobilisierung zentral wurde ab Mitte der 1990er Jahre das von NPD und Neonazis organisierte Gedenken an die deutschen Opfer des Bombenkrieges. „Trauermärsche“ in Dresden und Magdeburg entwickelten sich zum bundesweiten Magnet für die militante Neonaziszene und andere Akteure der deutschen und europäischen extremen Rechten. In gewisser Weise glichen diese Aufmärsche den Bedeutungsverlust der Hess-Märsche für die Mobilisierung der Szene aus.

Inhaltlich zielten die jährlichen „Trauermärsche“ auf die Rehabilitierung der nationalsozialistischen Geschichte. Hierzu präsentierten Neonazis eine Deutung des Zweiten Weltkriegs, welche die NS-Verbrechen relativiert. Zum einen wurde mit der Gleichsetzung der Toten in den Konzentrations- und Vernichtungslagern mit denen der Luftangriffe auf deutsche Städte die Shoah verharmlost: Denn – so die Schlussfolgerung – im Krieg hätten alle gelitten und jede*r müsse seiner/ihrer „eigenen“ Opfer gedenken. Zum anderen wird der Zusammenhang zwischen alliierten Städtebombardements und der deutschen Aggression eines Angriffs- und Vernichtungskrieges gegen die europäischen Nachbarstaaten verleugnet.

Zur Untermauerung des eigenen Opferanspruchs wurden bei diesen Anlässen historische Fakten falsch dargestellt, allerdings durchaus nicht immer explizit, sondern mit dem sprachlichen Mittel der Anspielung und der indirekten Gleichsetzung: So relativiert die Verwendung des Begriffs „Bombenholocaust“ den Mord am europäischen Judentum. Der eigentliche Holocaust, so legen rechtsextreme Akteure nahe, habe an den Deutschen stattgefunden. Dem dient der Verweis auf die keiner wissenschaftlichen Überprüfung standhaltenden Zahl von 250.000 Toten, die die Bombenangriffe auf Dresden gefordert hätten. Begründet wurde der Mythos u.a. von dem englischen Sachbuchautor David Irving, der in seinem 1963 erschienen Buch über die Bombardierung Dresdens behauptete, diese Zahl der beim Luftangriff auf Dresden im Februar 1945 getöteten Menschen gehe auf ein zeitgenössisches amtliches Dokument der

Stadt Dresden zurück.⁷ Gängige Praxis ist ferner die Selbststilisierung als Anwalt einer angeblich stimmlos gemachten Bevölkerung, der vielbeschworenen „schweigenden Mehrheit“. Zudem rühmen sich Rechtsextreme als einzig verbliebene Wahrer eines „würdigen Andenkens“ an deutsche Opfer.

„Schuld kult“ als Chiffre der Verantwortungsabwehr gegenüber demokratischer Erinnerungspolitik

Die extreme Rechte steht der erinnerungspolitischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in öffentlichen Debatten, Gedenkstätten und der politischen Bildung distanziert bis ablehnend gegenüber. Ihre dominierende Repräsentanz im öffentlichen Diskurs der Bundesrepublik blockiere die Herausbildung eines positiven Nationalbewusstseins in Deutschland.

Dem zufolge denunzieren Rechtsextreme das kritische Gedenken an den Nationalsozialismus als „Schuld kult“ oder „Holocaustreligion“. Dahinter steht die Auffassung, die Deutschen hätten in Bezug auf ihre Geschichte im Allgemeinen und im Besonderen mit Blick auf den Nationalsozialismus ein gestörtes Verhältnis zu sich selbst und ihrer Nation, welches einer kollektiven Neurose gleiche. Die Shoa bzw. die erinnerungspolitische Auseinandersetzung mit ihr habe in Deutschland den Charakter einer säkularen Zivilreligion angenommen. Diese dominiere die politische Kultur des Landes in einem Maße, dass die Bundesrepublik nicht in der Lage sei, selbstbewusst ihre nationalen Interessen gegenüber westlichen Verbündeten zu vertreten.

Zurückzuführen sei dieser „Schuld kult“ um die Verbrechen des Nationalsozialismus auf die Reeducation-Politik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese bis heute andauernde „Umerziehung“, von den Eliten in Politik und Kultur seit mehr als sechzig Jahren fortgesetzt, habe die Deutschen in kultureller und politischer Hinsicht ihres Wesens als deutsche Nation entfremdet. Zum Narrativ der angeblichen Überrepräsentanz der NS-Vergangenheit gehört die (nicht nur) von rechts außen vorgetragene Klage, der Geschichtsunterricht in den Schulen sei zu stark auf die Zeit des Nationalsozialismus fokussiert und vernachlässige andere, positiv besetzte Epochen der deutschen Geschichte.

Parteipolitisch finden diese Positionen in der AfD ihren Resonanzraum, was sich in ihren parlamentarischen Anträgen zu erinnerungspolitischen, bildungspolitischen und kulturellen Themen widerspiegelt. Im Sinne der oben skizzierten Strategie diskursi-

ver De-Thematisierung der NS-Vergangenheit zielen die inhaltlichen Forderungen der Partei darauf, die aus ihrer Sicht auf die NS-Zeit verengte Perspektive der politischen Kultur zu verändern. Intentional ist es der AfD darum zu tun, eine historische Meisterzählung zu etablieren, in der die deutsche Geschichte als positives kollektives Kontinuum dargestellt wird.

Gedenkstätten als Kulisse

Rechtsextreme suchen NS-Gedenkstätten mit dem Ziel auf, diese als Kulisse für die Inszenierung ihrer selbst und ihrer Ideologie zu instrumentalisieren. Im Fokus stehen dabei vor allem international bekannte Gedenkstätten, deren örtliche Gegebenheiten mithin medial einen ikonischen Charakter aufweisen, wie dies etwa für die Gedenkstätten Buchenwald und Auschwitz gilt. Als nachhaltig emblematisch gelten jene Filmsequenzen, die etwa den Holocaustleugner Ernst Zündel auf dem Gelände des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz zeigen, in denen er erklärt, die Gaskammern seien Attrappen. Ähnlich die Bilder aus dem Film „Beruf Neonazi“, die den damaligen Aktivisten Bela Ewald Althans zeigen, wie er am historischen Ort die Existenz der Gaskammern in Abrede stellt. Bis heute besuchen Rechtsextreme KZ-Gedenkstätten mit der Absicht, vor Ort zu provozieren, in Gästebüchern Schmähungen zu hinterlassen oder Sachbeschädigung an Ausstellungsobjekten zu begehen. Dabei filmen sich die Akteure für Zwecke der eigenen Propaganda in den Sozialen Medien.

Die politisch gewollte Abwertung der erinnerungspolitischen und gedenkstättenpädagogischen Arbeit eines historischen Lernens aus dem Nationalsozialismus als „Schuld-kult“ seitens der extremen Rechten setzt auf eine grundsätzliche Kursänderung der Geschichtspolitik in Deutschland in einem nationalistischen oder gar neonazistischen Sinne. Daher bedarf es einer wachen und kritischen Öffentlichkeit und Gedenkkultur, die sensibel ist für Versuche, die Geschichte und die Verbrechen des Nationalsozialismus aus dem Bewusstsein der politischen Kultur der Bundesrepublik sukzessive zu verdrängen.

Wie gezeigt, ist der rechtsextreme Geschichtsrevisionismus in Bezug auf die NS-Herrschaft und deren Verbrechen vielgestaltig und verfolgt heterogene Ziele. Rechtsintellektuellen und neurechten Akteuren bis hin zur AfD ist es darum zu tun, die politische Kultur der Bundesrepublik aus dem Schatten des Nationalsozialismus und seiner zeitgeschichtlichen Folgen herauszulösen. Der erinnerungspolitische Konsens der Bundes-

republik steht der neo-nationalistischen kulturellen und erinnerungspolitischen Agenda neurechter Strategen entgegen. Nur wenn es ihnen gelingt, in der politischen Kultur des Landes zu einer De-Thematisierung der NS-Vergangenheit zu kommen, kann eine nationalistische Agenda in Bildung, Kultur und Gesellschaft verankert werden.

Neonazis hingegen verfolgen das Ziel, sowohl die Täter als auch die nationalsozialistische Ideologie zu rehabilitieren. Nach wie vor ist die politische und ideologische Existenz des deutschen Neonazismus in Gestalt der NPD und neonazistischer Organisationen wie „Die Rechte“ oder „Der 3. Weg“ eng mit dem Nationalsozialismus verbunden. Die Bezugnahme auf diesen ist nicht bloße politische Nostalgie oder Formeninszenierung. Alle weltanschaulichen Elemente des Nazismus finden ihren Spiegel im Neonazismus, auch dort, wo er in modernisiertem Gewand auftritt.

Anmerkungen

- 1 Exemplarisch hierzu: Scheil, Stefan: Polen 1939. Kriegskalkül, Vorbereitung, Vollzug. Schnellroda 2013 sowie Schulze-Rhonhof, Gerd: 1939. Der Krieg, der viele Väter hatte, 7. Aufl. München 2015.
- 2 Suworow, Viktor: Stalins verhindertter Erstschatz: Hitler erstickt die Weltrevolution, Selent 2000.
- 3 Pietrow-Ennker, Bianka: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2011.
- 4 Vierkant, Maica: Märtyrer und Mythen: Horst Wessel und Rudolf Hess. Nationalsozialistische Symbolfiguren und neonazistische Mobilisierung, Marburg 2008.
- 5 Kohlstruck, Michael: Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik. Die Mythologisierung von Rudolf Heß im deutschen Rechtsextremismus, in: Fröhlich, Claudia / Heinrich, Horst-Alfred (Hrsg.): Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten?, Stuttgart 2004.
- 6 Schulze, Christoph: Rassismus in nationalsozialistischer Tradition: Jürgen Rieger, Berlin 2020.
- 7 Irving, David: The Destruction of Dresden, London 1965.

Von der Schwierigkeit des Erinnerns an den ersten Deutschen im All

Kai Langer

„Wer kennt keine Grenzen mehr, fliegt über Mauern her? Ich, Sigmund Jähn.“¹

Aus dem „Charlie Keller“-Song „Ich, Sigmund Jähn“,

Tapete Records, YouTube-Premiere am 01.09.2020

Im vergangenen Herbst sorgte eine Mitteilung des Independent-Labels Tapete Records unter Fans deutschsprachiger Popmusik für Aufsehen. Die Hamburger Plattenschmiede kündigte an, die zufällig entdeckten Aufnahmen einer in die DDR übergesiedelten westdeutschen Sängerin namens „Charlie Keller“ zu veröffentlichen. Die talentierte Jung-Kommunistin habe an der Ost-Berliner Hochschule „Hans Eisler“ eine musikalische Ausbildung begonnen. Weil sie sich nicht ins Kollektiv einfügen konnte, wurde sie jedoch exmatrikuliert und später ausgebürgert. Danach wären die mit ihr Ende der 1970er Jahre produzierten Agit-Prop-Schlager unter Verschluss geblieben, weil selbst Kulturfunktionäre die Texte „als zu dick aufgetragen“ empfunden hätten.²

Als „Beweis“ für den angeblichen Sensationsfund postete das Label ein rasch zusammengeschnittenes Video.³ Darin zu sehen ist ein Toningenieur, dem alte ORWO-Tonbänder zum Abspielen übergeben werden. Es erklingen Ausschnitte aus Kellers Kosmonauten-Ode „Ich, Sigmund Jähn“:

„Wer schwebt überm Horizont, reitet die Wetterfront? Ich, Sigmund Jähn. / Wer ist tagelang schwerelos, umgeben von Leere bloß? Ich, Sigmund Jähn. / [...] / Wer umrundet im Überschall den blaugrünen Erdenball? Ich, Sigmund Jähn. / Flieg, Raumkapsel flieg. / Was für ein Sieg [...]“⁴

Der Hörer im Studio scheint von den stimmlichen Qualitäten der Keller angetan. Mit dem lasziv gehauchten Namen kann er jedoch nichts anfangen: „Wer ist Sigmund Jähn?“⁵ Natürlich stimmt die Story hinten und vorne nicht.

Bemerkenswert an dem „Promofake“⁶ ist, dass der Name des fast schon „im Orkus der marginalisierten DDR-Geschichte verschwunden[en]“ Weltraumpioniers⁷ spätestens seit dessen Tod am 19. September 2019 wieder in aller Munde ist – und wie dieses skurrile Beispiel aus der Popkultur zeigt, nicht nur im Osten der Republik.⁸



„Sternchen grüßt Sigmund Jähn“, illustriert von Rolf Kiy, erschienen in der „Freiheit“ am 16. Januar 1979

„Ich widme meinen Flug dem 30. Jahrestag der Gründung der DDR, meinem sozialistischen Vaterland.“⁹

Aus der vom „Neuen Deutschland“ verbreiteten Erklärung Sigmund Jähns vor dem Start ins All, 27.08.1978

Im kulturellen Gedächtnis Ostdeutschlands sind die Bilder des ersten und einzigen deutschen Kosmonauten fest verankert. Buchstäblich alle, die ihre Kindheit und Jugend Ende der 1970er Jahre in der DDR verbracht haben, kennen den Namen Sigmund Jähn. Dessen Stilisierung als „nationaler Held des sozialistischen Deutschlands“¹⁰ lässt sich exakt datieren: Am 27. August 1978 vermeldeten sämtliche Staatsmedien den erfolgreichen Start des sowjetischen Raumschiffs Sojus 31. Im Zentrum des organisierten Jubels: die internationale Besatzung des Raumschiffes, bestehend aus „dem Kommandanten [...], dem zweifachen Held der Sowjetunion und Fliegerkosmonauten der UdSSR Oberst Waleri Bykowski und [... dem] Forschungskosmonauten, dem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Oberstleutnant Sigmund Jähn“¹¹. Den Tenor

dieses Überraschungscoups angehend, titelte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“: „Der erste Deutsche im All ein Bürger der DDR“¹².

Buchstäblich über Nacht wurde der sächsische NVA-Offizier einem Millionenpublikum bekannt. Über dessen Werdegang „[v]om Arbeiterjungen zum Kosmonauten“ wurde in sämtlichen Blättern des Landes berichtet:

„Oberstleutnant Sigmund Jähn wurde am 13. Februar 1937 in Rautenkrantz, einem kleinen Ort [...] im Vogtland geboren. [...] Umgeben von den Sorgen und Nöten einer Arbeiterfamilie [...] wurde Sigmund Jähn zu einem aufgeweckten Jungen mit vielseitigen Interessen. Früh entwickelte sich bei ihm das Gefühl der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse. [...]

Durch seine Haltung in der Schule und in der Pionierorganisation, seinen Lerneifer, sein Eintreten für seine politische Überzeugung und aktives gesellschaftliches Wirken gewann er das Vertrauen der Pioniere seiner Klasse. [...] Später, als Sekretär der FDJ-Gruppen seines Heimatortes, bildeten sich Sigmunds Eigenschaften und Fähigkeiten heraus, ein Kollektiv zu formen und durch seine Persönlichkeit zu beeinflussen. [...]

Die Erfahrungen seiner Kindheit und Jugend, das marxistisch-leninistische Wissen, daß er sich in diesen Jahren aneignete, bestimmte seine Haltung zum Staat der Arbeiter und Bauern. Folgerichtig entschied sich der 18jährige [...] seinen Dienst in den bewaffneten Organen [...] anzutreten. [...] In der Nationalen Volksarmee konnte Sigmund Jähn seinen Wunsch, Jagdflieger zu werden, verwirklichen.

An der Offiziershochschule [...] gehörte Sigmund Jähn zu den vorbildlichen Offizierschülern. So sprachen ihm die Kommunisten der Parteiorganisation [...] ihr volles Vertrauen aus, als der Arbeiterjunge und Offizier [...] um die Aufnahme als Kandidat in die Reihen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bat. [...]

Bereits mit 26 Jahren wurde der vorbildliche Jagdflieger in die Dienststellung des Leiters für Lufttaktik und Luftschießen eines Jagdfliegergeschwaders eingesetzt. [...] Die Entwicklung der Persönlichkeit Sigmund Jähns als Mitglied der Partei der Arbeiterklasse und Offizier, sein fester Klassenstandpunkt und seine militärischen Führungseigenschaften waren bestimmend für die Auswahl zum Besuch der sowjetischen Militärakademie der Luftstreitkräfte ‚Juri Gagarin‘. An dieser traditionsreichen Ausbildungsstätte [...] schloß er das Studium mit der Note ‚Ausgezeichnet‘ ab. [...]

In der Folgezeit übernahm er erneut verantwortliche Dienststellungen in den Luftstreitkräften der Nationalen Volksarmee. [...] Für seine hervorragenden Leistungen wurde ihm der Titel ‚Verdienter Militärflieger der DDR‘ verliehen. [...]

Sigmund Jähn [eignete sich] umfangreiche wissenschaftlich-technische Kenntnisse an und erwarb im intensiven Training, gemeinsam mit den sowjetischen Kosmonauten, die erforderlichen [...] Fertigkeiten zur erfolgreichen Verwirklichung seines verantwortungsvollen Auftrags.“¹³

In dieser Darstellung sind bereits wesentliche Elemente eines sozialistischen Heldenepos angelegt: Der Held entstammt einfachen Verhältnissen. Bereits als Kind zeichnet er sich durch besondere Eigenschaften aus, die seine Berufung zu Höherem offenbaren. Ständig lernend vervollkommnet er seine beruflichen Fähigkeiten und seinen Charakter. Persönlich erweist er sich als anständig und übt positiven Einfluss auf andere aus. Als Anhänger der kommunistischen Weltanschauung reiht er sich ein in die Reihen „der Partei“. Diese bietet ihm eine geistige Heimat und wird zu seiner Erzieherin. Politisch und moralisch gefestigt kann er seine heroische Tat vollbringen, weil sein Land im „Bruderbund“ mit der Sowjetunion ihm dies ermöglicht hat.¹⁴

Die Weltraum-Mission des Duos Bykowski / Jähn war das Ergebnis des 1976 von der UdSSR aufgelegten Interkosmos-Programms, das gemeinsame Weltraumflüge mit Kosmonauten aus Gastländern unter Einbindung nicht-sowjetischer Technik vorsah. Jähn gehörte einer sorgfältig ausgewählten Gruppe tschechoslowakischer, polnischer und ostdeutscher Kandidaten an, die mit ihren Familien ins „Sternenstädtchen“ bei Moskau gezogen waren, um sich dort zwei Jahre lang auf die gemeinsamen Flüge mit sowjetischen Kosmonauten vorzubereiten. In der Reihe der drei ersten Interkosmos-Flüge 1978 kam die DDR erst an dritter Stelle zum Zuge.¹⁵

Der Flug der Sojus 31 dauerte 188 Stunden und 49 Minuten.¹⁶ Emotionaler Höhepunkt war das Andockmanöver an die Orbitalstation Saljut 6 und die dortige Begegnung mit deren Langzeitbesatzung aus Wladimir Kowaljonok und Alexander Iwantschenkow. An Bord der Station führten Jähn und Bykowski diverse Experimente durch, etwa zu den Auswirkungen der Schwerelosigkeit auf den Geschmacksinn, den Veränderungen des Stoffwechsels von Bakterien, den Eigenschaften halbmolekularer Einkristalle oder zur Polarisation des Sonnenlichts in der Erdatmosphäre.¹⁷

Über alle Regungen an Bord hielten die DDR-Medien die Öffentlichkeit auf dem Laufenden. Viele junge Menschen nahmen begierig alles auf, was nur irgendwie mit ihrem Helden und dem Thema Raumfahrt zu tun hatte, kauften Interkosmos-Abzeichen und -Poster oder schlossen sich in Arbeitsgemeinschaften „Junger Kosmonauten“ zusammen.

Auch lange Zeit nach dem Flug spannte die SED ihren Propagandaapparat dafür ein, ihre Version der Heldengeschichte im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Unzähligen Schulen, Freizeitzentren, Kollektiven und einem Frachtschiff wurde der Name „Sigmund Jähn“ verliehen. Nachdem diesem auch offiziell der Status eines „Helden der DDR“ verliehen worden war, wurde der zum Oberst beförderte „Fliegerkosmonaut“ auf eine Tour durch alle 15 Bezirke der DDR geschickt. Als „unser Mann im Orbit“ traf er dort auf graue Funktionäre, die sich in seinem Glanz sonnten, kam mit tausenden „Werk tätigen“, Uniformträgern und Jugendlichen in Kontakt, beantwortete geduldig deren immergleiche Fragen, schüttelte unzählige Hände und bedankte sich bei Partei und Volk dafür, ihm die Teilnahme an seiner historischen Mission ermöglicht zu haben. Durch seine „Ausstrahlung, Aufrichtigkeit und gewinnende Persönlichkeit“ fand er auch tatsächlich großen Anklang. „Vielleicht“, so der Historiker Roland Hirte, „bestand eine der größten Leistungen Jähns darin, all das peinliche des nervenden Polit-Getues durch sein Auftreten etwas kompensiert zu haben.“¹⁸

In der Bundesrepublik reagierte man teils achselzuckend, teils beleidigt auf den kosmischen Punktsieg der DDR. In der medialen Inszenierung sah man vor allem den Versuch der SED-Führung, die „Brüder und Schwestern in der DDR“ von den realen Schwierigkeiten des real existierenden Sozialismus abzulenken.

„Es gibt keinen näher liegenden Namen für ein Raumflug-Planetarium im Osten Deutschlands als den von Sigmund Jähn.“¹⁹

Aus einem fraktionsübergreifenden Beschlussvorschlag
für den Hallenser Stadtrat, 24.09.2019

Während seiner Rundreise durch die DDR im Frühjahr 1979 war Sigmund Jähn drei Tage im Bezirk Halle zu Gast gewesen. In der Bezirkshauptstadt wurde er von Werner Felfe, dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung und Mitglied des Politbüros, empfangen. Auf seinem Besuchsprogramm standen Termine in Halle-Neustadt, Eisleben, Wolfen und Weißenfels²⁰, überraschenderweise aber keiner in dem neuen, eigens nach ihm benannten „Raumflug-Planetarium“.

Immerhin war der futuristisch geformte Schalenbau auf der Hallenser Peißnitzinsel, ein Werk des Architektorpioniers Herbert Müller, bereits am 10. November 1978, drei Monate nach der Landung der Sojus, eingeweiht worden. Seither entwickelte sich die



Titelseite einer propagandistischen Broschüre über eine Rundreise Sigmund Jähns durch den Bezirk Halle, herausgegeben von der Bezirksleitung Halle der SED im Jahr 1979

städtische Einrichtung über Jahrzehnte hinweg zu einem beliebten Anziehungspunkt, den sowohl Einheimische als auch Gäste der Stadt Halle gerne aufsuchten. Das blieb auch viele Jahre nach der „Wende“ so.

Nachdem das Gebäude, ein bedeutsames Zeugnis der „Ostmoderne“, infolge des Hochwassers 2013 schwere Schäden erlitten hatte, votierte der Stadtrat mehrheitlich für dessen Abriss. Um die vielen Gegnerinnen und Gegner dieser Entscheidung zu befrieden, sollte ein „Ersatzneubau“ in hochwassergeschützter Lage entstehen: in den Mauern eines historischen Gasometers auf dem Holzplatz. Um die Benennung des neuen Gebäudes sollte ein vielstimmiger, teilweise hoch emotionalisierter Namensstreit entbrennen, der in seiner Heftigkeit überrascht.

Wie hoch die Wogen der Emotionen schlagen sollten, war zunächst gar nicht absehbar: Am 24. September 2019 – noch ganz unter dem Eindruck der Nachricht vom Tode Sigmund Jähns stehend – befasste sich der Hallenser Stadtrat mit einem Antrag, den fast alle Fraktionen – angefangen von der Partei DIE LINKE als Initiatorin bis hin zur CDU

mittragen. In seltener Einigkeit bekundeten sie den Willen, auch den Neubau nach dem bisherigen Namensgeber zu benennen. Neben dem Wunsch nach namentlicher Kontinuität ging es den beantragenden Parteien auch um eine Ehrung Jähns: „Über 30 Jahre assoziierten die Hallenserinnen und Hallenser das Planetarium der Stadt mit dem Namen ‚Sigmund Jähn‘. [...] Die Geschichte des alten Planetariums [...] soll nicht enden[,] sondern im neuen Planetarium [...] weiterleben. Die antragstellenden Fraktionen sind [...] der Ansicht, dass es der Verdienst von Sigmund Jähn bleibt, der erste Deutsche im All gewesen zu sein. Dieser historische Raumflug verdient – unabhängig von der Frage, in Diensten welches Staates und welchen politischen Systems innerhalb des Kalten Krieges er stattfand – Anerkennung und gesamtdeutsche Erinnerungskultur.“²¹

Wie üblich bei Namensgebungen wurde der Antrag zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss verwiesen. Dortiger Stein des Anstoßes war die Rolle Jähns als einstiger Repräsentant des politischen Systems der DDR. Als erste brachte die Fraktion „Hauptsache Halle“, die von vornherein nicht zu den Unterstützenden des Antrages gehört hatte, einen anderen Namen ins Spiel: Neil Armstrong. Bei dem ersten Mann auf dem Mond handle es sich um eine „in allen Facetten seines Daseins makellose Astronauten-Ikone“²². Die AfD-Fraktion sprach sich dagegen für eine Benennung nach Alfred Weigert aus. Der deutsche Astronom habe einerseits durch international anerkannte Leistungen „zum besseren Verständnis des Universums beigetragen“. Andererseits stehe er „durch seine Vertreibung aus Pommern in unsere Stadt Halle[,] aber auch durch seine Flucht 1961 in den Westen [...] für viele Landsleute mit ähnlich schicksalsgeprägten Lebensbiographien.“²³

Mit dem Vorschlag, die Vergabe der Namensrechte gegen Entgelt öffentlich auszusprechen und die Erlöse „in zusätzliche Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche“ zu investieren, verabschiedeten sich die Freien Demokraten als erste aus der Phalanx der Jähn-Befürworter.²⁴ Ihnen folgten die Christdemokraten. Sie wollten das Planetarium lieber nach der bei dem missglückten Start der US-Raumfähre „Challenger“ 1986 ums Leben gekommenen US-Astronautin Judith Resnik benennen. Schließlich meldeten sich die Bündnisgrünen mit dem Vorschlag zu Wort, ganz auf eine/n Namenspatron/in zu verzichten.²⁵

Im Zuge dieser Absetzbewegungen sahen sich auch die verbliebenen drei Ratsfraktionen – Linke, Sozialdemokraten und MitBürger im Bündnis mit den Satirikern „der PARTEI“ – genötigt, ihren Ursprungsantrag zu überarbeiten. Ergänzend regten sie an,

„eine kritische Würdigung“ der „Biographie Sigmund Jähns im Kontext des politischen Systems der Deutschen Demokratischen Republik“ zu veranlassen und deren Ergebnisse für die Besucherinnen und Besucher des Planetariums „in einer dafür geeigneten Form“ darzustellen.²⁶

„Unbestreitbar zeigt der Lebenslauf, dass Sigmund Jähn nicht nur ‚systemnah‘, sondern Teil des Unterdrückungssystems der DDR war [...].“²⁷

Aus einer Stellungnahme des Hallenser Vereins „Zeitgeschichte(n) e.V.“, 01.02.2021

Dass ganze Stadtratsfraktionen auf Abstand zum einstigen „Helden der DDR“ gegangen waren, hing auch mit einer Intervention der Landesebene zusammen. In einer Pressemitteilung vom 21. Dezember 2020 hatte Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, erklärt, dass Sigmund Jähn „kein zukunftsfähiger Namenspatron für einen außerschulischen Lernort“ sei. Noch am 1. Mai 1989 habe der NVA-General an der Seite von Staats- und Parteichef Erich Honecker auf einer Tribüne gestanden und sich so zum Aushängeschild des Regimes machen lassen. Die massenhaften Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise wenn Schülern aus Glaubens- und Gewissensgründen Bildungschancen verbaut wurden, hätten ihn nicht interessiert. Repräsentanten einer Diktatur eigneten sich grundsätzlich nicht als Namensgeber in der Demokratie. Auch die Bildung in Naturwissenschaften und Technik brauche eine Anbindung an Demokratie und Freiheitsrechte, für die Sigmund Jähn „keine Referenzperson“ sei.²⁸

Daneben trug aber auch eine im Auftrag der CDU-Fraktion abgegebene Stellungnahme des örtlichen Vereins Zeitgeschichte(n) e.V. zu dem Meinungsumschwung bei. In dessen Ausführungen werden unter anderem die Beziehungen Jähns zum Ministerium für Staatssicherheit thematisiert. Zumindest anhand einer in der Stasi-Unterlagenbehörde aufgefundenen Karteikarte werde ersichtlich, dass der zunächst als GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit) geführte Jähn seit Mitte der 1980er Jahre auch als IM (Inoffizieller Mitarbeiter) „Tanja“ im Dienst der Stasi gestanden hat. Gegen ihn als Namensgeber spreche aber auch sein gesamter Lebenslauf „vom Buchdrucker, Pionierleiter, Parteigruppenorganisator, Mitglied der SED-Parteileitung, Jagdflieger der NVA, Studium in Moskau mit Abschluss ‚Diplom-Militärwissenschaftler‘, Kosmonaut und Aufstieg in der NVA bis zum Generalmajor“²⁹.

Auch der Historiker Stefan Wolle, gebürtiger Hallenser und Leiter des Berliner DDR-Museums, bewertete den Namensvorschlag kritisch. Zwar wolle er Jähn ausdrücklich nicht zum Vorwurf machen, „als Offizier der Nationalen Volksarmee und Mitglied der SED im System auch so funktioniert [zu haben], wie das die Staatssicherheit erwartet hat“. Dafür nehme er ihm übel, sich bereitwillig für Propagandazwecke habe einspannen zu lassen: „Er war kaum im Weltall, da sagte er bereits, sein Gruß gilt der sozialistischen DDR [...]“. Jähn habe stets geräuschlos im System funktioniert und nett gelächelt. Nach dem Ende der DDR habe er sich nie von seiner früheren Rolle distanziert oder etwas Kritisches gesagt. „Deswegen“, so Wolles Fazit: „[K]ritische Auseinandersetzung ja – und keine Verurteilung oder Verdammung. Aber bitte doch keine Ehrung.“³⁰

Eine Woche vor der entscheidenden Stadtratssitzung stellte die „Mitteldeutsche Zeitung“ noch einmal die Argumente der konträren Lager in Form zweier Gastbeiträge gegenüber. Als Vertreter des „Contra“-Lagers führte Gunnar Berg, Vizepräsident der in Halle ansässigen Wissenschaftsakademie Leopoldina, aus, dass es im konkreten Fall um eine Ehrung gehe, „bei der die Gesamtpersönlichkeit zu beachten ist, zu der selbstverständlich auch die politische Haltung gehört“. Jähn wäre „nicht nur der erste deutsche Raumfahrer, sondern ein hochrangiger Repräsentant und Nutznießer des DDR-Systems“ gewesen. Für die Menschen, die zu DDR-Zeiten Nachteile in Kauf nehmen mussten, wäre es „ein Skandal, wenn sie erleben müssten, dass nun die längst vergessen geglaubten Helden des Sozialismus [...] wieder auferstehen und nun sogar geehrt werden sollen“³¹.

Zur Bekräftigung ihrer „Pro Jähn“-Position ordnete die Linken-Politikerin Eva von Angern, Co-Vorsitzende der Landtagsfraktion, den von ihr favorisierten Namenspatron in einen größeren Zusammenhang ein: „Ostdeutsche haben seit 1990 erlebt, dass kein gutes Haar an der DDR gelassen wurde. Sie [...] haben das Gefühl, dass auch nichts Gutes an ihrem Leben in der DDR gewesen sei. [...] An Sigmund Jähn soll auch nichts erinnern. Wohl auch, weil er für eine Stolz machende Leistung der DDR steht. Er blieb trotz seiner Pionierleistung ein zurückhaltender ostdeutscher Himmelsstürmer. [...] Sigmund Jähn ist ein Stück dieser Heimat, auf die man noch heute stolz sein kann und darf. Ich bin es. Für das Sigmund-Jähn-Planetarium!“³²

„Ich bin weder [sic] ein Anhänger der ‚Linken‘ und als ehemaliger DDR-Bürger stehe ich trotzdem zu dieser Petition und zu Sigmund Jähn, da er ein sympathischer, menschlicher Sozialist mit Charakter in diesem unmenschlichen System war. Tradition muss bleiben.“³³

Joachim M., Unterzeichner einer Online-Petition für die Beibehaltung Sigmund Jähns als Namenspatron für das neue Planetarium Halle, 18.02.2021

Von den ablehnend-kritischen Positionierungen gegen „einen der ihren“ sahen sich vor allem Personen provoziert, die zum unmittelbaren Kreis der Systemträger/innen in der DDR zählten. Ein prominentes Beispiel dafür ist Nina Hager, Tochter des ehemaligen SED-Chefideologen Kurt Hager. Im einstigen FDJ-Blatt „junge Welt“ polemisierte die frühere stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP): „Jähn hatte also nicht nur die falsche politische Überzeugung, sondern hat auch noch ein falsches Leben in der DDR gelebt. Wie dumm ist das?“³⁴

Mit einem aufgebrachten Leserbrief an die in Halle erscheinende „Mitteldeutsche Zeitung“ (MZ) meldete sich der regionale Ableger einer Interessengemeinschaft ehemaliger NVA-Angehöriger zu Wort. Im Unterschied zur MZ war der vollständige Wortlaut ihres Schreibens auf der Webseite des „Verbandes zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V.“ zu lesen. Nach Ansicht der fünf Verfasser könne nicht hingenommen werden, dass „ein Mensch wie Sigmund Jähn [...] so beleidigt und erniedrigt wird von einer Pfarrerin [gemeint ist die Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker – KL], die von Versöhnung predigt, aber Hass sät [...]“. Ihre Argumente seien [...] nichts als die Wiederholung der Vorwürfe und Verleumdungen aus der Wendezeit.³⁵

Jürgen Stenker, seines Zeichens „Vorsitzender der territorialen Arbeitsgruppe Halle“ der „Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.“, einer Lobbyorganisation ehemaliger SED-Funktionäre und Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR und bis Ende 1989 Leiter des Untersuchungsabteilung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle, sprang seinen früheren Genossen zu Seite: „Wir halleschen DDR-Bürger [sic] sollten stolz sein auf die Erfolge der DDR. [...] Die haben wir in die Einheit eingebracht und wir dürfen nicht zulassen, dass sie vergessen gemacht werden.“³⁶ Derartige Schmähekritiken, die ein beschönigendes Bild von der DDR zeichnen, fanden sich in diversen Online-Kommentarspalten etablierter als auch sogenannter alter-

nativer Medien wieder.³⁷ Auch wenn die Äußerungen aus dem Dunstkreis der alten Nomenklatura zwar nicht überall geteilt wurden, rührt die Frage der Bewertung von DDR-Biographien an einem empfindlichen Nerv vieler Ostdeutscher. Im vorliegenden Fall entzündete sie sich an einem der wenigen DDR-Helden, der in großen Teilen der Bevölkerung hohes Ansehen genießt. Daran anknüpfend, initiierte die Stadtratsfraktion der Linken am 17. Februar eine Online-Petition, um für ihren inzwischen nicht mehr unumstrittenen Namensvorschlag zu werben:

„Wir halten daran fest, dass es wichtig und gut ist, das Planetarium nach Sigmund Jähn zu benennen und sein Lebenswerk zu würdigen – ohne alte Gräben und ohne Schwarz-Weiß-Denken.“ Es gehe „nicht um Heldenverehrung oder Ignoranz gegenüber Fehlern in der Diktatur“, sondern darum, „Ost-Biografien den angemessenen Platz einzuräumen“. Vielen Menschen im Osten, die „einfach nur ihr Leben gelebt, Erinnerungen und Identifikationsfiguren haben“, könne man nach 30 Jahren im vereinigten Deutschland nicht erklären, „dass das alles nichts wert ist, nur, weil sie in der DDR aufgewachsen sind“.³⁸ Binnen einer Woche fand die Petition ca. 3.000 Unterstützer/innen, von denen über 800 aus Halle stammen. Fast ein Drittel begründete ihre Unterstützung in Form von Kommentaren. Ungeachtet der einseitigen Parteinahme ergeben sie in ihrer Gesamtheit ein vielstimmiges Bild:

Michael D. (Chemnitz): „Jede Persönlichkeit der DDR [sic] stand im Spannungsfeld [sic] von Mut und Anpassung, Moral und Versagen, Lebensleistung und Schuld. Sigmund Jähn macht da keine Ausnahme. Seine Leistung beim ersten Raumflug eines Deutschen [sic] und als Mittler [sic] zwischen deutschen Astronauten und russischer Weltraumfahrt [...] sollte gewürdigt werden, auch wenn Fragen zulässig bleiben müssen, ob er immer richtig gehandelt hat und wie seine Funktion als Aushängeschild des Regimes zu bewerten ist. Keiner von uns ehemaligen DDR-Bürgern kann nur heldenhaftes [sic] von sich berichten [...].“

Andi W. (Brüel): „Sigmund Jähn hat nach 1990 Piloten der Bundeswehr bei ihrer Vorbereitung auf Raumflüge unterstützt. Piloten also, die ihm wenige Jahre zuvor noch feindlich gegenüberstanden. Er hat sich so um die innere Einheit verdient gemacht und gezeigt, dass ihm Sacharbeit wichtiger ist, als ideologische Befindlichkeiten. Zudem hat er bis zu seinem Tod öffentliche Auftritte genutzt, um an die Vernunft der Menschen beim Umgang mit unserem Heimatplaneten zu appellieren. Er hat diese Ehrung verdient.“

N. N. (Halle): „Nach über 30 Jahren und mit Blick auf den Menschen sollte man ein politisches Bekenntnis zur DDR auch vernünftig einordnen. Wer heute immer noch so argumentiert wie 1989 sollte sich selbst auch hinterfragen. Sigmund Jähn hat nicht vertuscht, nicht gelogen[,] sondern stand zu seiner Überzeugung [...].“

Paul G. (Schlotheim): „Als Jugendlicher in der DDR war ich 1971 Mitbegründer der Jugendarbeitsgruppe KOSMOS (JAGK) der Deutschen Astronautischen Gesellschaft. Diese Gruppe wurde 1975 durch die STASI zersetzt. Viele Mitglieder dieser Gruppe hatten persönliche Kontakte zu Sigmund Jähn und schätzten seine Bescheidenheit. Deshalb ist er ein Vorbild auch für die heutige Zeit.“

Markus R. (Halle): „Ich habe an Halles Uni studiert, die den Namen eines Hetzers gegen Juden trägt – Martin Luther. Halle nennt sich stolz Händelstadt - Händel investierte 1720 in die britische Royal African Company, die jährlich tausende Afrikaner als Sklaven in die Kolonien deportierte. [...] Sigmund Jähn war ein Generalmajor in der NVA – Neil Armstrong war als Pilot im Koreakrieg beteiligt. Was ist schlimmer?“

Wie auch diese Beispiele zeigen, stammen die Online-Kommentare überwiegend von Männern, die in Ostdeutschland aufgewachsen sind. Viele Kommentatoren haben die DDR noch bewusst erlebt und sich – wie die überwiegende Bevölkerungsmehrheit – wohl oder übel mit den dortigen Verhältnissen arrangiert. Dass Jähn sich darüber hinaus rückhaltlos in den Dienst des Regimes stellte, wird ihm nicht als schwerer Makel angekreidet, weil seine Verdienste um die Raumfahrt und sein Ruf als bescheidener und bodenständiger Mensch stärker gewichtet werden. Schließlich setzen manche Jähn-Fans dessen Vita ins Verhältnis zu Lebensläufen anderer Prominenter, die trotz nachweislicher Verfehlungen weiter Heldenstatus besitzen. Um diese weit verbreitete „unpolitische“ Sichtweise zu verstehen, lohnt es sich, einen Blick auf Jähns weiteren Werdegang im wiedervereinigten Deutschland zu werfen. Dabei wird deutlich, dass das ursprüngliche Heldennarrativ in entideologischer Form auch nach dem Ende des selbsternannten „Arbeiter- und Bauernstaates“ nicht nur immer wieder bestätigt, sondern auch aufgrund der wachsenden Anerkennung unter Westdeutschen grundlegend erneuert wurde.

„Wer ihm je begegnete, dem bleiben seine Hilfsbereitschaft und seine liebenswürdige Bescheidenheit in Erinnerung. Durch seine Leistungen als Wissenschaftler und als Botschafter der Raumfahrt hat Sigmund Jähn einen bedeutenden Beitrag für die Zukunft der Erde und der auf ihr lebenden Menschen geleistet.“³⁹

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in einem Kondolenzschreiben an die Witwe Sigmund Jähns, 23.09.2019

Die Nachricht von der Maueröffnung am 9. November 1989 ereilte Sigmund Jähn während eines Raumfahrerkongresses im fernen Ägypten. Von dort zurückgekehrt in sein sich auflösendes Heimatland schien er ebenso wie andere Protagonisten des SED-Regimes in den Malstrom der Geschichte zu geraten. Im Unterschied zu anderen Kommandostaboffizieren erfuhr Jähn mit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst eine vergleichsweise hohe Wertschätzung. Im Entlassungsbrief des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung vom 2. Oktober 1989, dem letzten Tag des Bestehens der DDR, wurde ihm für die 35-jährige „gewissenhafte militärische Pflichterfüllung“ in den bewaffneten Organen gedankt.

Dass der „von den eigenen Leuten“ zunächst fallen gelassene Jähn eine neue berufliche Perspektive beim einstigen Klassenfeind fand, hatte er dem Astronauten Ulf Merbold zu verdanken, dem zweiten Deutschen im All. Obwohl beide Männer aus dem Vogtland stammen, hätten ihre Lebenswege nicht unterschiedlicher sein können. Merbolds Vater wurde 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht verhaftet und war 1948 im Speziallager Buchenwald gestorben. Weil sein Sohn nicht in die FDJ eintreten wollte, blieb ihm ein Studium verwehrt. Er verließ die DDR und nahm in West-Berlin ein Physikstudium auf.⁴⁰ Sein Flug an Bord der US-Raumfähre Discovery 1983 war die erste NASA-Mission mit deutscher Beteiligung.

Obwohl Merbold konträre Ansichten zum Thema DDR vertrat („Sigmund würde sagen, die DDR hat Fehler gehabt, aber im Kern war sie gut. Ich dagegen sage, [...] im Kern war die DDR ein Unrechtsstaat.“⁴¹), setzte er sich für eine passende Anschlussverwendung seines arbeitslosen Landsmannes ein. Dank dessen Vermittlung nahmen das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt und die Europäische Weltraumagentur Sigmund Jähn als Berater unter Vertrag.

In seiner neuen Eigenschaft wurde Jähn erneut ins legendäre „Sternenstädtchen“ entsandt, wo er 15 Jahre für den ehemaligen „Klassenfeind“ arbeitete. Allen vier Deut-

schen, die sich zum Teil mehrfach zwischen 1990 und 1997 mit russischer Technik ins Weltall befördern ließen, ebnete er den Weg. Reinhold Ewald würdigt dessen Rolle so: „Sigmund öffnete uns alle Türen und auch die Herzen der Menschen, bei denen er fachlich und charakterlich hoch angesehen ist. Er war unser Passepartout.“⁴²

Zuletzt verhalf Alexander Gerst, der aktuelle Star der deutschen Raumfahrt, Jähn zu einem neuerlichen Popularitätsschub. Als dieser 2014 von Russland aus seinen ersten Flug ins All antrat, führte er als Talisman ein Abzeichen zur Erinnerung an den Flug von Jähn und Bykowski mit sich. Auf der Internationalen Raumstation ISS fotografierte er es und übersandte es an den Weltraumveteranen mit den Worten: „Es war mir eine große Ehre und Freude, auf deinen Schultern in den Weltraum zu fliegen!“.

Wegen seiner historischen Pioniertat und seiner Funktion als „Brückenbauer“ zwischen Ost und West erwarb sich der inzwischen parteilos gewordene Marxist⁴³ Sigmund Jähn nicht nur in Raumfahrerkreisen Anerkennung. 1998 verlieh ihm das Deutsch-Russische Forum in „Würdigung seines persönlichen Engagements zur deutsch-russischen Verständigung und Zusammenarbeit“ den nach einem deutschen Arzt benannten Friedrich-Joseph-Haas-Preis. Bei dieser Gelegenheit hielt Bundespräsident Roman Herzog die Laudatio.⁴⁴ Fünf Jahre später begab sich Herzogs Nachfolger Johannes Rau in Jähns Geburtsort Morgenröthe-Rautenkranz. Getreu seinem Motto „versöhnen statt spalten“ hielt er im vogtländischen Markneukirchen zu den Jubiläen „25 Jahre Raumflug von Sigmund Jähn und 20 Jahre Raumflug von Ulf Merbold“ ein Grußwort. Rückblickend auf das kosmische Wettrennen während des Kalten Krieges meinte Rau: „Ich finde, das Schönste ist, [...] dass wir heute die Raumfahrt nicht mehr sehen als eine Waffe gegen den anderen, [...] sondern dass Ost und West gemeinsam, dass Sigmund Jähn und Ulf Merbold gemeinsam dafür sorgen, dass aus der Raumfahrt ein Gewinn kommt, der uns auch auf der Erde hilft [...]“.⁴⁵

1999 nahm Jähn den Medien- und Publikumspreis „Goldene Henne“ für sein „Lebenswerk“ entgegen. Anlässlich des 40. Jahrestages des Sojus 31-Fluges 2018 widmete ihm die in den neuen Bundesländern auflagenstarke SUPERillu ein über 60 Seiten starkes Sonderheft inklusive Ausklapp-Poster mit dem Titel „Sigmund Jähn. Unser Held im All“⁴⁶. In der Welt der Numismatik tauchten regelmäßig Sonderprägungen auf, die das Antlitz des ersten Deutschen im All entweder allein oder zusammen mit der Nummer Zwei zeigen. Für eine goldene Gedenkmedaille aus dem Jahre 1993, welche vorgibt, die Gesichtszüge von „Siggi Jähn und Ulf Merbold“ abzubilden, werden derzeit 360 Euro verlangt.⁴⁷

Auf ihrem 1999 erschienenen Pop-Album „So viel Spaß für wenig Geld“ zollten die Leipziger „Prinzen“ dem deutschen Kosmonauten mit „Wer ist Sigmund Jähn?“ musikalisch Tribut.⁴⁸ In dem auch international erfolgreichen deutschen Film „Good Bye Lenin!“ von 2003 wird die Geschichte einer überzeugten DDR-Bürgerin erzählt, die infolge eines Herzinfarktes ins Koma fiel und so den Mauerfall „verschlieft“. Um ihre Gesundheit zu schonen, wird ihr nach dem Erwachen im wiedervereinigten Deutschland vorgegaukelt, sie lebe nach wie vor in der alten DDR. Man versucht ihr weiszumachen, dass der greise Erich Honecker durch den ungleich populäreren Sigmund Jähn ersetzt wurde.⁴⁹

Weitere Ehrungen folgten: Im Jahr 2001 wurde ein zuvor an einer Volkssternwarte im Erzgebirge entdeckter Asteroid nach Sigmund Jähn benannt. Im gleichen Jahr wurde ihm die Ehrenbürgerwürde seines Geburtsortes Morgenröte-Rautenkrantzuteil. Später widerfuhr ihm Selbiges an seinen späteren Wohnorten Neuhardenberg (2007) und Strausberg (2012). Am 29. September 2017 wurde im sächsischen Dommitzsch – erstmals nach vier Jahrzehnten – sogar wieder eine Grundschule nach Sigmund Jähn benannt.

Der vielfach Geehrte selbst soll zwar persönlich keinen Wert auf derartige Würdigungen gelegt haben. Dennoch erfüllte er bis zuletzt alle Pflichten, die ihm das Los, erster Deutscher im Weltall gewesen zu sein, auferlegt hatte.

Als Sigmund Jähn schließlich 2019 im Alter von 82 Jahren verstarb, fielen die für ihn verfassten Nachrufe fast durchgängig positiv aus. In einem Kondolenzschreiben an die Witwe Erika Jähn charakterisierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Verstorbenen als einen „Helden wider Willen“: „Mit Sigmund Jähn verlieren wir einen wundervollen Menschen und eine herausragende Persönlichkeit in der Geschichte der Raumfahrt. [...] Als erster Deutscher und einziger DDR-Bürger im All hat Ihr Mann am 26. August 1978 Geschichte geschrieben. [...] Er hatte an diesem Tag vielen Menschen das Gefühl gegeben, zum ersten Mal sei ‚einer von uns‘ hinaus ins All geflogen.“⁵⁰

In einem Gastbeitrag für den Berliner „Tagesspiegel“ gelangte der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, selbst ein Kind der DDR, zu einem völlig anderen Urteil über Jähn. Auch in Abwägung dessen positiver Charaktereigenschaften schrieb er: „Im All war er ein Held. Auf der Erde nicht. Deshalb taugt er auch nicht als Held für künftige Generationen, viel eher als Anschauungsbeispiel dafür, dass sympathische, leise, bescheidene Menschen trotzdem eine menschenverachtende, laute, gewaltvolle Diktatur stützen und verteidigen können.“⁵¹



Ausschnitt der Titelseite des SUPERillu-Sonderheftes über Sigmund Jähn, erschienen im Januar 2018

„Ich hadere nicht mit der Welt von heute und auch nicht mit der von gestern. Auch nach 1990 war ich bereit, ordentlich zu arbeiten – und war froh, daß ich es konnte. Es liegt mir nichts daran, Vorbild zu sein; ich sehe aber auch nicht recht ein, dass ich wegen irgendetwas in meinem Leben vor dem 3. Oktober 1990 rehabilitiert werden muß.“⁵²

Sigmund Jähn im TV-Gespräch mit Günter Gaus, 1998

Zurück nach Halle: Auf der dortigen Stadtratssitzung am 24. Februar 2021 wurde der Streit um die Benennung des neuen Planetariums demokratisch entschieden: Mit 28 Ja-, 18 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen wurde der Kompromissvorschlag von Bündnis 90/Die Grünen angenommen, den Neubau schlicht „Planetarium Halle“ zu benennen. Der Name „Sigmund Jähn“ wurde verworfen.⁵³ Noch im Verlauf der Sitzung regte sich offene Kritik daran.

Auch wenn die Entscheidung nunmehr bindend ist, so der Kommentator der Mitteldeutschen Zeitung, scheint die jetzige Lösung nicht in Stein gemeißelt zu sein. Nach Auffassung des Bündnisgrünen Christian Feigl sei damit nicht ausgeschlossen, „später über einen anderen Namen nachzudenken“. Christdemokratin Ulrike Wünschler plädierte dafür, eine Plakette mit den Namen aller deutschen Raumfahrer am neuen Planetarium anzubringen: „Jähn könne dann dort ganz oben stehen.“⁵⁴

Nachtrag: Parallel zur Stadtratsdebatte hatte die Mitteldeutsche Zeitung im November 2020 eine Umfrage unter ihren Leserinnen und Lesern gestartet, bei der 25 Namensvorschläge zur Abstimmung standen. Kurz vor der Entscheidung im Stadtparlament wurde das Votum bekannt gegeben: Danach entfielen von den rund 2.200 abgegebenen Stimmen nur 550 auf Sigmund Jähn, der damit überraschend auf den zweiten Platz landete. Das Rennen entschied dagegen ein aktueller Weltraum-Held für sich: Alexander Gerst mit 880 Stimmen.⁵⁵

Anmerkungen

- 1 Keller, Charlie: Ich, Sigmund Jähn, Tapete Records, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=pb9CwkUZ4ew> [Stand vom 22.02.2021].
- 2 Flohmarktfund: Tapete Records veröffentlicht bisher unbekanntes DDR-Spacepop-Song aus den 70ern und sucht nach der Sängerin. Charlie Keller – Ich, Sigmund Jähn, online unter <https://www.krafftuttermischwerk.de/blogg/flohmarktfund-tapete-records-veroeffentlicht-bisher-unbekanntes-ddr-space-pop-song-aus-den-70ern-und-sucht-nach-der-saengerin-charlie-keller-ich-sigmund-jaehn/> [Stand vom 28.05.2021]. Bei „Charlie Keller“ handelt es sich um die in Frankfurt/Main geborene Sängerin und Journalistin Franziska Herrmann.
- 3 Vgl. Tafefund, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=XfoK30ohXTI> [Stand vom 22.02.2021].
- 4 Keller, Charlie: Ich, Sigmund Jähn (wie Anm. 1).
- 5 Tafefund (wie Anm. 3).
- 6 Vgl. Nur ein Kosmonautentraum. DDR-Spacefunk von Charlie Keller, in: die tageszeitung vom 20.10.2020, online unter <https://taz.de/DDR-Spacefunk-von-Charlie-Keller/15717177/> [Stand vom 22.02.2021].
- 7 Kolmorgen, Raj, zit. nach Hensel, Jana: Warum ist dieser Mann kein Held, 22.08.2018, online unter https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2018-08/sigmund-jaehn-astronaut-held-erinnerung-deutscheinheit/seite-2?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F [Stand vom 22.02.2021].
- 8 Inzwischen ist die wahre Identität der Kunstfigur „Charlie Keller“ bekannt. Es handelt sich um die Sängerin, Sprecherin und Journalistin Franziska Herrmann, online unter <https://www.franziskaherrmann.de/cv/> [Stand: 28.05.2021].
- 9 Erklärung von Oberstleutnant Sigmund Jähn, in: Neues Deutschland. Organ des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (ND), 33. Jg., Nr. 202 vom 27.08.1978.
- 10 Hirte, Ronald: Ein später Held. Sigmund Jähns Flug ins All, in: Gries, Rainer / Satjukow, Silke (Hrsg.): Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 158ff., hier: S.162.
- 11 ND vom 27.08.1978.
- 12 Der erste Deutsche im All ein Bürger der DDR, in: ND vom 27.08.1978.
- 13 Vom Arbeiterjungen zum Kosmonauten. Aus dem Leben des ersten Raumfliegers der Deutschen Demokratischen Republik, Oberstleutnant Sigmund Jähn, Absolvent der Gagarin-Akademie, in: ND vom 27.08.1978.
- 14 gl. Gries, Rainer / Satjukow, Silke: Zur Konstruktion des „sozialistischen Helden“. Geschichte und Bedeutung, in: Gries, Rainer / Satjukow, Silke (Hrsg.): Sozialistische Helden. Eine Kulturgeschichte von Propagandafiguren in Osteuropa und der DDR, Berlin 2002, S. 15ff., hier S. 24.
- 15 Vgl. Hirte: Ein später Held (wie Anm. 10), S. 160.

- 16 Vgl. ebenda, S. 172.
- 17 Vgl. Jähn, Sigmund: Erlebnis Weltraum, Berlin (Ost) 1983, S. 234f.
- 18 Hirte: Ein später Held (wie Anm. 10), S. 165f.
- 19 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten vom 24.09.2020, Vorlagen-Nr. VII/2019/00401.
- 20 Vgl. Fliegerkosmonaut Sigmund Jähn im Bezirk Halle, hrsg. von der Bezirksleitung Halle der SED, Abteilung Agitation und Propaganda, Halle 1979.
- 21 Antrag der Fraktionen vom 24.09.2020 (wie Anm. 19).
- 22 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz vom 03.11.2020, Vorlagen-Nr. VII/2020/01926.
- 23 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz vom 25.11.2020, Vorlagen-Nr. VII/2020/02030.
- 24 Vgl. Änderungsantrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz vom 04.11.2020, Vorlagen-Nr. VII/2020/01934.
- 25 Vgl. Änderungsantrag der Fraktion der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, MitBürger & Die Partei, SPD und Freie Demokraten zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz vom 05.11.2020, Vorlagen-Nr. VII/2020/01953 sowie Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, MitBürger & Die Partei und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzmarkt, Vorlagen-Nr. VII/2021/02234.
- 26 Vgl. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, Mitbürger & Die Partei und SPD zur Namensgebung des neuen Planetariums am Holzplatz, Vorlagen-Nr. VII/2019/00401
- 27 Stellungnahme des Zeitgeschichten e.V. zum „Sigmund-Jähn“-Planetarium, 01.02.2021, online unter <https://hallespektrum.de/nachrichten/politik/stellungnahme-des-zeitgeschichten-e-v-zum-sigmund-jaehn-planetarium/390208/> [Stand vom 01.03.2021].
- 28 Vgl. Pressemitteilung der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 21.12.2020.
- 29 Vgl. Stellungnahme des Zeitgeschichten e.V. zum „Sigmund-Jähn“-Planetarium (wie Anm. 27).
- 30 MDR-Sachsen-Anhalt: Planetarium Halle. „Gedenken an Sigmund Jähn ja – Ehrung nein.“, Beitrag vom 05.02.2021, online unter <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/halle/halle/sigmund-jaehn-name-neues-planetarium-kontra-100.html> [Stand vom 23.02.2021].

- 31 Soll das Planetarium nach Sigmund Jähn benannt werden? Ein Contra von Gunnar Berg, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 18.02.2021.
- 32 Soll das Planetarium nach Sigmund Jähn benannt werden? Ein Pro von Eva von Angern, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 18.02.2021.
- 33 Online-Kommentar zu: Fraktion DIE LINKE im Stadtrat von Halle (Saale): Sigmund Jähn als Namenspatron für das neue Planetarium Halle (Saale), online unter <https://www.openpetition.de/petition/kommentare/sigmund-jaehn-als-namenspatron-fuer-das-neue-planetarium-halle-saale?sortierung=gewichtung&seite=5> [Stand: 25.02.2021]
- 34 Hager, Nina: Halle, wir haben ein Problem. An der Saale versuchen sich die CDU und ihr Anhang einmal mehr an der Austreibung der DDR, junge Welt vom 09.02.2021.
- 35 Von fünf Personen unterzeichneter Leserbrief vom 02.01.2021, online unter <https://www.vtnvagt.de/index.php/arbeit-der-regionalgruppen/41-arbeit-der-regionalgruppe-halle/1151-namensgeber-sigmund-jaehn> [Stand vom 24.02.2021].
- 36 Mitteldeutsche Zeitung vom 18.01.2021.
- 37 Vgl. beispielsweise Blenz, Frank: Sigmund Jähns Namen soll verschwinden, weil er DDR-Bürger war, 10.02.2021, online unter <https://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=69678> [Stand vom 24.02.2021].
- 38 Fraktion DIE LINKE im Stadtrat von Halle (Saale): Sigmund Jähn als Namenspatron für das neue Planetarium Halle (Saale), 17.02.2021, online unter <https://www.openpetition.de/petition/online/sigmund-jaehn-als-namenspatron-fuer-das-neue-planetarium-halle-saale?fbclid=IwAR2UTNhbWd1lbvRZngEQQHTmbQL6oUXWQ-Ca7q4ln5I7NokBJOqhPWONZ8> [Stand vom 25.02.2021].
- 39 Der Bundespräsident: Bundespräsident kondoliert zum Tod von Sigmund Jähn, 23.09.2019, online unter <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2019/09/190923-Kondolenz-Sigmund-Jaehn.html> [Stand vom 01.03.2021].
- 40 Vgl. Ulf Merbold, online unter https://de.wikipedia.org/wiki/Ulf_Merbold [Stand vom 25.02.2021].
- 41 Zit. nach Hensel, Jana: Warum ist dieser Mann kein Held? (wie Anm. 7).
- 42 Zit. nach Hoffmann, Horst: Sigmund Jähn. Der fliegende Vogtländer, Berlin 1999, S. 295.
- 43 So Jähn selbst im TV-Interview mit Günther Gaus, vgl. ebenda, S. 307.
- 44 Vgl. ebenda, S. 303.
- 45 Der Bundespräsident: Grußwort zu den Jubiläen 25 Jahre Raumflug von Sigmund Jähn und 20 Jahre Raumflug von Ulf Merbold, 30.03.2002, online unter https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Johannes-Rau/Reden/2003/08/20030830_Rede.html [Stand vom 01.03.2021].
- 46 SUPER-Legenden. Sigmund Jähn. Unser Held im All. SUPERillu-Sonderheft, Nr. 01/2018.

- 47 Vgl. Bayerisches Münzkontor: Weltraum-Sonderprägung „Siggi Jähn und Ulf Merbold“ mit Inlay, online unter <https://www.muenzkontor.de/weltraum-sonderpraegung-siggi-jaehn-und-ulf-merbold-mit-inlay-de-2614603> [Stand vom 01.03.2021].
- 48 Vgl. Die Prinzen: Wer ist Sigmund Jähn?, Lyrics, online unter <https://musikguru.de/die-prinzen/songtext-wer-ist-sigmund-jaehn-2008869.html> [Stand vom 01.03.2021].
- 49 Vgl. dazu: Good Bye, Lenin! Wolfgang Becker, BR Deutschland 2003, Filmheft von Cristina Moles Kaupp, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2003.
- 50 Vgl. Bundespräsident kondoliert zum Tod von Sigmund Jähn (wie Anm. 39).
- 51 Kowalczyk, Ilko-Sascha: Sigmund Jähn verkörperte das DDR-System, 24.09.2019, online unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/tod-von-ddr-kosmonaut-sigmund-jaehn-verkoerperte-das-ddr-system/25048874.html> [Stand vom 01.03.2020].
- 52 Zit. nach Hoffmann: Sigmund Jähn (wie Anm. 42), S. 308f.
- 53 Vgl. Nayda, Jonas: Entscheidung im Stadtrat gefallen So wird das neue Planetarium in Halle heißen, 24.02.2021, online unter <https://www.mz-web.de/halle-saale/entscheidung-im-stadtrat-gefallen-so-wird-das-neue-planetarium-in-halle-heissen-38105046> [Stand vom 01.03.2021].
- 54 Nayda, Jonas: Jähn abgelehnt Doch Stadtrat lässt sich bei Namensdebatte ein Hintertürchen offen, 25.02.2021, online unter <https://www.mz-web.de/halle-saale/jaehn-abgelehnt-doch-stadtrat-laesst-sich-bei-namensdebatte-ein-hintertuerchen-offen-38108288> [Stand vom 01.03.2021].
- 55 Vgl. Zöller, Silvia: Für oder gegen Sigmund Jähn? So ist der Stand vor Entscheidung zum Planetarium, 18.02.2021, online unter <https://www.mz-web.de/halle-saale/fuer-oder-gegen-sigmund-jaehn---so-ist-der-stand-vor-entscheidung-zum-planetarium-38079648> [Stand vom 01.03.2021].

Zu freier Urteilsbildung befähigen Marienborn – vom historischen Ort zur Gedenkstätte¹

Joachim Scherrieble

Marienborn

Auf der Rollbahn ein
Nadelöhr fletscht die Zähne
und durch den Lappwald geistern
Spanische Reiter
aber dies sei
sei nur das eine
raunt es vom Hörensagen:
abseits im Dornröschenschlaf
warte ein Wallfahrtsort
wachgeküßt zu werden
Georg Oswald Cott ²

Vor 25 Jahren eröffnete der damalige Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner am 13. August 1996 auf dem Kernbereich der ehemals größten Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn zwischen der alten Bundesrepublik Deutschland und der DDR die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn als Gedenkstätte im Aufbau. Sie ist das größte noch erhaltene Zeugnis des geteilten Deutschlands an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Gut 25 Jahre danach sollen im Folgenden die Gedenkstätte kurz skizziert, der Prozess des Werdens von der Grenzübergangsstelle zur Gedenkstätte, vom ersten Denkmalverdacht im Mai 1990 bis zur institutionellen Förderung durch den Bund und danach (erstmalig) beleuchtet, die Arbeit bis zur Eröffnung der ersten Dauerausstellung „Grenzübergangsstelle Marienborn: Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph“³ zehn Jahre nach Einstellen des GÜSt-Betriebes am 1. Juli 2000 erhellte, die weiteren 20 Jahre bis zur Eröffnung der zweiten Dauerausstellung skizziert sowie Konzeption und Funktionen als Ort der Begegnung und als offener Lernort diskutiert werden.

Von der Grenzübergangsstelle Marienborn ...

Die Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn war bis 1989 das Nadelöhr zwischen Ost und West an der Autobahn zwischen Hannover und Berlin. „Helmstedt-Marienborn“ war Synonym für eine Grenze, die nicht nur Deutsche von Deutschen trennte, sondern Europa, die Welt in zwei sich feindlich gegenüberstehende militärisch-politische Machtblöcke, in zwei konkurrierende Wirtschaftssysteme, in zwei philosophisch-ideologische Systeme und Interessensphären spaltete. Die am 1. Juli 1945 errichtete Alliierte Kontrollstelle entwickelte sich im Verlauf des Kalten Krieges zur größten und bedeutendsten Grenzübergangsstelle an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Allein von 1985–1989 wurden hier 34,6 Millionen Reisende abgefertigt. Etwa 1.000 Menschen arbeiteten auf der GÜSt in den Bereichen Passkontrolle und Zoll, bei den Grenztruppen und als Zivilbeschäftigte. Mit der Öffnung der Grenze am 9. November 1989 konnten DDR-Bürger die GÜSt Marienborn uneingeschränkt passieren, eine bis dahin für sie staatlich abgeschirmte Terra incognita, die sie zumeist nur ansatzweise aus dem Westfernsehen erahnen konnten. Mit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Kontrollen auf der GÜSt Marienborn am 30. Juni 1990 um 24.00 Uhr – auf den Tag genau nach 45 Jahren – eingestellt.

... zur Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Erinnern und Gedenken brauchen einen Ort. Jeder Ort ist zunächst immer „Gegenwartsort.“ Er lädt zum Erinnern ein wie zum Sprechen über eigenes Erleben und entspricht der „Verdinglichung“, die nach Hanna Ahrendt „Erinnerung“ erst ermöglicht.⁴ Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn ist ein geeigneter Ort, sich an Erlebtes – seelische Verletzungen oder Ängste im Zusammenhang mit der Teilung Deutschlands – zu erinnern und diese aus der zeitlichen Distanz heraus zu betrachten. Die Gedenkstätte ist ein historischer Ort, der wie kaum ein anderer geeignet ist, sich mit den beiden Seiten dieser Grenze zu beschäftigen, einen Perspektivenwechsel vorzunehmen, die jeweils andere Seite zu beleuchten und verstehen zu lernen.

Erinnern und Gedenken setzen Wissen voraus. Dieses Flächendenkmal ist nicht mehr Grenzübergangsstelle, nicht mehr Bollwerk des Grenzregimes, der Teilung und Trennung, sondern seit gut 25 Jahren Gedenkstätte, Ort der Wissensvermittlung, Ort der Begegnung.

Gedenkstättenkonzeption – „Konzeptionelle Eckpunkte“

Die Gedenkstättenkonzeption⁵ beschreibt zunächst die Bedeutung des historischen Ortes und im zweiten Kapitel – ausgehend von den Empfehlungen einer landeseigenen Sachverständigenkommission⁶ sowie basierend auf den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“⁷ – die Leitgedanken, Ziele und Funktionen der Gedenkstätte als Denkmal, Ort des Erinnerns, Trauerns und Gedenkens, Ort der Forschung sowie Ort der historisch-politischen Bildung. Sie setzt ganz bewusst auf den Einsatz von modernen Ausstellungs- und Vermittlungsmethoden am historischen Ort mit seinen authentischen Überresten, die die Grundlage der Gedenkstätte bilden. Deshalb sind seit Eröffnung der „Gedenkstätte im Aufbau“ jeweils eine Funktionseinheit der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn exemplarisch und im Ausbauzustand vom November 1989 denkmalgerecht saniert, seit 1999 u.a. mit Unterstützung des Bundes aus Mitteln des Programms „Aufbau Kultur in den neuen Ländern“, und im ehemaligen Stabsgebäude ein modernes Besucherzentrum mit Dauer- und Sonderausstellungsbereich, Seminarräumen und Bibliothek, Magazin- und Büroräumen sowie einem Besucherleitsystem eingerichtet worden. Wesentlicher Bestandteil der Gedenkstätte ist die Authentizität der Bauten. Anhand dieser konkreten „Sachzeugen“ werden die Gesamtdimension der ehemaligen GÜSt, deren Funktionen sowie entsprechende Funktionsabläufe „erlebbar“ – oder evozieren zumindest Fragen, die verbunden mit Fakten und Lebensgeschichten zum Herausbilden einer Vorstellung beitragen können vom Charakter dieser Bauten und deren Verortung in ein diktatorisches System. Als Ort der historisch-politischen Bildung hat der historische Ort eine – abhängig von den jeweiligen Rezipienten – persönliche meist emotionale Wirkung. Wir haben deshalb den Begriff vom „auratischen Ort“⁸ geprägt. Dieser eröffnet Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit, verschüttete und verdrängte Gefühle im Zusammenhang mit dem Grenzregime und dem „Einmauern des eigenen Volkes“ oder mit anderen erlebten Formen der Einschüchterung und Unterdrückung durch das SED-Regime wieder zu entdecken und über dargestellte Fakten, Strukturen und Hintergründe in den historischen Gesamtzusammenhang einzuordnen. Unterstützt durch dargestellte Einzelschicksale bieten sich hierdurch Möglichkeiten der Identifikation und des (Wieder-)Erkennens eigener Betroffenheit – zumindest bei der „Generation Marienborn“.⁹ Eine Verbindung von emotionalen, kognitiven, kommunikativen und assoziativen Elementen wird ange-

strebt. Emotionale Elemente werden über die Authentizität der Bauten erreicht. Anhand dieser konkreten „Sachzeugen“ werden die Gesamtdimension der ehemaligen GÜSt, deren Funktionen sowie entsprechende Funktionsabläufe erlebbar. Kognitive Elemente wie Informationstafeln, Medieneinsatz und Broschüren helfen, den jeweiligen Funktionsablauf auf der GÜSt Marienborn, das Grenzsicherungs- und Sperrsystem zu erklären sowie die historischen Hintergründe und die weltpolitische Dimension zu begreifen. Auf einer dritten Ebene tragen assoziative Elemente wie zurückhaltende Installationen im Ausstellungsgebäude, Einsatz von dokumentierten Zeitzeugengesprächen, Großfotos oder zunehmend festzustellende künstlerische Annäherungen zum „Erlebbarmachen“ und Erfahren der psychischen Elemente beim früheren Betrieb der GÜSt und der Teilung Deutschlands bei. Kommunikative Elemente wie das Aufzeigen von unterschiedlichen Blickwinkeln, der Einsatz von Zeitzeugenberichten, implizite und explizite Einladungen zur aktiven Auseinandersetzung mit der Thematik, Sonderausstellungen und Veranstaltungen sowie insbesondere Besucherbegleitungen schaffen vielfältige Angebote des Austauschs, des Gesprächs und der Begegnung. Darüber hinaus kann die Vermittlung historischen Wissens zur Vermittlung eines Geschichtsbewusstseins und zur „Förderung freiheitlich-rechtsstaatlichen Denkens und Handelns“ beitragen, entsprechend den Vorgaben des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt, Jugendliche „zur Achtung der Würde des Menschen, zur Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, zur Anerkennung und Bindung an ethische Werte, [...] zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit und zu friedlicher Gesinnung“ zu erziehen.¹⁰ Aus dem Bollwerk des Grenzregimes und der Trennung war ein Ort des Erinnerns, ein Ort der Trauer und der Freude um das Überwinden der Teilung sowie ein Ort der Begegnung geworden. Der Fall der Mauer und die anschließende Vereinigung der beiden deutschen Staaten hatten in Deutschland und weltweit Glücksgefühle und eine Euphorie erzeugt anlässlich des vermeintlich beendeten Kalten Krieges. Die Welt schien besser geworden zu sein und die Ostdeutschen konnten reisen, wohin sie wollten, frei wählen und das große Konsumangebot genießen. Doch nach dieser Euphorie stellte sich bei Manchen Katerstimmung ein. Die Treuhand hatte das ehemalige DDR-Vermögen übernommen, Privatisierung oder Schließung von Betrieben evozierten Millionen Arbeitsloser, „Westimporte“ – Leihbeamte, Juristen, Manager und Landwirte – übernahmen vielerorts Verwaltung, Industrie und Landwirtschaft und die Formel „Rückgabe vor Entschädigung“ verursachte Ängste und Aggressionen. Viele Ostdeutsche fühlten



Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog (Bildmitte) mit Gedenkstättenleiter Dr. Joachim Scherrieble (daneben rechts) und Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner (daneben rechts) beim Besuch der Gedenkstätte am 21. Juli 1998

sich zunehmend fremd im neuen Deutschland. Auch im Westen ebten die Glücksgefühle deutlich ab. Einige nahmen vermeintlichen „Undank“ bei vielen Ostdeutschen wahr, andere störte scheinbar nervendes „Jammern“ sowie die Wahlerfolge der SED-Nachfolgepartei mit bis zu 30 Prozent. Viele Menschen kannten die jeweils „anderen“ Deutschen nicht, Vorurteile nahmen zu statt ab. In dieser Situation verfassten der ostdeutsche stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse und der westdeutsche SPD-Bundestagsabgeordnete Peter von Oertzen einen Aufruf „Erzählt Euch Eure Lebensgeschichten“.¹¹ Schnell wurde klar, dass auch die Teilung des Landes in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich wahrgenommen und gedeutet wurde, es „geteilte Ansichten“ gab.¹² Marienborn praktizierte in den ersten Monaten, um zum Gespräch einzuladen, eine Stolperstein-Pädagogik, zielgruppenspezifisch für Westdeutsche und Ostdeutsche, wenngleich – das waren zumindest die Erfahrungen der ersten Jahre – die „Wissenslücken im Westen größer“ waren.¹³



Eröffnung des Dokumentations- und Informationszentrums am 20. Juni 2000, v.l.n.r.: Ursula Kühn (Gedenkstätte, Bereich Zeitzegenprojekt), Rita Majewski (Gedenkstätte, Bereich Bibliothek), Prof. Dr. Rolf Wernstedt (Landtagspräsident Niedersachsen), dahinter: Gerhard Miesterfeldt (Regierungspräsident Magdeburg), Dr. Manfred Püchel (Innenminister Sachsen-Anhalt), Wolfgang Schaefer (Landtagspräsident Sachsen-Anhalt), dahinter: Dr. Joachim Scherrieble (Gedenkstättenleiter Marienborn), Dr. Lutz Miehe (Gedenkstättenreferat Regierungspräsidium Magdeburg)

Die Gedenkstätte war, wie es Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog 1998 bei seinem Besuch in Marienborn und Hötensleben formulierte, zu einem Ort geworden, an dem „Deutsche Deutschen ihre Biografien erzählen“. Über 450.000 Menschen haben in den ersten fünf Jahren die Gedenkstätte besucht – und sich zu einem großen Teil hier Aspekte ihrer Lebens-Geschichten erzählt, von gescheiterten Fluchtversuchen in Marienborn¹⁴ oder anderswo oder von „Grenzgängen in Familienangelegenheiten“ in Hötensleben¹⁵.

Eröffnung der ersten Dauerausstellung am 30. Juni 2000

Als erste der fünf landeseigenen Gedenkstätten konnte in der Gedenkstätte in Marienborn am 30. Juni 2000 eine neue Dauerausstellung „Die Grenzübergangsstelle Marienborn: Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph“ der Öffentlichkeit übergeben werden.¹⁶ Als „Quantensprung“ in den Bildungsangeboten der Gedenkstätten bezeichnete

der damals zuständige Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Manfred Püchel, die Einweihung des Dokumentations- und Informationszentrums durch die beiden Landtagspräsidenten von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, Wolfgang Schäfer und Prof. Rolf Wernstedt im Rahmen eines Festaktes 45 Jahre nach Aufnahme und zehn Jahre nach Einstellung der Kontrollen in der GÜSt. Bei der nachfolgenden Vortragsreihe, durchgeführt in Kooperation mit den Landeszentralen für politische Bildung Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und der Vereinigung „Gegen Vergessen – für Demokratie“ referierten und diskutierten am 30. Juni und am 1. Juli neben Prof. Bernd Faulenbach, Prof. Dieter Grosser, Dr. Gabriele Camphausen, Siegfried Vergin, Peter Joachim Lapp und Manfred Kittlaus zum Thema „Kultur des Erinnerns – Überwindung der Teilung? Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn als Stützpunkt des demokratischen Erinnerungsprozesses“.

Vor allem Bernd Faulenbach würdigte – trotz aller Diskussionen im Vorfeld mit NS-Gedenkstättenkollegen um verwendete Begrifflichkeiten wie „Täter“, „Opfer“, „SED-Diktatur“ sowie der Problematisierung des Gedenkstättenbegriffs,¹⁷ – die Verdienste der Gedenkstätte in Marienborn: „Der authentische Ort, die Grenzübergangsstelle, Teile der erhaltenen Grenzanlage machen deutlich, dass die heute kaum erkennbare Grenze einen konkreten Verlauf hatte und das Geschehen an ihr vielfach brutal war. Die Ausstellung informiert, klärt auf, fordert zur Auseinandersetzung auf, gerade auch durch ihre Multiperspektivität. Die Bildungsarbeit der Erinnerungsstätte trägt sicher dazu bei, Kenntnisse zu vermitteln, historische Zusammenhänge zu betrachten, Meinungen über historische Tatbestände zu bilden, historische Erfahrungen zu reflektieren, sie fungiert als Lern- und Begegnungsort, vor allem auch für die Generationen, die die Grenze und die deutsche Teilung nur als Kinder erlebt haben. Hier ist der schwierige Dialog zwischen Ost- und Westdeutschen, der überlagert wird durch große Einschätzungsunterschiede unter den Ostdeutschen und unter den Westdeutschen, zu führen, hier ist der Ort, wo man – wie Wolfgang Thierse gefordert hat – sich seine Biografien erzählen kann und soll, hier ist die Geschichtsdebatte der letzten Jahre auf sachlicher Basis weiterzuführen, eine Debatte, deren Positionen nach meiner Wahrnehmung keineswegs vorrangig entlang der alten Ost-West-Unterscheidung, sondern quer zu dieser verliefen.“¹⁸ „Zur deutschen Erinnerungskultur gehören zu Recht die großen Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Daneben aber gibt es andere Orte, wie

der hier in Marienborn, der für den Komplex deutsche Teilung steht, die ebenfalls von erheblicher Bedeutung sind: die deutsche Teilung hat mehrere Generationen geprägt und die unterschiedlichen Prägungen werden noch eine ganze Zeit nachwirken.“¹⁹

Seit 1. Januar 2004 ist das Grenzdenkmal Hötensleben, das auf einer Länge von etwa 350 Metern die beiden originalen Ausbaustandards der Grenzanlagen „pioniertech-nischer Ausbau vor Ortschaften“ und „normaler pioniertechischer Ausbau“²⁰ doku-mentiert, Bestandteil der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

In einem länderübergreifend erarbeiteten Konzept ist die Gedenkstätte mit dem Zonengrenzmuseum Helmstedt verbunden. Dazu wurde am 6. November 1997 im Mag-deburger Landtag der Verein „Grenzenlos - Wege zum Nachbarn e.V.“ gegründet, der die genannten Stätten in Marienborn, Hötensleben und Helmstedt einbezieht sowie die Helmstedter Universitätstage umfasst. 2007 wurde das Projekt mit dem Titel „Land der Ideen“ ausgezeichnet.

Nach Eröffnung der Dauerausstellung legte das Gedenkstätten-Team das Augenmerk auf die weitere Entwicklung vom Bollwerk der Trennung zu einem Ort der Begegnung mit Besucherbegleitung, Bildungsangeboten mit Multimedia-Einheiten sowie 66 in unterschiedlichen Kooperationen präsentierte, zu einem guten Dutzend selbstproduzierte zeithistorische Sonderausstellungen. Insbesondere Projektstage für Schulklassen oder Jugendgruppen, kulturpädagogische Aktivitäten und Jugendprojekte weiteten das Spektrum möglicher Bildungsangebote für junge Menschen aus und halfen, die Gedenkstätte zu einem generationsübergreifenden offenen Lernort weiter zu entwickeln. Veröffentlicht sind diverse Module für individuell und zielgruppenspezifisch zusammen-gestellte Studien- oder Projektstage sowie Vorschläge für mehrtägige Veranstaltungen, für wissenschaftliche Veranstaltungen oder für Jugendbegegnungen – zum Beispiel „Nice to meet you“, „Wachenacht auf dem Todesstreifen“, „Flucht und Vertreibung aus DDR und SBZ“, „Unrechtssysteme in Deutschland“. Ein weiteres Bildungsangebot umfasst den kostenfreien Verleih von durch die Gedenkstätte (zusammen mit unter-schiedlichen Kooperationspartnern) gefertigten Sonderausstellungen wie zum Beispiel „Mut und Zivilcourage in Deutschland 1933-1989“ (mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg), „Von Deutschland nach Deutschland‘. Flucht und Ausreise aus mit SBZ und DDR 1945 – 1989“, „Im Zeichen der Wende‘ - Der 9. November 1989“, „Zwangsaus-siedlungen aus dem Gebiet der DDR an der innerdeutschen Grenze 1952 – 1989“, „Michael Gartenschläger – Leben und Sterben zwischen Deutschland und Deutsch-

land“, „Transit‘ Fotos von Bettina Akinro und Gedichte von Georg Oswald Cott“.²¹ Ein „allgemein verbindliches Vademekum für eine moderne Gedenkstättenpädagogik“²² allerdings gibt es nicht und das Vertrauen in die Historizität und die ‚Aura des Ortes‘ evozieren „Freiwilligkeit des Lernens“.²³

Ein wesentlicher Baustein des Veranstaltungskonzeptes der Gedenkstätte beruhte auf fünf definierten historischen „Gedenktagen“, die auf diesem Wege in der Öffentlichkeit kommuniziert wurden – und jeweils durch herausragende Veranstaltungen, Ausstellungseröffnungen, für ein bestimmtes Thema besonders ausgewiesene oder prominente Redende, ansprechende kulturelle oder kulturpädagogische Events begangen wurden, der 26. Mai,²⁴ der 17. Juni,²⁵ der 13. August,²⁶ der 3. Oktober²⁷ und der 9. November.²⁸

Auf Grundlage ihres formulierten Konzeptes „Forschungsstand und Forschungsaufgaben zum bildungspolitischen Auftrag der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“²⁹ entwickelte sich die Gedenkstätte weiter zu einer lebendigen Bildungseinrichtung, die insbesondere ein ausgeprägtes Profil in der Jugendbildungsarbeit ausgebildet hat, verbunden mit neuen Wegen der Gedenkstättenpädagogik. Die Gedenkstätte hat sich außerdem an verschiedenen Forschungsprojekten beteiligt, etwa zur Recherche an den Todesopfern.³⁰ Zugleich kann die Geschichte des Ortes, seiner Nutzung von 1945 bis 1990, der dort Getöteten, Verletzten, Verhafteten, Drangsalierten und auch der dort Beschäftigten nur erzählt werden, wenn diese in einen historischen Kontext gestellt werden.³¹ Es gilt, „Repression und Alltagsleben“,³² „die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur insgesamt“³³ und den gesamtpolitischen Rahmen im Kalten Krieg zu betrachten. Über Einladen und Betreuen junger Wissenschaftler zu historischen Arbeiten im Kontext der GÜSt Marienborn entstanden wissenschaftliche Arbeiten u.a. zu den „Paßkontrolleinheiten des MfS“³⁴ oder zum Zoll der DDR³⁵ – jeweils auf der GÜSt Marienborn.

Wenn wir von einer „Dreiheit von Gedenken, Forschen und Lernen“ ausgehen,³⁶ so ergeben sich einerseits Forschungsschwerpunkte zum historischen Ort, zum Verfolgungskomplex, für den die Gedenkstätte bundesweit herausragend steht, sowie zu dessen historischer Einbindung, etwa zum „durchherrschten Alltag“.³⁷ Der zweite Bereich ergibt sich aus der Beziehung zwischen „Forschen und Lernen“ bzw. hieraus resultierend „Forschen und Lehren“. Er umfasst Arbeits- und Forschungsfelder ausgerichtet an



Bundespräsident Dr. Horst Köhler besucht am 8. August 2008 das Grenzdenkmal Hötensleben, v.l.n.r.: Holger Hövelmann (Innenminister Sachsen-Anhalt), Eva Luise Köhler, Dr. Horst Köhler, Dr. Joachim Scherrieble (Gedenkstättenleiter Marienborn), Achim Walther (Vorsitzender Grenzdenkmalverein Hötensleben), Dieter Buchwald (Bürgermeister Hötensleben)

Zielgruppen (vor allem für Jugendliche), an Inhalten (Vermittlung von Geschichtsbesusstsein, Demokratie- und Toleranz sowie Werten) und an Methoden- und Medienkompetenz (Lernen durch Lehren, Kulturpädagogische Ansätze mit Foto, Audio, Video, Theater...) – sowie Intergeneratives Lernen.

Bundespräsident Prof. Horst Köhler unterstrich bei seinem Besuch der beiden Gedenkorte anlässlich des 15. Jahrestages der Grenzöffnung am 9. November 2004 die Bedeutung der Gedenkstätte als offener Lernort, an dem sich „die Generationen begegnen“ und über ihre jeweils persönlichen Fragen an die Geschichte austauschen.

In den ersten zehn Jahren seit der Eröffnung bis Dezember 2006 haben über 1.400.000 Personen aus vielen Ländern die Einrichtung besucht.³⁸ „Über 1.300 Begegnungsveranstaltungen, Seminare und Projektstage pro Jahr“ – so heißt es im Forschungskonzept – „belegen eindrucksvoll, wie aus dem ehemaligen Bollwerk des Grenzregimes und der Trennung zwischenzeitlich einer der wichtigsten Orte der Begegnung, des Dialoges und der historisch-politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland geworden

ist, der dazu beiträgt, die Teilung Deutschlands und Europas in einer Kultur des Erinnerns zu überwinden.“³⁹

Bis zum 31. Dezember 2006 war die Gedenkstätte in Trägerschaft des Landes Sachsen-Anhalt und seit dem 1. Januar 2007 ist sie Teil der neu gegründeten Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Per Gedenkstättenstiftungsgesetz vom 22. März 2006 hatte das Land Sachsen-Anhalt diese als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Magdeburg errichtet,⁴⁰ um Gedenk-Orte wie diesen zu erhalten und hierüber unter anderem „die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.“⁴¹

Am 12. März 2008 stellte der Stiftungsdirektor der Stiftung Gedenkstätten einen Antrag nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (i.F. BKM), Staatsminister Bernd Neumann, auf institutionelle Förderung der Gedenkstätte in Marienborn: „Sein Erhalt in wesentlichen Teilen in Verbindung mit einer Dokumentation dient der Veranschaulichung, Erinnerung und Mahnung an einen bedeutsamen Zeitabschnitt deutscher Nachkriegsgeschichte, wird Opfern und Leidenden in besonderer Weise gerecht und ist zugleich nachfolgenden Generationen mahnendes Beispiel für die Wirkungen diktatorischer Systeme und Blockbildungen.“⁴²

2011 wurde die Gedenkstätte im Verbund des Netzwerks Eiserner Vorhang mit dem Europäischen Kulturerbesiegel ausgezeichnet.⁴³ „Es gibt keinen demokratischen Staat, der seinen Bürger so glücklich machen kann wie eine Diktatur, indem sie ihm durch einen Reisepass ermöglicht, das Land zu verlassen.“⁴⁴ Mit diesen Worten eröffnete der ungarische Schriftsteller, Historiker und Dissident György Dalos seinen Festvortrag „Marienborn oder die Vergänglichkeit der Grenzen“ zum 20. Jahrestag der Eröffnung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am 13. August 2016.

Bis zur Einweihung der zweiten, der aktuellen Dauerausstellung „Die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn. Schauplatz des Ost-West-Konflikts im geteilten Deutschland“ am 17. Juli 2020 u. a. durch die Präsidentin des Landtags von Sachsen-Anhalt Gabriele Brakebusch und Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff – Corona-bedingt im Rahmen eines Premierenrundgangs mit geladenen Gästen⁴⁵ stellte die Vorgänger-Ausstellung über 20 Jahre die Geschichte der GÜSt vor dem Hintergrund der deutschen und internationalen Nachkriegsgeschichte im Besucherzentrum dar.

Die neue Dauerausstellung spannt auf 450 Quadratmetern einen Bogen vom Anfang Juli 1945 errichteten alliierten Kontrollpunkt über den Ausbau von Grenzsperranlagen und Grenzübergangsstelle zur Einstellung sämtlicher Kontrollhandlungen sowie der Entstehung der heutigen Gedenkstätte. „Wie durch ein Brennglas werden Themen, wie der Ost-West-Konflikt, am Beispiel der sich wandelnden alliierten Abfertigungen am Kontrollpunkt betrachtet oder die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen am Beispiel des Grenzübergangs Marienborn [...] verdeutlicht.“⁴⁶ Ein Fokus liegt dabei auf dem „Erzählen von persönlichen Geschichten und Schicksalen, besonders intensiv [...] im Themenkomplex „Fluchten“[...]. Neben der Darstellung von Bewachern und Bewachten im Bereich des DDR-Sperrgebiets kommen [...] Kontrolleure und Kontrollierte an der ehemaligen GÜSt zu Wort.“⁴⁷ Das etwa 7,5 Hektar große Gedenkstätten­gelände kann über frei zugängliche Info-Stelen und Zeitschleusen sowie einem Bronzemodell des ehemaligen Grenzübergangs selbständig erkundet werden, dabei sind Einblicke in die ehemalige Wechselstelle und in eine Baracke der DDR-Passkontrolle möglich – diese können im Rahmen einer Führung zusammen dem Kommandantenturm und weiteren Einheiten besichtigt werden.

1990 – Wie alles begann

Doch so beeindruckend sich die Erfolgsgeschichte liest, es begann alles sehr, sehr holprig.

Im Nachgang der ersten Person, die die neue Reiseregelung für sich in Anspruch nahm und am 9. November 1989 bereits gegen 21.15 Uhr – noch vor Öffnung der Grenzen in Berlin am späteren Abend – in der GÜSt Marienborn durch beharrliches Drängen „freie Fahrt“ bekam, konnten DDR-Bürger die GÜSt Marienborn uneingeschränkt passieren. Mit Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Kontrollen auf der GÜSt Marienborn am 30. Juni 1990 um 24.00 Uhr – auf den Tag genau nach 45 Jahren – eingestellt.

Bereits im Zeitraum vom 9. November 1989 bis zum 30. Juni 1990 „wurden alle brisanten und sicherheitsrelevanten Unterlagen und Ausstattungsteile entfernt; darunter auch die „Gamma-Kanone“, ein Gerät das mit Cäsium-137-Strahlung Fahrzeuge nach versteckten Personen durchleuchtet. Erst danach waren Besichtigung und Denkmalerfassung der Anlage für das damalige Institut für Denkmalpflege möglich.“⁴⁸

Plan 1 – 17. Mai 1990: GÜSt Marienborn unter Denkmalverdacht – Einordnung als „Geschichtsdenkmal“

Bereits sechs Wochen vor Schließung der GÜSt traf sich am 17. Mai 1990 eine illustre Runde vor Ort in Marienborn zu einer Beratung zum „Denkmalverdacht GÜSt Marienborn“, darunter die Herren Matuschka (Autobahndirektion Berlin)⁴⁹, Müller (Technischer Leiter der Autobahndirektion GÜSt Marienborn), Libawski (Grenztruppen TA GÜSt), Dr. Voß (Institut für Denkmalpflege Halle) und Böhmis (Referat Denkmalpflege beim Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur). Anliegen der Beratung war es, „mit dem Rechtsträger der GÜSt einen gemeinsamen Standpunkt zu den Fragen eines Denkmalverdacht zu erreichen“⁵⁰. Die Hauptinitiatoren hierzu waren Dr. Harry Ziethen vom Rat des Bezirkes Magdeburg, Abteilung Kultur, und Geschäftsführendes Mitglied des Rates für Kultur, und Dr. Gotthard Voß, Hauptkonservator beim Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle, Landesamt Sachsen-Anhalt. In der Beratung und Begehung – so heißt es in einem internen Aktenvermerk der Bezirksverwaltung – wurde Übereinstimmung bei folgenden Punkten erzielt: „Für die GÜSt Marienborn sollte eine Einordnung als Geschichtsdenkmal in Betracht gezogen werden. / Monumentalität, Länge, Menge der Zäune und Absperrungen sowie der Überwachungsanlagen sind entscheidende Eigenschaften, die den Charakter der Anlage bestimmen. / [...] Die GÜSt Marienborn erscheint aus der Kenntnis und Sicht der Autobahndirektion aufgrund ihrer Geschichte, Lage, Gestaltung und Besonderheiten (z.B. gesonderte Spuren für die Alliierten) als die erhaltenswerteste aller bestehenden GÜSt. / Ab sofort erfolgen keine Abrisse mehr. / Abgebaute Sperranlagen werden vorerst eingelagert. / [...] Die ABD⁵¹ stellt [...] Lagepläne zur Verfügung. / Die inhaltliche Bearbeitung zur Erschließung als Denkmal wird vom Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle, durchgeführt. / Vom Rat des Bezirks werden die Nutzer BDVP⁵² und Bezirkskommando der Grenztruppen vom Denkmalverdacht und den sich daraus ergebenden Pflichten informiert.“⁵³

Im Denkmalpflegegesetz der DDR (von 1975), § 13 ist der Denkmalverdacht definiert und geregelt: Ist dieser vom Rat des Kreises oder des Bezirkes ausgesprochen, gilt das Objekt „vom Zeitpunkt der Feststellung an bis zur Entscheidung über seine Denkmaleigenschaft als Denkmal im Sinne dieses Gesetzes.“⁵⁴

Am 21. Mai gab der Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur eine Presseinformation unter dem Titel „Grenzübergangsstelle Autobahn Marienborn bald ein Denkmal?“ heraus.⁵⁵ Darin heißt es u.a.: „Zeitzeugen auch der jüngsten Geschichte sind aus Verantwortung

für die kommenden Generationen zu bewahren. Die umfangreichen Anlagen [...] sind von [...] ihrer Komplexität und Perfektion der Überwachung her so bedeutungsvoll, dass sie unbedingt erhalten werden sollten. Deshalb wurde vom Rat des Bezirkes Magdeburg, Abteilung Kultur, gemeinsam mit dem Institut für Denkmalpflege, [...] vor Ort eine Beratung mit dem Rechtsträger [...] und dem Hauptnutzer, den Grenztruppen der DDR, einberufen und der Denkmalverdacht ausgesprochen. Bis zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Denkmaleigenschaft und den Umfang der zu schützenden Anlagen wird das gesamte Objekt im Sinne des Denkmalpflegegesetzes behandelt, d.h. es sind keine einschneidenden Veränderungen oder Abrissmaßnahmen zulässig.“⁵⁶

Am 2. Juni titelte die Volksstimme Magdeburg: „Grenzübergang steht unter „Denkmalverdacht“. Bald im ehemaligen Wachturm gemütlich Kaffee trinken?“⁵⁷

Mitte Juni sendete der ADN, der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst, die neben „Panorama DDR“ einzig zugelassene Nachrichten- und Bildagentur der DDR, die Nachricht über den Ticker: „experten fuer denkmalpflege vom rat des bezirks magdeburg und vom institut für denkmalpflege halle wollen die autobahn grenzuebergangsstelle marienborn unter schutz stellen. die anlagen sind nach ansicht der historiker ein symbol für monumentalität, komplexität und traurige perfektion der ueberwachung. [...] vorstellungen zur zukuenftigen nutzung des betonstrotzenden komplexes reichen von servicestationen, truck-center und raststätten bis zu aussichtscafes im wachturm und musealen einrichtungen.“⁵⁸ In einer nachfolgenden Meldung heißt es über die beiden CDU-Landesvorsitzenden Dr. Gerd Gies (Sachsen-Anhalt) und Dr. Rudolf Sprung (Braunschweig): „beide landesvorsitzenden der cdu unterstuetzten die absicht, die grenzfestung marienborn unter denkmalschutz zu stellen.“⁵⁹

Am 8. Juni schrieb das geschäftsführende Mitglied des Rates für Kultur, Ressortleiter Kultur und Bildung, Dr. Harry Ziethen die Grenztruppen der NVA an: „Werter Herr Kommandeur! [...] Damit ist entsprechend dem Denkmalpflegegesetz Paragraph 13 ein Status vorhanden, der die Rechtsträger und Nutzer verpflichtet, sich so zu verhalten, als sei die Gesamtheit uneingeschränkt ein Denkmal, d.h. es dürfen ab sofort keine entscheidenden Veränderungen oder Abrissmaßnahmen durchgeführt werden. Ich bitte Sie deshalb zu gewährleisten, dass sowohl die Autobahn GÜSt als auch das unmittelbare Umfeld, z.B. Zäune, B-Türme, Sicherungsanlagen neben der GÜSt, vorerst unverändert bleiben.“⁶⁰

Spannend bleibt hier die Frage, wer die Initialzündung, die ursprüngliche Idee für die alles entscheidende Beratung vom 17. Mai 1990 in Marienborn gegeben hatte.

Nachfragen hierzu bei den Hauptagierenden führten nicht wirklich zu einer Klärung. Dr. Harry Ziethen kann sich nicht mehr an dieses Details erinnern,⁶¹ Ingo Mundt hingegen recht gut, insbesondere dass die Abteilung Kultur die „Unterschutzstellung sicherlich forciert und getragen“ habe aus der Sorge, „ein Zeitzeugnis zu verlieren“,⁶² und Dr. Gotthard Voß erinnert, dass das Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle „große Befürchtungen“ hatte, „dass wie an anderer Stelle sehr schnell alles abgeräumt wird hinsichtlich der Grenzanlagen. Die GÜSt war ja sehr schnell die einzige noch bestehende.“⁶³ Festhalten lässt sich, dass „das Institut für Denkmalpflege und der Rat des Bezirkes, die Kulturabteilung, verhältnismäßig parallel unterwegs gewesen“ sind.⁶⁴

Plan 2 – 3. August 1990: Erste „Grobkonzeption zu einem Freilichtmuseum“ – erstes „deutsch-deutsches Denkmal“?

Bereits zweieinhalb Monate nach der ersten GÜSt-Begehung im Mai teilte Dr. Ziethen am 3. August 1990 in einem Schreiben an den Regierungsbevollmächtigten Braun⁶⁵ mit, dass nach der Erklärung des Denkmalverdachts zum „Komplex Autobahn Grenzübergang Marienborn [...] ein Arbeitsstand erreicht“ sei, dessen „Bedeutung über die Grenzen unseres Landes reicht und ständig wächst. [...] Es wäre möglich, diesen Grenzübergang zu einer öffentlichkeitswirksamen Einrichtung zu entwickeln, in der eine museale Präsentation die jüngste deutsche Geschichte eindringlichst darzustellen vermag. Aus den Randbedingungen, Bekanntheitsgrad, Monumentalität, Perfektion der Überwachung, jahrzehntelange Nutzung durch die Alliierten und Lage an der Achse Hannover – Magdeburg bzw. Bonn – Berlin ergeben sich weitere vielfältige Nutzungsmöglichkeiten. [...] Eine museale Präsentation würde authentische Belege und Ausrüstungsgegenstände erfordern, die derzeit von den Grenztruppen noch beschaffbar wären. Bei einem möglichen abgestimmten Vorgehen mit den niedersächsischen Behörden wäre es sogar denkbar, den ehemaligen Grenzübergang als erstes gemeinsames deutsch-deutsches Denkmal und Museum einzurichten und zu unterhalten.“⁶⁶

Inhaltsgleiche Schreiben, versehen mit der Unterschrift des Regierungsbevollmächtigten Braun, wurden im Nachgang an diverse Agierende der Region sowie bundesweit versandt.⁶⁷ Diesen beigefügt lagen die Schreiben an die Grenztruppen sowie ein Vermerk „Vorschlag zur Einrichtung eines Freilichtmuseums ‚Grenzübergangsstelle Helmstedt – Marienborn‘ (im Problemaufriß)“. Neben nochmaligen inhaltlichen

Ausformulierungen auf Basis der vorgenannten Vermerke werden dort folgende Arbeitsschritte, Zuständigkeiten sowie Termine festgelegt:

„1. Festlegung zu Denkmalinhalt [...] und Denkmaleigenschaften durch das Institut für Denkmalpflege – bereits am 17.5.1990 eingeleitet. 2. Erarbeitung einer denkmalpflegerischen Zielstellung – Büro für architekturbezogene Kunst kann beauftragt werden, erforderliche Denkmalpflegemittel (ca. 20 TDM) sind dafür vorhanden. 3. Übertragung des Eigentums [...] an das Land Sachsen-Anhalt [...]. Alle weiteren Schritte zur Vorbereitung und zur Gestaltung als Freilichtmuseum [...] würden in Verantwortung und Regie des Kuratoriums durchgeführt [...]. Der Mittelbedarf für die Anschubfinanzierung würde je nach Komplexität und Zeitplan zwischen 200 TDM und 400 TD für 1990 liegen. Für eine schnelle Wirksamkeit wäre eine provisorische Sonderausstellung zum ersten Jahrestag der Grenzöffnung gemeinsam mit dem Museum Helmstedt anzustreben. Eine Öffnung als Freilichtmuseum sollte spätestens für den 13. August 1991 vorgesehen werden, da das Projekt einen gesamtdeutschen Wirkungskreis bietet, ist die Mitwirkung des Bundes anzustreben.“⁶⁸

Beigefügt war eine fünfseitige „GROBKONZEPTION zur Gestaltung der ehemaligen ‚Grenzübergangsstelle Autobahn Marienborn‘ zu einem Freilichtmuseum“, u.a. mit zeitlichem Ablauf und überschlägigem Finanzbedarf.⁶⁹ Hierzu heißt es: „Ein Finanzierungsmodell für die Gesamtanlage läßt sich so gestalten, daß die Erträge aus den für Fremdnutzung zur Verfügung gestellten Objekten die Kosten des Freilichtmuseums und der denkmalbedingten Mehranforderungen decken.“⁷⁰ Interessant dabei ist, dass der Autor (ohne Namens- und Datumsangabe, offenbar aus dem Rat für Kultur, vermutlich Dr. Ziethen) am Ende seiner ausführlichen Berechnungen zum Ergebnis gelangte: „Damit wären circa 5,3 Millionen DM Gewinn pro Jahr erwirtschaftbar, wenn circa 2/3 der Gesamtanlagen für eine kommerzielle Umnutzung vorgesehen werden und die spezielle, extrem verkehrsgünstige Lage dabei Berücksichtigung findet.“⁷¹

Per Fernschreiben-Telegramm vom 17. September 1990 bat das Ressort Kultur (Ingo Mundt) die Autobahnmeisterei Marienborn, Herrn Müller: „Erbitte dringend Zusendung des Antrages der 50,0 TDM Denkmalpflegemittel für denkmalpflegerischen Mehraufwand GÜSt.“⁷² Doch diese benötigte offenbar kein Geld und bezahlte – dies belegt ein handschriftlicher Gesprächsvermerk – den erforderlichen Abbau und Einlagerung selbst.⁷³

Kurz darauf beauftragte das „Ressort Kultur der Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg“ das Büro „Planungsgemeinschaft Thal, Uwe Thal, Magdeburg“, mit den Vorberei-

tungsarbeiten „mit den in der Grobkonzeption dargelegten inhaltlichen und zeitlichen Schritten“ für das Vorhaben „Freilichtmuseum Autobahngrenzübergang Marienborn“. ⁷⁴ Am 24. Oktober fand eine Abstimmung zwischen dem Dezernat Straßenwesen und dem Referat Museen und Denkmalpflege „zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit“ im GÜSt-Bereich Marienborn statt, in dessen Ergebnis genehmigt wurde, bei der Vorkontrolle die feste Umbauung sowie das Schleppdach, die mittlere und nördliche Sperre abzubauen und einzulagern, hingegen die südliche Sperre komplett zu erhalten. „Auf Grund des derzeitigen Bauzustandes des Bedienungsturmes Kfz-Sperre ist eine sofortige Abtragung notwendig und bestätigt“. ⁷⁵

Auch der Chef der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Oberst Hans-Joachim Stephan, begrüßte den Vorschlag der Unterschutzstellung der GÜSt. ⁷⁶

Plan 3 – Oktober 1990: „Einzigartiges Dokument ... mit hohem erzieherischem Wert“

Oberkonservator Kleinschmidt und der Chefkonservator und Arbeitsstellenleiter Prof. Dr.-Ing. Stelzer vom Institut für Denkmalpflege Halle erstellten unter dem 17. Oktober 1990 ein „Denkmalpflegerisches Gutachten zur Grenzübergangsstelle Marienborn“, in dem sie u.a. feststellten: „Die Monumentalität des Komplexes sowie die fast festungsartige Sicherung durch Zäune, Stacheldraht, Sperranlagen, die Mauer und die Wachtürme geben der Anlage einen monströsen Charakter und dokumentieren anschaulich den Unterdrückungscharakter des beseitigten Systems mit seinen stalinistisch geprägten Machtstrukturen. [...] Eine Beseitigung dieses Denkmals wäre nicht gerechtfertigt, da hier ein beredtes Zeugnis [...] erhalten wird, das als warnendes Beispiel eines undemokratischen, diktatorischen Machtstrebens einen hohen erzieherischen Wert besitzt und in seiner Materialisierung von nicht unterschätzter emotionaler Wirkung ist.“ ⁷⁷

Das Ziel der denkmalpflegerischen Unterschutzstellung war, „den nachfolgenden Generationen dieses einzigartige Dokument [...] als Zeugnis einer Politik der Unterdrückung und Unfreiheit der Menschen durch ein Staatssystem zu erhalten, zu dokumentieren und in gewisser Weise nachvollziehbar zu gestalten. Als abschreckendes Beispiel einer undemokratischen Entwicklung verkörpert diese Anlage einen hohen erzieherischen Wert und soll auf seine Art und Weise dazu beitragen, das Bewusstsein für Demokratie und Toleranz zu befördern.“ ⁷⁸

Das Grenzdenkmal Hötensleben

Hötensleben war mit ca. 6.000 Einwohnern einer der größten Orte im 500 m tiefen „Schutzstreifen“ der innerdeutschen Grenze.⁷⁹ „Durch die Grenzlage des Dorfes“ – so schätzte es eine Zeitzeugin ein – stünde „die Bevölkerung auch in besonders naher Beziehung zu den damit zusammenhängenden Fragen wirtschaftlicher und politischer Art.“⁸⁰ Wie fast überall im Grenzgebiet gab es in Hötensleben „erstklassigen Empfang des Westfernsehens“ – was gelegentlich zu einem Frust-Gefühl über das vermeintlich „richtigere“, „bessere“ Leben jenseits der Grenzen führte.⁸¹

Für den Erhalt der DDR-Grenzbefestigungsanlagen bei Hötensleben sind vor allem zwei Menschen zu nennen, ohne die es das heutige Grenzdenkmal Hötensleben vermutlich nicht gäbe: Achim Walther, 1936 im Erzgebirge geboren und seit 1973 im elterlichen Haus seiner Frau in Hötensleben wohnend, 1991 bis 2001 Mitarbeiter der Unteren Denkmalschutzbehörde und Vorsitzender des 1993 gegründeten Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V. Der Autor zweier Bücher zur regionalen Grenzgeschichte wurde mehrfach geehrt für sein Engagement.⁸² Zusammen mit Dieter Buchwald, Jahrgang 1942, Bürgermeister von Hötensleben seit den ersten freien Wahlen 1990 und bis 2015 im Amt, ausgezeichnet für sein großes Engagement mit der Ehrennadel des Landes Sachsen-Anhalt. Beide verfolgten das Ziel: „Die Grenzanlagen müssen hundertprozentig im originalen Zustand erhalten bleiben [...] als Denkmal, als Geschichtszeugnis!“⁸³ Im Gespräch mit Dr. Susan Baumgartl,⁸⁴ seit Ende 2015 Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, erinnert sich Walther, dass beide Mitglieder einer in den 1980er Jahren entstehenden Interessengemeinschaft „Denkmalpflege und Heimatgeschichte“ in Hötensleben waren. Dort war bei der Frage nach lokalen Denkmälern das Thema aufgekommen, „dass die Grenzanlage dazugehört“.⁸⁵ Am 12. Januar 1990 beantragte ein Mitglied des vor Ort stationierten Grenzregiments die Aufnahme des Grenzabschnitts Hötensleben in die Bezirksdenkmalliste: „Wir stellen hiermit in Absprache mit der Bürgermeisterin und auf Antrag der AG Denkmalpflege Hötensleben den Antrag, ein Stück Grenzsicherungsanlagen als Mahnmal oder technisches Denkmal in die Bezirksdenkmalliste aus unserem Kreis aufzunehmen“.⁸⁶ Doch diverse Anstrengungen und Unternehmungen von Gemeinde, Rundem Tisch und Denkmalpflegern vor Ort hatten zunächst keinen Erfolg. So teilte der Chef der Grenztruppen Ende März 1990 dem Rat der Gemeinde Hötensleben mit: „Übereinstimmend wird eine Erhaltung von Grenzsicherungsanlagen an mehreren Orten als nicht zweckmäßig und

realisierbar eingeschätzt. Weiterhin muss ich darauf hinweisen, dass bis zum Zeitpunkt der Festlegung der Denkmaleigenschaft [...] die Demontage der Grenzsicherungsanlagen nicht ausgesetzt werden kann.⁸⁷

Ein Ende Juni 1990 gestellter SPD-Antrag über die denkmalpflegerische Unterschutzstellung der Anlage wurde von der Gemeinde angenommen.⁸⁸ Gut vier Wochen später – knapp drei Monate nach dessen Bestätigung für die GÜSt Marienborn – bestätigte Hauptkonservator Dr. Voß mit Schreiben vom 9. August die Formulierung eines Denkmalverdacht es auch für Hötensleben und kündigte im August einen Besuch und eine Begutachtung am 9. Oktober 1990 an.⁸⁹

Oktober 1990: Offizielle Unterschutzstellung von GÜSt Marienborn und Grenzdenkmal Hötensleben

Für beide Grenzareale eröffneten sich also bereits vor der Wiedervereinigung am 3. Oktober Optionen, zu einer musealen Gedenkstätte beziehungsweise zu Erinnerungsorten an die deutsche Teilung zu werden – in Hötensleben aufgrund des Engagements einzelner denkmalsensibler Bürger und in Marienborn auf Initiative vor allem der Kulturabteilung des Rats des Bezirkes und des Landesinstituts für Denkmalpflege. Im Nachgang der angekündigten vor Ort-Besichtigung bestätigte das Institut für Denkmalpflege schließlich den Denkmalwert für die nördlich der Straße nach Schöninge gelegene Grenzanlage in Hötensleben.⁹⁰

Am 22. Oktober 1990 war es dann soweit, die GÜSt Marienborn unter der Nummer 10277 und das Grenzdenkmal unter der Nummer 11732 wurden in das Denkmalverzeichnis des Landesamtes für Denkmalpflege von Sachsen-Anhalt eingetragen – beide genießen damit bis heute staatlichen Schutz.⁹¹

Dies – so die Einschätzung des späteren Landeskonservators Voß – verhinderte allerdings weder Zerstörungen und Vandalismus noch die Demontage wesentlicher Gesamtmerkmale sowie der gesamten Sicherheitstechnik in der Folgezeit.⁹² Es war noch – wie Achim Walther es nannte, „die wilde Umbruchszeit. Einige Teile der Mauer, der Panzerhöcker und weitere Elemente wurden einfach beschädigt oder weggeholt.“⁹³ Carola S. Rudnick kommt in ihrer Dissertation aus dem Jahre 2011 „Die andere Hälfte der Erinnerung“ hierzu zum Ergebnis: „Trotz dieser seitens der Denkmalverwaltungen eindeutigen Beschlusslage, kämpften sowohl die Unterstützenden eines Grenzdenkmals in Hötensleben [...] als auch die Befürworter einer künftigen Gedenkstätte auf

dem Gelände der GÜSt Marienborn in den folgenden drei Jahren wie Don Quijote gegen die Windmühlen.“⁹⁴

Obwohl die Gemeindeversammlung Hötensleben im Februar 1991 mit 21 zu 2 Stimmen das „vorgelegte Konzept von Herrn Walther zum Erhalt eines kleinen Teils der Mauer als Grenzdenkmal“ beschloss,⁹⁵ argumentierte die Wehrbereichsverwaltung wiederholt mit sicherheitsrechtlichen Argumenten dagegen: „Von den Grenzbefestigungsanlagen gehen nicht unerhebliche Gefahren für die Bevölkerung aus. Sie müssen daher vollständig entfernt werden.“⁹⁶

Plan 4 – Dezember 1990: „Nutzungskonzept für das Grenzmuseum Marienborn“

Mit der Aufgabenstellung vom 21. September und der Auftragserteilung vom 26. Oktober 1990 übernahm das Planungsbüro Thal die Verantwortung „für die unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten zu erstellende Konzeption“.⁹⁷ Aus einem Bericht geht hervor, dass die Erarbeitung der denkmalpflegerischen Zielstellung und die Museumskonzeption bis Ende des Jahres im Wesentlichen fertig gestellt wurden.⁹⁸ Das „Nutzungskonzept für das Grenzmuseum Marienborn – Dezember 1990“ enthält eine „Dokumentation vom Zustand der Gebäudeanlage bis November 1990“ sowie die Beschreibung der Arbeitsabläufe.⁹⁹ Ursprünglich bestand der Auftrag, „zum 17. 11. 1990“ die vom Rat des Bezirkes / Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg geplante Ausstellung in den Räumlichkeiten des Gebäudekomplexes „Freilichtmuseum GÜST Marienborn“ zu eröffnen, was jedoch nicht gelang, weil „Räume, die möglicherweise dafür in Frage kamen, [...] über den Winter nicht bewirtschaftbar“ waren, außerdem kein Personal für Ausstellungsaufsicht gewonnen sowie keine ausreichende Sicherheit für museale Objekte garantiert werden konnten. „Randalierungen im Objekt sind keine Seltenheit. [...] Versprochene Ausstellungsstücke wurden nicht geliefert“, da das Bundesverkehrsministerium „jegliche Nutzung des derzeitigen Geländes“ verbot. „Vom Land Sachsen-Anhalt ist bisher noch keine Auffassung bekannt.“¹⁰⁰ Offenbar war die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Einrichtungen nicht nur hinsichtlich des Bundes eher unbefriedigend: „Weiterhin muss ein mangelhafter Informationsfluss von der Landesregierung – Wirtschaftsförderung, Verkehrsamt – zu meinem Büro konstatiert werden. Als beratendes Architekturbüro wurden wir von Besprechungen fast ausgeschlossen und kennen den derzeitigen Stand der Investitionsanträge, welche ebenfalls durch uns geprüft werden sollten, nur vom Hörensagen“.¹⁰¹

In den folgenden Tagen unternahm der Architekt mehrere Fahrten nach Marienborn, um die vom Abriss bedrohten Anlagen (Stahlbetonkontrollsperrren, Vorkontrolle Ausreise, Vorposten-Kontrolle etc.) zu dokumentieren, so etwa am 07.11.1990 zur „Besichtigung der Abrissmaßnahmen an der Vorkontrolle Ausreise. Die Gebäude wurden zur Nichtwiederverwendung abgetragen, das Raumtragwerk wurde gesichert und seitlich abgelegt.“¹⁰²

Einige Tage später protokollierte er am 13. November ein Gespräch mit Oberst Schlüter (Marienborn), Oberst Lebal (Stendal), Herrn Müller (Marienborn) und Oberst Hillebrand: „Grenztruppen sind grundsätzlich zur Hilfe bereit, aber nicht sonderlich interessiert und motiviert; wollen jedoch nur auf konkrete Anforderung und nach einem von der Landesregierung beziehungsweise dem künftigen Rechtsträger bestätigten Modell arbeiten, solange es ihre Existenz als Auflösungsoffiziere noch zulässt. Kein Ergebnis hinsichtlich weiterer Hilfen von Marienborn. Die Grenztruppen selbst haben kein Interesse an den Objekten“.¹⁰³ Gespräche mit dem Bürgerkomitee und Memorialmitgliedern im ehemaligen Stasi-Gefängnis in Magdeburg am 20. Dezember 1990 hinsichtlich einer möglichen Unterstützung ergaben, dass aus Zeitgründen „im Moment keine Hilfe möglich“ sei, grundsätzliches Interesse zwar bestehe, zurzeit jedoch (...) Fragen (...) ihrer Initiative im Vordergrund“ stünden.¹⁰⁴

In einem „Maßnahmenkatalog zur Wirksamkeit der juristischen Person ‚Freilichtmuseum‘“ schlug der Sachverständige am 28. Dezember 1990 für das erste Quartal 1991 unter anderem die Bildung eines „Ausschusses zur Gründung des Kuratoriums Marienborn“ vor. Die aufgelisteten Mitglieder umfassen Landes- und Bundesregierung, diverse Ministerien, die Autobahndirektion, die Bürgermeister der Region (einschließlich Helmstedt), Denkmalschutz-Behörden, Grenztruppen, Kulturbehörden, Investorengruppe sowie beratende Ingenieure. Als Aufgaben werden unter anderem Klärung der Rechtsträgerschaft, Erarbeitung eines Finanzierungsmodells, Museumskonzeption und Nutzungsplan sowie Satzung und Bestimmung des Kuratoriums vorgeschlagen.¹⁰⁵

Plan 5 – April 1992: Raststätte oder „Geschichtspark und europäische Begegnungs- und Bildungsstätte“

Weder in Hötensleben noch in Marienborn ging es reibungsfrei weiter. Obwohl das Regierungspräsidium Ende September 1991 das ABM-Projekt „Konzipierung, Planung und Aufbau einer Gedenk- und Begegnungsstätte ‚Deutsche Teilung‘“ befürwortete,¹⁰⁶

beschloss das Landeskabinett Ende Januar 1992: „Bei den zuständigen Stellen soll darauf hingewirkt werden, dass es zügig zu einem Abbau eines überwiegenden Teils der Grenzanlagen in Marienborn kommt“.¹⁰⁷

Das LDA - so beschreibt es die heutige Landeskonservatorin Dr. Elisabeth Rüber-Schütte - versuchte, „wenigstens soviel an authentischen Zeugnissen“ zu erhalten, dass über die Information hinaus „eine emotionale Anregung möglich blieb.“¹⁰⁸ Anfang der 1990er Jahre hatte das Referat Bauforschung des Landesamtes für Denkmalpflege „zur Qualifizierung der Denkmalausweisung im ehemaligen DDR-Militärarchiv Potsdam die Projektierungsunterlagen der Grenzübergangsstelle Marienborn“ erfasst und wertete sie aus.¹⁰⁹ Holger Brülls konkretisierte im Februar die LDA-Stellungnahme: „Die notdürftige Ästhetik der funktionalen Selbstverständlichkeit, die in der nur scheinbaren Harmlosigkeit und der Nacktheit ihrer Funktionen von den Aus- und Einreisenden als bedrohlich empfunden wurde, bestimmt in hohem Maße den Denkmalwert.“¹¹⁰ Die gebetsmühlenhaft und bei jeder Gelegenheit vorgetragenen Bedenken des LDA gegen Abrissmaßnahmen des Flächendenkmals GÜSt oder Teile davon widersprachen dem landespolitischen Ziel, insbesondere den seit Frühjahr 1992 forcierten Planungen des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, die ehemalige GÜSt „im Zuge des sechsspurigen Autobahnausbaus der A2 umzunutzen als Tankstelle oder Rasthof“.¹¹¹ Das im April 1992 durch die von der Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung vorgelegte Gedenkstättenkonzept sah unter anderem „die Einrichtung eines Schullandheimes [...], eine großzügig angelegte Gedenkstättenanlage“ beziehungsweise eine Art „Geschichtspark“ mit angeschlossenem Museumspfad“ und „europäischer Begegnungs- und Bildungsstätte“ vor.¹¹² Sogar das Landesinstitut für Denkmalpflege lehnte dieses als „politisch nicht gewollt und entsprechend als nicht realisierbar“ ab.¹¹³

In Anbetracht der kalkulierten Kosten in Höhe von circa 4 Millionen DM für die Instandsetzung und circa 540.000 DM pro Jahr an Unterhaltskosten präferierte die Landesregierung die Errichtung eines LKW-Parks gegenüber einem Geschichtspark.¹¹⁴

Plan 6 – Juni und September 1992: „Schlichte Gedenkstätte“ als Appendix einer modernen Tank- und Rastanlage

Ein gutes Argument für die Landesregierung waren freilich die von der Autobahndirektion der DDR noch vor dem Beitritt zur Bundesrepublik abgeschlossenen Verträge

„über die Nutzung dieser GÜSt als Autobahnnebenbetrieb“, die nach dem 3. Oktober vom Bundesverkehrsministerium und vom Bundesfinanzministerium letztlich bestätigt wurden.¹¹⁵ Besonders problematisch war die „beabsichtigte Größe des Parkplatzes, der Stellplätze für 150 Lastkraftwagen und 350 Personenkraftwagen umfassen sollte. Weder die seitens der Denkmalpflege geforderte Verringerung der Stellplätze noch die mehrfach reklamierte weitere Nutzung der vorhandenen Betonflächen und Großraumdächer in diesem Bereich wurden akzeptiert.“¹¹⁶

Um eine realisierbare Gedenkstätte ermöglichen zu können und zur Koordinierung der verschiedenen Nutzungsansprüche, bildete die Landesregierung schließlich eine interministerielle Arbeitsgruppe, in der unter anderem das Kultus- und das Innenministerium sowie die Landeszentrale für politische Bildung mitwirkten. Das noch im Sommer 1992 erarbeitete Nutzungskonzept postulierte Einvernehmen darüber, dass auf dem GÜSt-Gelände „eine modernen Erfordernissen gerecht werdende Tankstellen- und Raststätten-Anlage [...], an die sich die schlichte Gedenkstätte anschließt“, zu errichten sei.¹¹⁷ Dieses andere Extrem zu Geschichtspark und „Disney-Land“¹¹⁸ nennt Carola Rudnick eine „Kleinstlösung, [...] eine Gedenkstätte, die den eigentlichen repressiven Charakter konsequent minimierte, den sie eigentlich repräsentieren sollte.“¹¹⁹ Diese Kleinstlösung legte das Innenministerium dem Landeskabinett zur Entscheidung vor,¹²⁰ das es per Kabinettsbeschluss vom 23. Juni 1992, der eigentlich die Zuständigkeit für alle Gedenkstätten und die Gedenkstättenpolitik insgesamt im Lande neu regelte, bestätigte und das Innenministerium zum Gedenkstätten-Ressort erklärte.¹²¹ Der Landtagsbeschluss zu Marienborn vom 18. September 1992,¹²² beruhend auf dieser von der Regierung empfohlenen „Appendix-Variante“,¹²³ entschied erstmalig politisch den Aufbau einer Gedenkstätte. Er war in „gewisser Hinsicht die Gründungsurkunde der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt“ überhaupt.¹²⁴ Zum wiederholten Male verteidigte die Landesregierung diese Minimallösung noch im Dezember: „Grundsätzlich wird ein solches Denkmal nur durch eine entsprechende Nutzung angemessen erhalten werden können. Aus diesem Grund sieht das [...] vorliegende Nutzungskonzept vor, eine [...] Tankstellen- und Rastanlage zu errichten [...]. Dies bedingt, dass der größere Teil der ehemaligen GÜSt Marienborn nach Aufhebung des Denkmalschutzes abgebaut werden muss. [...] Bei der vorgesehenen Nutzung ist davon auszugehen, dass die Raststätte Marienborn gerade wegen der nebengelegenen Gedenkstätte eine besondere Anziehungskraft haben wird.“¹²⁵

Plan 7 – Dezember 1992: Gedenkstätte von „zentralstaatlicher Bedeutung“ – Bundesbeteiligung?

Trotz der im Folgenden wiederholt aufflammenden Querelen um eine überhaupt und in welcher Form zu errichtende Gedenkstätte, deren landesweite Bedeutung zumindest nicht einheitlich gesehen wurde, reichte das Landes-Innenministerium mit Datum vom 29. Dezember 1992 beim Bundesministerium des Innern einen Antrag ein zur Beteiligung des Bundes an der Errichtung einer Gedenkstätte von „zentralstaatlicher Bedeutung“ auf einem Teilgebiet des ehemaligen Grenzübergangs.¹²⁶

Doch der Bund bewilligte zur Überraschung des Innenministeriums nur einen Zuschuss für die Kosten einer einzusetzenden „Sachverständigenkommission“ und dies nur unter der Voraussetzung, dass diese einen „Beauftragten des Bundes“ mit beteilige.¹²⁷

Ungeachtet etlicher Aktivitäten der Landesdenkmalschützer und der Gemeindeverwaltung Hötensleben blieb das Grenzdenkmal bei konkreten Planungen und Abstimmungen zwischen Land und Bund „mehr und mehr [...] unberücksichtigt“,¹²⁸ was sich in der Zusammensetzung der vom Bund geförderten Sachverständigenkommission spiegelte. Deren konstituierende Sitzung erfolgte am 6. Mai 1993 mit dem Ziel, möglichst bis Ende des Jahres als Grundlage für die begehrte Bundesgedenkstättenförderung ein Konzept vorzulegen.¹²⁹

Die durch das Ministerium vorgegebenen Ziele für die Sachverständigenkommission verwundern allerdings denn doch. Der Auftrag an die Sachverständigenkommission vom 6. Mai 1993 formuliert: „Es ist zu untersuchen, wie die noch vorhandene Einrichtung der ehemaligen Grenzübergangsstelle als Zeugnis des geteilten Deutschlands [...] gestaltet werden kann. Die räumliche und konzeptionelle Anlage der Gedenkstätte soll sich harmonisch in die vorgesehene Bauplanung einer Tank- und Raststättenanlage an-/einfügen. Das Ergebnis ist in einer Kurz-Studie vorzulegen.“¹³⁰

Plan 8 – Juni 1993: Gedenkstättenbericht und Projektskizze – Abriss und Wandel

Am 24. Juni 1993 übergab Innenminister Perschau der Staatskanzlei den Gedenkstättenbericht mit einer Kostenübernahmeerklärung des Finanzministeriums über 2,5 Millionen DM im Haushaltsjahr 1994 für Substanzerhaltung, Sanierung, Bauunterhaltung sowie „Aufräumarbeiten für Marienborn“. Das Kabinett nahm den Beschlussvorschlag am 13. Juli 1993 an.¹³¹

Einigermaßen irritierend ist freilich die Kernaussage, große Teile des nördlichen (Ausreise-)Bereichs einschließlich Turm abzureißen, um „ein positives Gesamtbild von

Raststätte und Gedenkstätte zu erhalten“, und dies zu begründen, „weil mit der Gedenkstätte die Überwindung der Grenze symbolisiert wird“. ¹³² Aspekte wie „Einmauern der eigenen Bevölkerung“, „Realitäten des Eingesperrtseins“ vor 1989 wurden konzeptionell ausgespart. Bemerkenswert ist ferner, dass die Landesregierung damit alle landesweiten Gedenkstättenpläne bestätigte und damit zugleich den weitreichenden Abriss eines Flächendenkmals verfügte, vor allem des Ausreisebereichs der ehemaligen GÜSt Marienborn. Doch „Geschichte lässt sich nicht einebnen“. ¹³³ „Weil der Abriss zur Voraussetzung der Gedenkstätte Marienborn wurde, war sie die einzige Gedenkstätte, die im Kabinettsbeschluss gesonderte Erwähnung fand.“ Doch ein Ort, der die in den Alltag der Menschen hineinwirkende Diktatur, den durchherrschten Alltag oder den zu dieser Zeit bereits von Alf Lüdtke und Jürgen Kocka diskutierten Begriff der „durchherrschten Gesellschaft“ thematisierte, eine Gedenkstätte, die die ostdeutsche Erfahrung der innerdeutschen Grenze verkörperte, war zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht gewollt, nicht in Marienborn und schon gar nicht in Hötenleben. ¹³⁴

Just zur selben Zeit modifizierte die Sachverständigenkommission ihre Haltung – möglicherweise angeregt durch die Vorschläge zweier Mitglieder, des Magdeburger Architekten Prof. Götz Grosche und des Münsteraner Lehrstuhlinhabers für Neuere und Neueste Geschichte und Didaktik der Geschichte, Prof. Dr. Wolfgang Jacobmeyer, die schon früh die Gewichtung auf den repressiven Charakter des Grenzgeschehens gelegt hatten. Am 25. August 1993 übergab sie dem Innenminister ihren Abschlussbericht, der sowohl von den politischen Vorgaben, vom bisher kommunizierten Nutzungskonzept sowie von den Anfangspositionen der Kommission selbst differierte, ja in einigen Aussagen das Gegenteil zum Ausdruck brachte: „Die Tankstelle und die Raststätte dürfen die Wirkung der zu erhaltenden Teile der ehemaligen GÜSt nicht beeinträchtigen.“ ¹³⁵

„Marienborn wird jetzt Gedenkstätte“ ¹³⁶, „Bald wieder Gänsehaut im Nadelöhr des Eisernen Vorhangs“ ¹³⁷, „Eine Gedenkstätte mit Tankstelle und Rastplatz“ ¹³⁸, „Das waren die Schleusen der Angst“ ¹³⁹, „Nadelöhr des kalten Krieges“ ¹⁴⁰ – titelten die Zeitungen anlässlich der Übergabe des Gutachtens der Expertenkommission durch den Oschersleber Superintendenten Günter Henning an Innenminister Hartmut Perschau am 25. August 1993. Die kommunizierte öffentliche Wahrnehmung – und die Empfehlungen der Kommission selbst – verdeutlichen den Erkenntnisgewinn und Positionswechsel: „An diesem Ort kann die Gewalttätigkeit und der Überwachungswahn

des DDR-Regimes, aber auch vor allem dessen Schwäche und Unsicherheit in ganz besonderer Weise dokumentiert und nachvollzogen werden.“¹⁴¹

Die Meinungsänderung bei der Sachverständigenkommission und hierdurch angeregt bei der Landesregierung bezog sich jedoch nicht auf das Grenzdenkmal Hötensleben. Dessen Befürworter gründeten am 15. Dezember 1993 den Grenzdenkmalverein Hötensleben e.V.¹⁴²

Ziel aller Bestrebungen des Innenministeriums – das wird aus der akribischen, quellen-sättigten Auflistung Carola Rudnicks sehr deutlich – war es, unbedingt in die begehrte Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgenommen zu werden. Mit einer potentiellen Unterstützung des Bundes bei Vorliegen einer positiven Stellungnahme durch die zwischenzeitlich eingesetzte Bundeskommission, das erfuhr das Innenministerium allerdings bereits im Mai 1994,¹⁴³ war frühestens 1996 zu rechnen.

Plan 9 – Oktober 1994: Überarbeitetes Nutzungskonzept

Am 16. Mai 1994 übertrug das Innenministerium per Erlass mit Wirkung zum 20. Mai die Zuständigkeit für die Gedenkstätten in Landsträgerschaft auf die damalige Mittelinstanz, die Regierungspräsidien Magdeburg, Halle/S. und Dessau.¹⁴⁴ Diese umfasste u.a. den Aufbau und die Betreuung der Gedenkstätten, die inhaltliche und thematische Gestaltung sowie die Koordinierung der Gedenkstättenarbeit im jeweiligen Regierungsbezirk einschließlich Haushaltsangelegenheiten. Die Gesamtverantwortung für die Gedenkstätten verblieb beim Innenministerium.

Am 20. Juni 1994 kam die Bundeskommission nach Marienborn und nach Hötensleben. Im Anschluss legte das Innenministerium am 7. Oktober 1994 ergänzend zur Projektskizze aus dem Jahr 1993 ein überarbeitetes Nutzungskonzept für die Gedenkstätte vor,¹⁴⁵ erweitert um die Punkte „Ausstellung und Bildungsarbeit“. Das neue Nutzungskonzept übernahm eins zu eins die Forderungen der Bundesgutachter als Bedingung einer Bundesförderung.¹⁴⁶

Noch größere Erfolgsaussichten versprach sich das Innenministerium von einem länderübergreifenden Gesamtkonzept für die Grenzorte Marienborn, Hötensleben und Helmstedt – „v.a. auch im Sinne einer Beteiligung des Bundes und Niedersachsen“¹⁴⁷ – es hoffte, dass der Bund die Einrichtungskosten hälftig übernehme und das Land Niedersachsen sich hälftig beim Unterhalt beteilige. Interne Quellen aus dem Innenministerium – wie etwa eine handschriftliche Notiz auf einem Vermerk – verdeutlichen,

dass sich das Engagement für das Grenzdenkmal Hötensleben in Grenzen hielt: „In der Sache Hötensleben sollten wir uns möglichst wenig hinauslehnen. Die Gemeinde hat die Trägerschaft. Die Sache ist im kommunalen Raum nach wie vor umstritten.“¹⁴⁸

Plan 10 – Januar 1995: Der Super-Gau – „Denkmal von nationaler Bedeutung“ – zu 100 Prozent!

Trotz intensiver Abstimmungen der beiden Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen bis hin zu intensivem Textabgleich,¹⁴⁹ trotz der Tatsache, dass der Bund nach Vorliegen des positiven Votums der Fachwissenschaft laut Gesetz über die Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten sich per se maximal mit 50 % an der Errichtung beteiligen werde, und trotz deutlicher Signale hinsichtlich der Investitionskostenübernahme und eines lang ersehnten Erfolgs in greifbarer Nähe, beschloss die Landesregierung für die entscheidende länderübergreifende Sitzung entgegen der Absprachen mit den Niedersachsen eine vollkommen neue Textversion, die Marienborn als „Denkmal von nationaler Bedeutung“ bezeichnete: „Die Verantwortung für den Ausbau, dessen Finanzierung und die Unterhaltung der Anlage liegt daher ausschließlich beim Bund. [...] Die Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt fordern den Bund auf, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um seiner Verantwortung gerecht zu werden.“¹⁵⁰ Das Land forderte damit eine 100-prozentige Kosten-Übernahme, die dem Bund nicht möglich gewesen wäre. Trotz manch warnender Hinweise ergänzte die Staatskanzlei: „Die Ministerpräsidenten werden sich dazu gemeinsam an den Bundeskanzler wenden. Die Federführung übernimmt Sachsen-Anhalt“.¹⁵¹

Am 31. Januar 1995 unterzeichneten Ministerpräsident Reinhard Höppner und Ministerpräsident Gerhard Schröder das Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl und forderten „die Bundesregierung auf, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden.“¹⁵²

Die Reaktionen waren katastrophal. Nicht nur, dass das Finanzministerium Sachsen-Anhalt sofort alle Finanzen einfrore mit dem Argument, dass der Ausbau der GÜSt ausschließlich Angelegenheit des Bundes sei, auch sämtliche Bauerhalt- und Unterhaltungsmaßnahmen wurden sofort eingestellt, das „Provisorium“ eingefroren.¹⁵³ Der Bundeskanzler hatte offenbar keinerlei Verständnis hierfür, zeigte sich – das erzählte dem Verfasser der Bundestagsabgeordnete Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, seinerzeit stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen, und späterer Mit-

Antragsteller des Gesamtkonzepts des Bundes für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen, bei dem Marienborn mit aufgenommen wurde, im Januar 1997¹⁵⁴ – äußerst düpiert und wie sich zeigen sollte sehr nachtragend. Er ließ den beiden Ministerpräsidenten seine Irritation ausrichten – und das Bundesinnenministerium antworten: „Zu meinem Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass auf absehbare Zeit keine Bundesmittel für die Förderung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zu Verfügung stehen.“¹⁵⁵ Die 50-prozentige Beteiligung des Bundes, die sich im Nachgang zum Besuch der Bundeskommission im Herbst 1994 angebahnt hatte, wurde nun kategorisch abgelehnt. Sachsen-Anhalt blieb „das einzige neue Bundesland, das vorerst keine Bundesförderung im Gedenkstättenbereich erhielt.“¹⁵⁶ Das sollte trotz verschiedener Versuche, die Entscheidung des Bundes aufzuweichen oder zu revidieren, eine ganze Weile so bleiben.

Plan 11 – Oktober 1996: Vom Bollwerk der Trennung ... zum Ort des Trauerns, Erinnerns und Forschens, zu einer Gedenkstätte als Ort der Begegnung und offenem Lernort

Nach Eröffnung der „Gedenkstätte im Aufbau“ am 13. August 1996 mit einer ersten kleinen – zunächst in der ehemaligen „Kantine“ und später in den Abfertigungsräumen der „Paßkontroll-Einheiten“ des MfS präsentierten – Dokumentation zur Entwicklung der GÜSt und zur Teilung Deutschlands¹⁵⁷ arbeitete das Gedenkstätten-Team um den neuen Gedenkstättenleiter, den Historiker Dr. Joachim Scherrieble, ab Oktober 1996 auf Grundlage von dessen konzeptionellen Eckpunkten¹⁵⁸ daran, die stark wachsenden Besucherzahlen adäquat zu begleiten¹⁵⁹ und gleichzeitig im oben beschriebenen Sinne aus den baulichen Überresten der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn, dem Bollwerk der Trennung, einen lebendigen Ort der Erinnerungskultur im geeinten Deutschland zu entwickeln – auch durch eine Vielzahl von öffentlich sehr positiv wahrgenommenen (und gut besuchten) Veranstaltungen mit Zeitzeugen und Betroffenen, mit Künstlern, Wissenschaftlern – und mit politischer Prominenz.

Insgesamt standen von 1996 bis Mitte 2000 der Aufbau von Strukturen (Verwaltung, Personal, Forschung, Finanzen) sowie die Entwicklung und Fortschreibung der Konzeption für die Gedenkstätte, für bauliche Maßnahmen, für pädagogische Ansätze und für Öffentlichkeitsarbeit, ferner Grundlagenforschung, Aufbau der Sammlungsbestände sowie Vorbereitung und Eröffnung der Dauerausstellung im Mittelpunkt.¹⁶⁰

Ein erster großer (auch bundespolitischer) Teilerfolg war schließlich der Abschlussbericht der zweiten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (1995–1998) vom 17. Juni 1998 – er nannte die Gedenkstätte in Marienborn einen „Stützpunkt der demokratischen Erinnerungskultur“ von „herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung“.¹⁶¹

Ab 1999 bis 2003 kamen mit weiteren denkmalrechtlichen Sanierungen (sowie deren historische Vorbereitung über Archivrecherchen) und mit dem Aufbau der Sammlungsbestände weitere Schwerpunkte dazu. Mit den (geförderten) Projekten „Wissenschaftliche Objektinventarisierung und Erstellung eines internetfähigen Bibliothekskataloges“ in den Jahren 2001–2004 sowie „Erinnerungen an die ehemalige innerdeutsche Grenze“ 2003–2006 nahmen die jeweiligen Bereiche materiell und personell größere Aufmerksamkeit in Anspruch. Die Gedenkstätte verfügte 2007 über eine umfangreiche Sammlung von etwa 20.000 Objekten, insbesondere Ausrüstungsgegenstände des Grenzregimes der DDR und der ehemaligen GÜSt Marienborn. Diese erweiterte sich ständig durch Schenkungen, Ankauf von Privatsammlungen und Dauerleihgaben. Neben dem „Sammeln“ erfordert das „Forschen“ und „Bewahren“ eine Inventarisierung der Sammlungsbestände in einer Datenbank (HIDA III) mit allen zum Objekt greifbaren Daten.¹⁶²

Unabhängig hiervon lagen Schwerpunkt und Selbstverständnis der Gedenkstätte im Bereich der historisch-politischen Bildung. Die denkmalgerechte Sanierung des Außengeländes und Erarbeitung der Dauerausstellungen konnten größtenteils abgeschlossen werden. Deren Überarbeitung sowie die Erarbeitung weiterer eigener Wanderausstellungen standen an zweiter Stelle.¹⁶³

Der nächste große Schritt war die Eröffnung der Dauerausstellung als dezentrales Projekt der Weltausstellung EXPO 2000 zum 1. Juli 2000.

Durch intensive Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Kooperationspartnern, um proaktiv ein breitestmögliches Spektrum an historisch-politisch Interessierten einzuladen, sich mit den Angeboten der Gedenkstätte auseinanderzusetzen, konnten immer wieder neue Zielgruppen aus Ost und West erschlossen und in Marienborn zusammengeführt werden.

Im Wechselausstellungsbereich wurden mit großem Erfolg jährlich vier bis sechs eigen- oder fremdproduzierte Sonderausstellungen präsentiert – von der Eröffnung der Gedenkstätte bis Dezember 2007 insgesamt 60.¹⁶⁴ Neben historischen (Foto-)

Dokumentationen und historisch-pädagogischen Angeboten zur Vertiefung eines Spezialthemas wechselten sich künstlerische Annäherungen, Auseinandersetzungen zur Teilung Deutschlands mit historisch-politischen, kulturellen und psychischen Auswirkungen derselben ab. Fast wöchentlich produzierten Journalisten für Zeitungen, Hörfunk und Fernsehen Reportagen über Aspekte der Teilung Deutschlands, berichteten über Veranstaltungen bzw. Projekte oder nutzten das historische Gelände als Kulisse für Dokumentationen oder Spielfilme.¹⁶⁵

Die Seminarräume des Erinnerungsortes zur deutschen und europäischen Zeitgeschichte füllten sich mit nationalen und internationalen Besuchergruppen, für Projektstage, Seminare und deutsch-deutsche Begegnungsveranstaltungen (z. B. deutsch-deutsches Bikertreffen, deutsch-deutsches Klöppeltreffen, Projekt „GuK - Gedenkstätte und Kirche“) und für wissenschaftliche Fachtagungen (z. B. Objektinventarisierung, Bibliothekswesen u. a. m.) mit Leben.¹⁶⁶

Dies gelang über regelmäßige publikumswirksame Veranstaltungen an den definierten Gedenktagen, über intensive Öffentlichkeitsarbeit in der Breite sowie durch Kooperationen für z. T. sehr spezielle Zielgruppen wie etwa historisch-methodische Themen mit den Hochschulen der Region (z. B. „Grundlagen der Arbeit mit Zeitzeugen“ mit Studierenden der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg),¹⁶⁷ architektonische Fragen (z. B. zur weiteren möglichen Ausgestaltung des Ortes mit Architektur-Studierenden 1997),¹⁶⁸ Kooperationen mit regionalen Heimatschriften (1998),¹⁶⁹ regionalen Arbeitskreisen zur Geschichts-„Aufarbeitung“ (1999)¹⁷⁰ oder mit Bildungsvereinen (2000),¹⁷¹ mit der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung (z. B. „Zwischen kultureller und politischer Jugendbildung im ländlichen Raum 1998–2001“)¹⁷² oder mit der „Forschungsgemeinschaft für Philatelie und Postgeschichte „Deutsche Einheit“ e.V. (zur „Post in einem deutsch-deutschen Grenzbereich – dargestellt an der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn – Helmstedt“, 1999).¹⁷³ Die fruchtbare Zusammenarbeit mit Landes- und Bundeszentralen der historisch-politischen Bildung, mit Verfolgten- und Opferverbänden sowie mit Partnern hinsichtlich weiterer Jugend-Themen bildeten Schwerpunkte wie „Jung sein in der Ära Ulbricht“ (2005–2006)¹⁷⁴, „Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt“ (2002–2003)¹⁷⁵, (Musik-)Veranstaltungen zu „Rock in der DDR“ sowie verschiedenste Veranstaltungen (Ausstellung, Theaterstück, Vorträge) zu Michel Gartenschläger. Ergänzt wurden diese durch veröffentlichte Beiträge bei regionalgeschichtlichen Ausstellungen andernorts (z. B. „Grenzstadt Magdeburg“ 2005¹⁷⁶ oder

„Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen“ 2008 ff¹⁷⁷) oder in Fachbüchern (z.B. „Wie Gras über die Geschichte wächst“ 2003).¹⁷⁸

Eine weitere Möglichkeit, junge Menschen zur intensiveren Beschäftigung mit dem Thema einzuladen, bot das Freiwillige Soziale Jahr Kultur (FSJ Kultur) „Rein ins Leben“,¹⁷⁹ für das die Gedenkstätte ab September 2001 Bundesmodellprojekt wurde. Jana Schurich, die Anfang September 2002 ihr FSJ Kultur in der Gedenkstätte begann, führte im Rahmen ihres eigenverantwortlichen Projektes Zeitzeugengespräche durch und erstellte ein Ausstellungsmodul „Spurensuche – Aspekte jüdischen Lebens in der DDR“, das im Rahmen der Ausstellung „Zeichen des Alltags – Jüdisches Leben in Deutschland heute“ am 30. Januar 2003 in der Gedenkstätte Marienborn eröffnet wurde: „Die Arbeit im Zeitzeugenprojekt, ermöglichte es mir, die Geschichte der Teilung Deutschlands anhand von persönlichen Erlebnissen und Schicksale betroffener Menschen zu erfahren [...], sowohl die Perspektive des Grenzers als auch die des Flüchtlings kennen zu lernen.“¹⁸⁰ Am 9. November 2003 betonte Dr. Knut Nevermann, Ministerialdirektor bei der BKM und Verantwortlicher für das Gedenkstättenkonzept des Bundes, anlässlich der Ausstellungseröffnung „Über die Ostsee in die Freiheit“ noch einmal: „Erinnerung an Geschichte ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. [...] Das Fundament der Erinnerungskultur bleibt [...] die Bereitschaft aller, sich der Erinnerung zu stellen.“¹⁸¹ Er freute sich, dass seit 1999 „der Bund zum Ausbau dieser ‚Gedenkstätte im Aufbau‘ beitragen konnte. [...] Ohne die Möglichkeit, diese Anlagen fühlbar zu erleben, wäre schon bald kaum noch vorstellbar, was dieser Durchlass durch den eisernen Vorhang bedeutete. Bilder, selbst Filme können dies nicht ersetzen, von Büchern ganz zu schweigen.“¹⁸²

Seit 2007 präsentierte die Gedenkstätte in den denkmalgerecht sanierten Originalräumen des Kulturdenkmals unter dem Titel „Von gesichtslosen Zöllnern und kontrollierten Kontrolleuren“ die zweite – bundesweit einzigartige – Dauerausstellung zum Thema Zoll der DDR“ über die Ausbildung der Zöllner, deren Lebensbedingungen, Aufgaben der Zollverwaltung, Kontrollablauf sowie den Wirtschaftsfaktor Zoll.¹⁸³

Nicht nur in der Gedenkstätte selbst sondern auch bundesweit brachte sich das Gedenkstätten-Team, insbesondere der Gedenkstättenleiter, wiederholt intensiv ein in die gesellschaftliche Diskussion „Wohin treibt die DDR-Erinnerung?“,¹⁸⁴ vor allem als Sprecher der „Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR“. Dieses Netzwerk aus rund 20 unterschiedlich inhaltlich ausgerichteten und strukturell eingebundenen Gedenkstätten diente seit November 2001 „dem Austausch über Standards

der Gedenkstättenarbeit in Forschung, Dokumentation, Gedenkkultur und historisch politischer Bildung sowie der inhaltlichen Kooperation und Vertretung gemeinsamer Interessen nach außen“.¹⁸⁵ Sowohl über einen Artikel in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ vom 15. Januar 2006¹⁸⁶ wie insbesondere bei der am 9. Mai 2005 von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Christina Weiß, eingesetzten „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes ‚Aufarbeitung der SED Diktatur‘“, der sog. „Sabrow-Kommission“,¹⁸⁷ warb er bei der öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag, Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, am 6. Juni 2006 darum, die Diskussion, „wie die bundesdeutsche Gesellschaft 60 Jahre nach der ersten und 16 Jahre nach der zweiten deutschen Diktatur an diese erinnern und der Opfer gedenken möchte, dringend in aller Ruhe, Sachlichkeit und Transparenz zu führen“.¹⁸⁸ Der Marienborner Gedenkstättenleiter sprach sich insbesondere für die Stärkung der „gewachsenen und bewährten [...] dezentralen Struktur der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungslandschaft“ aus. „Die empfohlene Hauptstadtzentrierung unterschätzt (...) ganz eklatant die Bedeutung der konkreten historischen Orte für die politisch-historische Bildung und missachtet den Gesamtzusammenhang. Die SED-Diktatur existierte in der gesamten DDR und nicht nur in Berlin und gerade die jungen Menschen müssen sich damit auch vor Ort in der Provinz, am jeweils historischen Ort, intensiv auseinandersetzen können. Deshalb kann ich, Herr Professor Rürup, ihrer Gleichung ‚Bund gleich Berlin‘ nicht wirklich zustimmen.“¹⁸⁹ „Wenn wir ein Gesamtkonzept der bundesdeutschen Gedenk- und Erinnerungskultur erarbeiten wollen, müssen wir den Gedenkstätten an den historischen Orten einen hohen Stellenwert beimessen und diese, wenn sie pluralistisch autonom arbeiten sollen, gestärkt durch eine institutionelle Bundesförderung unterstützen.“¹⁹⁰

Plan 12 – März 2008: Erneuter Antrag auf institutionelle Bundesförderung

Am 12. März 2008 schließlich stellte der Stiftungsdirektor der Stiftung Gedenkstätten und vormalige Leiter der Gedenkstätte in Marienborn einen Antrag auf institutionelle Förderung nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien Staatsminister Bernd Neumann. „Gedenken im von der Gedenkstätte [...] seit Jahren praktizierten Verständnis setzt fundiertes kognitives und emotionales Wissen voraus. Hauptzielgruppen der historisch-pädagogischen Arbeit sind neben den Opfern und ihren Angehörigen sowie historisch-politisch Interessierten vor allem jüngere Menschen wie Schüler und Studierende sowie junge

StaatsbürgerInnen [...], bei denen größtenteils zeitgenössisches Erfahrungswissen nicht vorausgesetzt werden kann. Die Stiftung ist sich der notwendigen Verbindung von Opfergedenken, kritischer Erinnerung und geschichtswissenschaftlich fundierter historisch-politischer Bildung bewusst. [...] Das Land Sachsen-Anhalt ist bereit, entsprechend der Kriterien des Bundes 50 v.H. der Kosten der Gedenkstätte zu finanzieren.¹⁹¹ Die Freude war allseits groß, als ein knappes halbes Jahr später der Beschluss des Bundeskabinetts in Marienborn eintraf, die Gedenkstätte „in ihrer bundesweiten Bedeutung anzuerkennen und in die institutionelle Förderung des Bundes von 2009 an aufzunehmen“. Der Stiftungsdirektor lud daraufhin den BKM ein, diese Zusage in Form einer „Scheckübergabe im Rahmen einer Veranstaltung zum 9. November 2008 in der Gedenkstätte zu erläutern.“¹⁹² Am 18. Februar 2009 traf dann der offizielle Bescheid des Bundesverwaltungsamtes über eine „Bundeszuwendung 2009 für die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn aus Mitteln des BKM“ ein über eine „Institutionelle Förderung bis zu einer Höhe von 150.000 €.“¹⁹³ Diese Bundesförderung erhält die Gedenkstätte seither jährlich.

Nach der „Generation Marienborn“

„Die jungen Leute, die heute in den Vorlesungen sitzen,“ – da hat Karl Schlögel, der den Begriff „Generation Marienborn“ prägte,¹⁹⁴ zweifelsohne Recht – „sind vielleicht erst 1989 oder später geboren. All das ist für sie Vorgeschichte, ganz weit weg, von nicht allzu großem Belang für sie. Vielleicht aber interessiert es sie auch. In der Welt, in der sie groß geworden sind – mit Internet, Mobiltelefonen und Billigflügen – hat es nie eine Grenze gegeben. Sie haben ihre eigene Erfahrung. Darin gibt es Marienborn nicht mehr, höchstens als Name einer Autobahnausfahrt.“¹⁹⁵

Mit der „Generation Marienborn“ sterben nicht nur die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, sondern auch ein Teil der Besucherinnen und Besucher. Dieser Generationenwechsel birgt sowohl neue Herausforderungen der Gedenkstätte in ihrer Vermittlungstätigkeit und eröffnet zugleich neue Chancen.

Einerseits steht Marienborn für eine „dichte, verdichtete Erfahrung, die jenen, die sie nicht gemacht haben, kaum zu vermitteln ist. [...] Die Zeit ist schon so fern gerückt, dass man Mühe hat, sie wieder aufzurufen. Vor allem: Die Details, auf die es immer ankommt, sind entschwinden, verblichen, ungegenständlich und undeutlich geworden.“¹⁹⁶ Es wird perspektivisch an lebendigen Lebensgeschichtenerzählenden mangeln und emo-

tionale Anknüpfungspunkte werden weniger, worauf die Gedenkstättenpädagogik zu reagieren haben wird.

Andererseits verzeichnete die Gedenkstätte in den Jahren 2000 bis 2010 eine deutliche Überzahl von Schulklassen und Gruppen aus westlichen Bundesländern gegenüber jenen aus Sachsen-Anhalt und machte hierfür die unterschiedliche politisch-kulturelle Sozialisation der in der DDR-Aufgewachsenen als nicht zu unterschätzenden Faktor sowie einen Teil der Lehrenden-Persönlichkeiten verantwortlich. Zukünftig sind in der Post-Marienborn-Generation möglicherweise mehr jüngere Besucher aus den neuen Bundesländern zu gewinnen, da viele Blockaden ihrer Groß- und Urgroßeltern weniger wirksam sein werden. Auch die Generation der Lehrkräfte ist eine andere.

Das Leben hat zwar die Grenze und mit ihr den Erfahrungshorizont von Marienborn aufgelöst, „nicht aber die Erinnerung, die eingeschrieben ist auf der inneren Karte.“¹⁹⁷ Marienborn ist „ein Name für das, was einmal Teilung Europas und Deutschlands in Ost und West hieß“¹⁹⁸ – noch immer.

Kurzer Exkurs über das Aneignen eines Erinnerungsortes

Gerne hätte ich hier einen ausführlichen Exkurs zu ersten Evaluationsansätzen eingefügt, aus den Gästebüchern der Gedenkstätte einerseits und von Annäherungen von Yvonne Kalinna, die sich in ihrer Studie „mit der Rezeption von Gedenkstätten“ durch deren Besuchende auseinandersetzt, mit dem „Fragen nach dem, was es ist“, das Besuchende rezipieren, sowie „wie sie das Rezipierte in ihre Kommunikation integrieren.“¹⁹⁹ Sie hat für die Datenerhebung während der Besuche in Marienborn auf das „soziologisch-ethnographische Verfahren des go-alongs zurückgegriffen“, konnte im „Mitgehen“, im Begleiten der Teilnehmenden „nicht nur beobachten, welche Auswahl sie aus dem ‚Medienangebot der Gedenkstätte‘ getroffen hatten“, sondern direkt mit ihnen über die Auswahl ins Gespräch kommen. Hierdurch erhofft sie Erkenntnisse zu sammeln, wie Besuchende „die rezipierten Inhalte mit ihren Vorstellungen und Positionen, ihrem historischen Wissen und Erfahrungen kombinieren, aber auch was sie kommunizieren und im Gespräch neu verhandeln.“²⁰⁰

Als erstes „Zwischenergebnis“ stellt sie „Rezeptions-Unterschiede OST-WEST“ fest: Offenbar zeigte sich deutlich, dass westdeutsche Seniorinnen und Senioren, die im Wesentlichen die Zeit selbst miterlebt und eigene Erfahrungen mit der GÜSt hatten, „nicht nur mehr Zeit im Außengelände bzw. in direkter Begegnung mit den historischen

Überresten verbrachten, sondern auch, dass das dort Rezipierte in ihren Erzählungen intensiv mit zum Teil vor Ort entstandenen biographischen Erinnerungen an das Passieren der Grenzübergangsstelle Marienborn verknüpft wurde“. Ähnliche Verhaltensweisen zeichneten sich offenbar auch bei jüngeren Erwachsenen ab. „Sie verblieben zwar nicht signifikant länger im Außenbereich, aber auch sie verknüpften die rezipierten Inhalte mit biographischen Erinnerungen, die sie in ähnlichen Situationen oder ähnlichen Orten – zum Beispiel bei Kontrollen an Flughäfen – erlebt hatten. Für das Nachvollziehen der rezipierten Inhalte erschufen sie sich also auf ihren eigenen Erfahrungen und Wissensbeständen basierende Vergleichshorizonte.“²⁰¹ Hiervon unterschied sich das Verhalten der ostdeutschen Seniorinnen und Senioren, ebenfalls Zeitzeugen, „diese verbrachten nicht nur mehr Zeit in den Ausstellungen statt auf dem Außengelände, in ihren Narrativen spiegelten sich vor allem Bezugnahmen zu den eigenen alltäglichen DDR-Erinnerungen wider. Im Vergleich mit den beiden anderen Samples fungierte bei ihnen eine Vielzahl von Medieninhalten eher als Impuls, der sie [...] biographische Erlebnisse hat erinnern lassen,“ die „mit dem historischen Ereignisort der Grenzübergangsstelle Marienborn“ kaum in Verbindung standen.²⁰² Aus Platzmangel kann hierauf nicht ausführlicher eingegangen werden, ich empfehle jedoch ihre hoffentlich in Bälde erscheinende Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.²⁰³ Die von Yvonne Kalinna festgestellten „Vergleichshorizonte“ bieten ein interessantes Scharnier zur weiteren Entwicklung gedenkstättenpädagogischer Ansätze mit der und für die Post-Marienborn-Generation.

Wachgeküsst und verwandelt – Schlussbemerkungen

Ein zentraler Eckpunkt für Gedenkstätten, das wird deutlich, ist deren politische Unabhängigkeit.

Festzuhalten für die Phase 1990 bis 1996 bleiben zunächst sehr stark divergierende Vorstellungen von Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung, ob und wieviel und wenn überhaupt zu welchem Zweck von der Primärsubstanz des Kulturdenkmals GÜSt Marienborn erhalten werden sollte – oder eben nicht. Es bleibt mindestens ein Dutzend verschiedener Pläne für das Areal, vom „Geschichtsdenkmal“, vom „ersten gemeinsamen deutsch-deutschen Denkmal und Museum“, einem Freilichtmuseum bereits zum 13. August 1991, einem „einzigartigen Dokument mit hohem erzieherischen Wert“, „Geschichtspark“ oder „Disneyland“, „schlichter Gedenkstätte“ als „Appendix“

der Rastanlage, Anlage „zentralstaatlicher Bedeutung“, Denkmal von zu „hundertprozent“ „nationaler Bedeutung“ – oder eben einem Ort des Trauerns, Erinnerns und Forschens, einer Gedenkstätte als Ort der Begegnung und offenem Lernort ...

Festzuhalten für die Phase 1990 bis 1996 bleiben große Unsicherheiten bei den Agierenden, bei den Ministerialbeamten und politisch Verantwortlichen, Unsicherheiten auch bei wohlwollend Agierenden wie etwa Mitgliedern der Sachverständigenkommission. Trotzdem gab es eine gewisse Bereitschaft einiger zur Offenheit, eine Bereitschaft zu lernen, eigene Positionen zu überdenken und zu ändern.

Festzuhalten bleibt eine Gemengelage an divergierenden, komplexen, undurchsichtigen und nicht hinreichend kommunizierten (Macht-)Interessen, verschärft durch den „ganzen Hassel um die Knete“, wer bezahlt für welche Gedenk- und Erinnerungsorte und – ganz wichtig offenbar für das Land – unter welchen Bedingungen bezahlt der Bund?

Festzuhalten für die Phase 1990 bis 1996 bleibt aber auch ehrliches aufrichtiges Engagement von Denkmalschützern und Denkmalschutzbehörden, die im „Schatten der Euphorie zur Beseitigung der Berliner Mauer ‚unpopulär erstrangige Zeugnisse der Zeitgeschichte‘“ retteten.²⁰⁴ Doch gerade Hötensleben und Marienborn werfen spannende Frage nach der „Denkmalverträglichkeit für ein Land und für ein Dorf“ auf.²⁰⁵

Genau betrachtet, hat sich in Hötensleben und Marienborn recht Ähnliches abgespielt – bei Hötensleben auf dörflicher Ebene die Interessen der Nachbarn (sollen wir die Mauern nicht endlich abreisen?), auf Landes- und Bundesebene die (wirtschaftlichen) Interessen u.a. der Ministerien. Das Ganze gepaart mit einem – auf den ersten Blick durchaus nachvollziehbaren – gewissen „Unwillen“, in der Vergangenheit zu graben, eigenes Verhalten und vielleicht Fehl-Verhalten (selbst-)kritisch zu hinterfragen oder gar eigene verdrängte Schuld zuzulassen – ein Phänomen, das zumindest den in der Bundesrepublik Lebenden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht fremd war.

Erstaunlich ist noch immer, wie wenig Einsicht in den Sachverhalt vorlag, dass es da in Marienborn die bundesweit einzig noch bestehende Grenzübergangsstelle gab, alles noch ziemlich im Original erhalten, und 20 Kilometer davon entfernt in Hötensleben das bundesweit einzige Grenzdenkmal in dieser Form, alles noch ziemlich im Original erhalten, und es doch auf der Hand liegen sollte, beide Orte in einem Gesamtkonzept zu verbinden – mit dem Ergebnis einer gegenseitigen Bereicherung und einem klaren

Alleinstellungsmerkmal bundesweit. Zwischen 1996 und 2000 waren wir im Gedenkstätten-Team Marienborn in unserer Eigenwahrnehmung „gefühl“ die einzigen Landesbediensteten, die dies dachten, äußerten und gemeinsame Projekte mit dem Gedenkmalverein initiierten – und regelmäßig an Grenzen stießen.

Dann in der Phase 1996 bis 2000 die Diskussionen mit Kolleginnen und Kollegen der westdeutschen KZ-Gedenkstätten um Begrifflichkeiten wie „Diktatur“, „Unrechtstaat“: Dürfen diejenigen in Marienborn und Hötensleben, die staatlich verübte Gewaltkriminalität begangen haben, „Täter“ und die darunter gelitten haben „Opfer“ genannt werden, darf die Einrichtung überhaupt eine „Gedenkstätte“ sein?

„Alle Gedenkstätten sind Orte von Tätern, Orte körperlichen und seelischen Leidens (oder Sterbens) sowie Orte des Aufbegehrens hiergegen bzw. Orte von geglückten oder misslungenen Fluchtversuchen; manche sind darüber hinaus Synonym und Symbol für einen Verfolgungskomplex (z.B. Dachau als erstes Konzentrationslager der Nationalsozialisten und Mustervorlage für alle nachfolgenden, Bautzen als Inbegriff der politischen Inhaftierung durch das SED-Regime oder Marienborn für das Einmauern der eigenen Bevölkerung sowie für die Überwindung dieser hermetisch und unüberwindlich erscheinenden Grenze).“²⁰⁶ Ab 2005/2006 folgten erinnerungspolitische Aspekte der Aufarbeitung der deutschen Teilung und der SED-Diktatur in der Phase der Auseinandersetzungen mit Ehemaligen um die Deutungshoheit.²⁰⁷ Gerade die Entwicklung der Gedenkstätte in Marienborn zeigt, dass eine weitere im Kontext der Erinnerungskultur fortwährend mitschwingende Frage lautete (und lautet?): „Wer bekommt die historische Deutungshoheit in Erinnerungsorten als Gegenwartsorte im Kontext der umstrittenen Erinnerung?“²⁰⁸ Gerade deshalb müssen Gedenkstätten am jeweiligen historischen Ort über pädagogisch-didaktisch aufbereitete Ergebnisse historischer Forschungen zur Versachlichung des Diskurses beitragen. Dann kann „der Erinnerungsort als Gegenwartsort die Diskussion um aktuelle Grundfragen unserer historischen Selbstvergewisserung fruchtbar und nachhaltig wie kaum eine andere Einrichtung der historisch-politischen Bildung bereichern.“²⁰⁹

Die Vermittlung historischen Wissens dort am historischen Ort „dient der von Generation zu Generation jeweils neu zu gestaltenden Selbstvergewisserung menschlicher und demokratischer Grundlagen individuellen und gesellschaftlichen Handelns.“²¹⁰ Konzeptionelle Grundlinie hierbei in Marienborn seit Ende 1996 war und ist es, die Aura des historischen Ortes und dessen emotionale Wirkung in gedenkstättenpäda-

gogischen Konzepten nicht zu negieren, sondern konstruktiv für die Bildungsarbeit zu nutzen, dabei jedoch stets darauf zu achten, die Besucherin, den Besucher nicht emotional zu überwältigen, sondern durch einen Mix an zielgruppenspezifischen Bildungsangeboten zu freier Urteilsbildung zu befähigen.

Durch die institutionelle Förderung des Bundes war nicht nur das vermeintliche Ziel aller Bestrebungen des Landes-Innenministeriums erreicht. Die Aufnahme in das Gedenkstättenkonzept und in die institutionelle Förderung des Bundes bestätigte darüber hinaus die Anerkennung der bundesweiten Bedeutung der Gedenkstätte und der bislang geleisteten Arbeit in Marienborn – in Fachkreisen war sie längst als solche angekommen.²¹¹ Sie entsprach bei allen divergierenden, teilweise im Nebulösen gebliebenen Motiven und Zielen von vormals Agierenden einer Korrektur, einem Heilen von inhaltlichen Vorstellungen und politischen Fehlern der früheren Landesregierung. Sie bedeutete eine (irreversible?) Verstetigung des Entwicklungsprozesses der Gedenkstätte nach außen und nach innen. Endlich war aus dem historischen Ort der ehemaligen GÜSt Marienborn nicht nur europaweit und bundesweit, sondern im Land selbst eine Gedenkstätte geworden – oder anders, frei nach Georg Oswald Cott: Abseits des Wallfahrtsortes war der einst hässliche, zähnefleischende Nadelöhr-Riese endlich wachgeküsst worden und verwandelt.

Anmerkungen

- 1 Der Verfasser bedankt sich bei der Landeskonservatorin von Sachsen-Anhalt, Dr. Elisabeth Rüber-Schütte, sowie bei Sarah Schröder M.A. für die freundliche Unterstützung bei der Recherche nach frühen Denkmalsunterlagen. Dank außerdem an Dr. Gotthard Voß für das (dokumentierte Gespräch), ebenso wie an Ingo Mundt und Dr. Harry Ziethen. Herzlichen Dank an Antje Zacharias, Jaqueline Buk und Matthias Ohms von der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn für die Unterstützung bei der Recherche im Sammlungsbestand der Gedenkstätte sowie an Dr. Frank Stucke für manche Erinnerungstütze und Dr. Daniel Bohse für wertvolle Hinweise – insbesondere auf die Arbeiten von Yvonne Kalinna, der an dieser Stelle ebenso gedankt wird – für die freundliche Überlassung der Zwischenergebnisse. Einen ganz besonderen Dank an Rainer Potratz für wertvolle Hinweise zur Generation Marienborn und an Dr. Susan Frisch für ihre Anmerkungen zu Redundanzen.

- 2 Vgl. Scherrieble, Joachim / Schumann, Ludwig (Hrsg.): „Transit.“ Bilder von Bettina Akinro und Gedichte von Georg Oswald Cott, (GÜStpublic Nr. 1), Marienborn 2002, Titelseite, anlässlich der Sonderausstellung „TRANSIT“ in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn vom 9. November 2002 bis 19. Januar 2003. Cott selbst betrachtet seinen Gedichtzyklus „Marienborn. Westostelbische Gedichte“ als einen subjektiven Beitrag zur poetischen Geschichtsschreibung.
- 3 Vgl. Scherrieble, Joachim (Hrsg.): „Die Grenzübergangsstelle Marienborn – Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph“. Marienborn / Magdeburg (Broschüre zur Dauerausstellung, Seiten, Selbstverlag) 2000; vgl. außerdem hierzu ders.: „Die Grenzübergangsstelle Marienborn – Bollwerk, Nadelöhr, Seismograph“. Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. In: erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung. Rundbrief der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt, hrsg. von Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt und Regierungspräsidium Magdeburg, Ausgabe 1/2002, S. 2–7.
- 4 Vgl. „... weil die Erinnerung der Verdinglichung für Ihr eigenes Erinnern bedarf...“ - Hannah Arendt, zitiert nach Gottfried Kauf und Martin Roth. Einleitung, in dies (Hrsg.): Das historische Museum. Labor, Schaubühne und Identitätsfabrik, Frankfurt a.M. 1990, S. 16. Vgl. zum Gegenwartsort Scherrieble, Joachim: „Erinnerungsort als Gegenwartsort“. In: Sabrow, Martin (Hrsg.): Der Streit um die Erinnerung. (Helmstedter Colloquien, Heft 10). Leipzig 2008, S. 77–96.
- 5 Vgl. Scherrieble, Joachim: Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn – Konzeptionelle Eckpunkte. (Selbstverlag) Magdeburg / Marienborn 2000 (Überarbeitete Fassung von 1996 bzw. 1997), Sammlung GDT Marienborn.
- 6 Vgl. Sachverständigenkommission beim Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt: Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn. Arbeitsergebnisse und Empfehlungen, August 1993, Sammlung GDT Marienborn.
- 7 Vgl. Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ vom 17. Juni 1998, Bundesdrucksache 13/11000.
- 8 Vgl. Scherrieble, Joachim: Der auratische Ort. Aufgaben, Chancen, Möglichkeiten, Methoden und Grenzen der Arbeit von Gedenkstätten und Dokumentationszentren, in: Verortet. Erinnern und Gedenken in Sachsen-Anhalt. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt im Auftrag des Arbeitskreis Aufarbeitung (Redaktion: Wesenberg, Denise / Ahrberg, Edda / Scherrieble, Joachim / Welt, Wilfried), Magdeburg 2004.
- 9 Vgl. Schlögel, Karl: Generation Marienborn – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 21-22/2009, S. 3–6.
- 10 Vgl. Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2005, §1(2), 1.

- 11 Vgl. Thierse, Wolfgang: Eröffnungsvortrag anlässlich des Geschichtsforums „Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Geschichte?“ am 28. Mai 1999, in: Deutschland Archiv 32, S. 633–643. Vgl. außerdem Schmidt-Gödelitz, Axel: Das Modell der Gödelitzer Biografiegespräche. Erzählt euch eure Lebensgeschichten! In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 1/2 2020, S. 106ff.
- 12 Vgl. Ullrich, Maren: Geteilte Ansichten. Erinnerungslandschaft Deutsch-Deutsche Grenze, Berlin 2006, S. 22f.; vgl. hierzu auch Lay, Conrad / Potting, Christoph (Hrsg.): Gemeinsam sind wir unterschiedlich. Deutsch-deutsche Annäherungen. Arbeitshilfen für die politische Bildung. Bonn 1995.
- 13 Vgl. „Die Wissenslücken im Westen sind größer“. Marienborn war der größte Ost-West-Übergang Europas. Aus dem Bollwerk der Trennung ist ein Ort des Erinnerns geworden. Ein Gespräch mit dem Leiter der Gedenkstätte Marienborn Dr. Joachim Scherrieble“, in: Teschner, Katrin / Lier, Axel: Ein Volk nach 15 Jahren. Geschichten der gelebten Einheit zwischen Magdeburg und Braunschweig, Magdeburg 2005, S. 125–126.
- 14 Vgl. „Endstation Marienborn – ein gescheiterter Fluchtversuch“, in: Verortet (wie Anm. 8), S. 112–117.
- 15 Vgl. „Grenzgängerin in Familienangelegenheiten – Edith K.“, Verortet (wie Anm. 8), S. 122–123.
- 16 Vgl. Scherrieble, Joachim: Grenzübergangsstelle (wie Anm. 3).
- 17 Vgl. Faulenbach, Bernd: Überwindung der Teilung in einer Kultur des Erinnerns? Zur Rolle der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn im demokratischen Erinnerungsprozess, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt und der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Magdeburg 2001, S. 8.
- 18 Vgl. Faulenbach, Bernd: Überwindung (wie Anm. 17), S. 9–10.
- 19 Ebenda, S. 12.
- 20 Waltherr, Achim (Untere Denkmalschutzbehörde Landkreis Oschersleben): „Das Grenzdenkmal Hötensleben. Entwicklung – Konzept – Vergleich“, 02.04.1993, Sammlung Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (im Folgenden LDA) Halle, GDH.
- 21 Vgl. Verortet: Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn – Bildungsangebote, in: Verortet (wie Anm. 7), S. 118–119.
- 22 Vgl. hierzu Haase, Norbert: Historische Orte erfahrbar machen. Gedenkstättenpädagogik an Städten politischer Verfolgung und Gewalt Herrschaft, in: Gedenken, Nach-Denken, Voraus-Denken, hg. vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, erarbeitet vom Arbeitskreis „Aufarbeitung“, Halle/Saale o.J., S. 20–22, hier S. 22.
- 23 Scherrieble: Gegenwartsort (wie Anm. 4), S. 88.
- 24 26. Mai 1952: Einführung der besonderen „Polizeiverordnung über die Einführung einer besonderen Ordnung an der Demarkationslinie“ mit Abriegelung der innerdeutschen Demarkationslinie, 10-m-Kontrollstreifen, 500-m-Schutzstreifen und 5-km-Sperrzone im Nachgang zum Bonner Deutschlandvertrag und zum EVG-Vertrag sowie im Nachgang hierzu erste Zwangsaussiedlungswelle aus dem Grenzgebiet.

- 25 17. Juni 1953: Aufstand (auch Volksaufstand oder Arbeiteraufstand), bei dem es in den Tagen um den 17. Juni zu einer Welle von Streiks, Demonstrationen und Protesten kam, die mit politischen und wirtschaftlichen Forderungen verbunden waren und von der Sowjetarmee gewaltsam niedergeschlagen wurden. Von 1954 bis zur Einführung des Tags der deutschen Einheit 1990 Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland; er ist weiterhin Gedenktag.
- 26 13. August 1961: Tag des Mauerbaus. Mit dem *Bau der Berliner Mauer* schloss die SED-Führung den letzten offenen Übergang zwischen Ost- und Westdeutschland.
- 27 3. Oktober 1990: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik. Damit war knapp ein Jahr nach dem Mauerfall die Teilung Deutschlands überwunden und die Existenz der DDR beendet – seitdem Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland.
- 28 9. November 1989: Pressekonferenz des SED-Politbüros, die die Öffnung der Grenzen in Marienborn und Berlin zur Folge hatte.
- 29 Vgl. ausführlicher hierzu Potratz, Rainer / Scherrieble, Joachim / Stucke, Frank: Forschungsstand und Forschungsaufgaben zum bildungspolitischen Auftrag der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn (Forschungskonzept), 34 Seiten, Stand 5.3.2007, Sammlung GDT Marienborn.
- 30 Nach neueren Forschungen sind bis zur Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 allein auf dem Gebiet an der Ländergrenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen 68 Personen zu Tode gekommen; vgl. Kostka, Jan: An der Grenze erschossen. Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes auf dem Gebiet der heutigen Ländergrenze Sachsen-Anhalt / Niedersachsen, hrsg. von der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Magdeburg 2019, S. 22ff.
- 31 Auch in den Kontext der anderen Grenzübergangsstellen, vgl. Herrmann, Ingolf: „Löcher im eisernen Zaun“: Hintergrundinformationen zur GÜST Marienborn im Kontext der anderen Grenzübergangsstellen, Marienborn 2003.
- 32 Vgl. Behrens, Heidi / Wagner, Andreas (Hrsg.): Deutsche Teilung, Repression und Alltagsleben. Erinnerungsorte der DDR-Geschichte. Konzepte und Angebote zum historisch-politischen Lernen, Leipzig 2004, insbesondere dies.: Einleitung, S. 11–30.
- 33 „Es ist nicht ausreichend, sich auf die Stasi zu konzentrieren ...“ Interview des Stiftungsdirektors Kai Langer mit dem Bundesbeauftragten Roland Jahn zur Bilanz der Arbeit seiner Behörde und zur Zukunft des Stasi-Unterlagen-Archivs, in: *Erinnern! Aufgabe, Chancen, Herausforderung*, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Nr. 2/2020, S. 11–16, hier S. 13.
- 34 Vgl. Sierig, Norbert: „...nach den Gesetzen des Krieges leben.“ Die Passkontrollseinheiten des MfS an der Grenzübergangsstelle Marienborn Ende der achtziger Jahre im Spiegel der Kaderakten. Magisterarbeit zur Erlangung des „Magister Artium“ am Institut für Geschichte der Universität Magdeburg, Magdeburg 2007.

- 35 Aus der Zusammenarbeit mit Jörn-Michael Goll entstand zunächst dessen Magisterarbeit, vgl. Goll, Jörn-Michael: Die Zollverwaltung der DDR am Beispiel der Grenzübergangsstelle Marienborn, Leipzig 2004, und letztlich dessen Dissertation, vgl. ders.: Kontrollierte Kontrolleure. Die Bedeutung der Zollverwaltung für die „politisch-operative Arbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, Göttingen 2011; vgl. hierzu auch ders.: „Die Zollverwaltung der DDR – Handlanger des Ministeriums für Staatssicherheit?“ in erinnern! (wie Anm. 3).
- 36 gl. Abschlussbericht Enquete-Kommission (wie Anm. 7).
- 37 Vgl. Sabrow, Martin / Eckert, Rainer / Flacke, Monika / Henke, Klaus-Dietmar / Jahn, Roland / Klier, Freya / Krone, Tina / Maser, Peter / Poppe Ulrike / Rudolph, Hermann (Hrsg): Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte mit Empfehlungen der Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, Göttingen 2007.
- 38 Vgl. Potratz / Scherrieble / Stucke: Forschungsstand (wie Anm. 29).
- 39 Ebenda.
- 40 Vgl. Gesetz über die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ (Gedenkstättenstiftungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt - GedenkStiftG LSA) vom 22. März 2006, GVBl. LSA 2006, 137ff.
- 41 Vgl. § 2 der Satzung, Stiftungszweck, zitiert nach <https://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/bsst/document/jlr-GedStStiftGSTp2>.
- 42 Vgl. Antrag auf institutionelle Förderung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes, Beauftragter für Kultur und Medien; Schreiben des Stiftungsdirektors Dr. Joachim Scherrieble an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, vom 12.03.2008, Sammlung GDT Marienborn 11333, 8.
- 43 Vgl. „Gedenkstätte für ihre Erinnerungskultur gewürdigt – Plakette auch für Grenzdenkmal“, vgl. Volksstimme Magdeburg vom 20.12.2011.
- 44 Vgl. „Marienborn oder die Vergänglichkeit der Grenzen“ – Festvortrag zum 20. Jahrestag der Eröffnung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am 13. August 2016 von György Dalos, in: Erinnern! (wie Anm. 33), Nr. 2/2016, S. 1–9, hier S. 1.
- 45 Zur neuen Dauerausstellung vgl. Ohms, Matthias / Sachenbacher, Sven: „Die DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn. Schauplatz des Ost-West-Konflikts im geteilten Deutschland“. Neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, in: Erinnern! (wie Anm. 33), Nr. 2/2020, S. 128–137.
- 46 Vgl. ebenda, S. 129.
- 47 Ebenda, S. 130.
- 48 Vgl. Rüber-Schütte, Elisabeth: Denkmalverträglichkeit für ein Land und für ein Dorf, in: Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.): Tagung Mauer und Grenze – Denkmal und Gedenken. Dokumentation der

- Tagung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz vom 10. – 12. Mai 2009 in Berlin, Bd. 76/2, S. 141 – 150, hier S. 142.
- 49 Ost-Berlin.
- 50 Vgl. Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg, Ressort Kultur: Aktenvermerk über eine Beratung zu „Denkmalverdacht GÜSt Marienborn“ am 17.05.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 51 Autobahndirektion, hier Autobahndirektion GÜSt Marienborn.
- 52 Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei.
- 53 Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg: Aktenvermerk Denkmalverdacht (wie Anm. 50).
- 54 Vgl. Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der DDR - Denkmalpflegegesetz - vom 19. Juni 1975 (GBl. I Nr. 26 S. 458) i. d. F. des Kulturgutschutzgesetzes vom 3. Juli 1980 (GBl. I Nr. 20 S. 191), § 13: „Werden im Zusammenhang mit Forschungs-, Planungs- oder Ausführungsarbeiten an einem Objekt Besonderheiten festgestellt, die dessen Denkmaleigenschaft vermuten lassen, so sind der für die Arbeiten am Ort Verantwortliche und der Rechtsträger, Eigentümer oder Verfügungsberechtigte nach Kenntnis verpflichtet, das betreffende Objekt unverzüglich dem zuständigen Rat des Kreises schriftlich zur Erfassung zu melden. Das Objekt gilt vom Zeitpunkt der Feststellung an bis zur Entscheidung über seine Denkmaleigenschaft als Denkmal im Sinne dieses Gesetzes. Die Meldung eines der Verpflichteten entpflichtet den anderen.“
- 55 Vgl. Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur: Presseinformation „Grenzübergangsstelle Autobahn Marienborn bald ein Denkmal?“ vom 21.05.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 56 Ebenda.
- 57 Vgl. Volksstimme Magdeburg, 02.06.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 58 Vgl. ADN-Bezirksdienst Sachsen-Anhalt, grenzuebergang/1106/lsa/082 vom 11.6.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 59 Vgl. ADN-Bezirksdienst Sachsen-Anhalt, CDU/Braunschweig/fies/1106/lsa/091 vom 11.6.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 60 Vgl: Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur: Schreiben des geschäftsführenden Mitglieds des Rates für Kultur, Dr. Harry Ziethen, an Grenztruppen der NVA, Bezirkskommando Stendal, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 61 Vgl. Kommunikation Dr. Harry Ziethen, ehem. Rat des Bezirkes Magdeburg, Abteilung Kultur, mit Dr. Joachim Scherrieble am 21.10.2021, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 62 Gespräch Ingo Mundt, ehem. Rat des Bezirkes Magdeburg, Abteilung Kultur, Bereich Denkmalpflege mit Dr. Joachim Scherrieble am 21.10.2021, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble. Vgl. dort: „An diese Anfänge um Marienborn kann mich noch recht gut erinnern. Wir haben von der Bezirksverwaltung dieses Projekt sehr intensiv begleitet, sind überall herumgereist, haben die Grenztruppen angeschrieben und ha-

ben das Projekt unterstützt, die Unterschutzstellung sicherlich forciert und getragen. Wer nun tatsächlich die erste Initiative gemacht hatte, das kann ich nicht mehr genau sagen, ich meine das waren wir. Aber auf jeden Fall sind hier das Institut für Denkmalpflege und der Rat des Bezirkes, die Kulturabteilung, verhältnismäßig parallel unterwegs gewesen.“ Befragt nach den Motiven für das Agieren des Rates des Bezirkes antwortete er: „Eindeutig die Gefahr, ein Zeitzeugnis zu verlieren, das war der Gedanke im Hintergrund. Deshalb haben wir die Unterschutzstellung sehr offensiv betrieben; die Rolle des Instituts für Denkmalpflege war ja durch das Denkmalpflegegesetz klar geregelt“, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.

63 Vgl. Gespräch Dr. Gotthard Voß, ehem. Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle, mit Joachim Scherrieble am 21.10.2021, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble. Vgl. dort: „In der Tat hatten wir vom Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Halle große Befürchtungen, dass wie an anderer Stelle sehr schnell alles abgeräumt wird hinsichtlich der Grenzanlagen. Die GÜSt war ja sehr schnell die einzige noch bestehende. Gottseidank hatten wir im Denkmalpflegegesetz der DDR den Passus des Denkmalverdachts, der uns dann ja durchaus auch eine rechtliche Handhabe gab. Es hat mich besonders gefreut, dass auch die kleine Brücke, die die Autobahn überbrückt, kurz nachdem man die Grenze aus dem Westen kommend Richtung Sachsen-Anhalt überfahren hat und in das Land einfährt, erhalten werden konnte. (...) Leider konnten wir uns ja nicht in allen Dingen durchsetzen, etwa der Mauerverlauf, auf die Grenze zulaufend im Norden, da ist alles weggerissen worden. Ich habe in dem Kontext sogar Kontakt mit Friedrich Schorlemmer aufgenommen, der sich dann bei der Regierung der DDR eingesetzt hat – was mir von einigen sehr verübelt wurde. Natürlich konnten wir uns nicht durchsetzen bei allem, was den Kontext Tank- & Rastanlage anging, da ist doch leider sehr viel weggeräumt worden.“

64 Gespräch Ingo Mundt mit Dr. Joachim Scherrieble am 21.10.2021 (wie Anm. 62).

65 Gemeint ist der Regierungsbevollmächtigte der Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg der Regierung der DDR, Wolfgang Braun. Infolge des Volkskammerbeschlusses vom 17.5.1990 hatte der Bezirkstag Magdeburg seine Legislaturperiode am 28.5.1990 beendet, der Rat des Bezirkes amtierte geschäftsführend weiter. Um die Regierungsfähigkeit in den Bezirken bis zur Bildung der Länder aufrecht zu erhalten, beschloss der Ministerrat am 02.05.1990, dass die Räte der Bezirke nur im Rahmen der Auftragsverwaltung tätig bleiben durften, und der Ministerpräsident setzte am 11.06.1990 einen Regierungsbevollmächtigten als Leiter der „Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg der Regierung der DDR“ ein. Diesem wurde auf der Grundlage des Beschlusses der Regierung der DDR vom 08.08.1990 der für die Landesbildung zuständige Landessprecher übergeordnet.

66 Vgl. Rat des Bezirkes, Schreiben Ressortleiter Kultur und Bildung, Dr. Harry Ziethen, an Regierungsbevollmächtigten Braun vom 03.08.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.

67 Ebenda.

- 68 Vgl. Vermerk „Vorschlag zur Einrichtung eines Freilichtmuseums ‚Grenzübergangsstelle Helmstedt – Marienborn‘ (im Problemaufriß)“, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 69 Vgl. Rat des Bezirkes (Dr. Harry Zietzen): „GROBKONZEPTION zur Gestaltung der ehemaligen ‚Grenzübergangsstelle Autobahn Marienborn‘ zu einem Freilichtmuseum“, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 70 Ebenda.
- 71 Ebenda.
- 72 Vgl. Rat des Bezirkes, Ressort Kultur (Ingo Mundt): Telegramm an Autobahnmeisterei Marienborn, Herrn Müller, unterzeichnet von Frau Dr. Tronnier, amt. Ressortleiter, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 73 Vgl. Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur: Handschriftlicher Gesprächsvermerk Ingo Mundt, „Müller“ Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 74 Mit Schreiben vom 21. September 1990 hatte das „Ressort Kultur der Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg“ zunächst das Büro für architekturbezogene Kunst, Herrn Direktor Dr. Thomalsky, beauftragt, „für das Vorhaben ‚Freilichtmuseum Autobahngrenzübergang Marienborn‘ die Vorbereitungsarbeiten mit den in der Grobkonzeption dargelegten inhaltlichen und zeitlichen Schritten zu übernehmen“. Offenbar gab es mit dem Auftragnehmer ein Problem, weshalb eine Woche später am 27. September eine Neubeauftragung des Büros „Planungsgemeinschaft Thal, Uwe Thal, Magdeburg“ erfolgte. Vgl. Ressort Kultur der Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg: Auftragserteilung „Freilichtmuseum Grenzübergang Marienborn“, Schreiben vom 21.09.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 75 Vgl. Stellvertreter des Regierungsbevollmächtigten, amt. Ressortleiter Verkehrs- und Nachrichtenwesen: Aktenvermerk vom 26.10.1990 zur Beratung am 24.10.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 76 Vgl. Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Magdeburg, Der Chef: Schreiben des VP-Direktors Hans-Joachim Stephan an den Rat des Bezirkes vom 22.06.1990, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.
- 77 Vgl. Institut für Denkmalpflege Halle: Denkmalpflegerisches Gutachten zur Grenzübergangsstelle Marienborn (aufgestellt: Oberkonservator Kleinschmidt und bestätigt: Prof. Dr.-Ing. Stelzer, Chefkonservator und Leiter Arbeitsstelle) vom 17.10.1990, 12 Seiten, S. 10, in: Sammlung GDT Marienborn; vgl. außerdem hierzu Doßmann, Axel: Die Transitautobahn, in: Sabrow, Martin (Hrsg.): Erinnerungsorte der DDR, Bonn 2010, S. 267–278, hier S. 275.
- 78 Ebenda.
- 79 Vgl. Rüber-Schütte: Denkmalverträglichkeit (wie Anm. 48), S. 146.
- 80 Vgl. Walther, Achim / Bittner, Joachim: Heringsbahn. Die innerdeutsche Grenze im Raum Hötensleben / Offleben / Schöningen 1945 bis 1952, hrsg. vom Grenzdenkmalverein Hötensleben, 1994, S. 44f.
- 81 Vgl. Baumgartl, Susan: „Ich hab‘ mich immer als Zaungast des 20. Jahrhunderts gefühlt“; Interview mit Achim Walther, in: *Erinnern!* (wie Anm. 33), Nr. 2/2016, S. 22–33, hier S. 27.

- 82 Ebenda, S. 22.
- 83 Ebenda, S. 23.
- 84 Ihr aktueller Name ist Dr. Annemarie Susan Frisch.
- 85 Vgl. Baumgartl: Interview (wie Anm. 81), hier S. 23.
- 86 Vgl. Schreiben des Rates des Kreises Oschersleben, Abteilung Kultur an Rat des Bezirkes Magdeburg, Abteilung Kultur vom 12.01.1990, ArGDH, Bestand: Ds Denkmalpflege; zitiert nach Rudnick, Carola S.: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989. (Histoire, Band 25), Bielefeld 2014, S. 656.
- 87 Vgl. Schreiben des Ministerrates der DDR, Ministerium für Abrüstung und Verteidigung, Chef der Grenztruppen der DDR an den Rat der Gemeinde Hötensleben vom 27.3.1990, in: Archiv des Grenzdenkmalvereins Hötensleben (im Folgenden ArGDH), Bestand: Ds Denkmalpflege; zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 656–657.
- 88 Vgl. Gemeinde Hötensleben, Antrag vom 26.6.1990, SPD-Fraktion, ArGDH, Bestand: Ds Denkmalpflege; zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 657.
- 89 Vgl. Schreiben des Landesinstituts für Denkmalpflege Halle an die Gemeindeverwaltung Hötensleben vom 09.08.1990, ArGDH, Bestand: Ds Denkmalpflege; zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 657.
- 90 Vgl. Institut für Denkmalpflege: Bericht vom 22.10.1990, S. 3, ArGDH Dd.
- 91 Vgl. Walther: Grenzdenkmal (wie Anm. 20), Bl. 2, Sammlung LDA Halle, GDH.
- 92 Vgl. Voß, Gotthard: Die innerdeutsche Grenze, in: Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (Hg.): Verfallen und vergessen (Bd. 51, 1995), S. 92.
- 93 Vgl. Baumgartl: Interview (wie Anm. 81), S. 23.
- 94 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 659.
- 95 Vgl. Beschluss Nummer 44-7 (I) 91, zitiert nach Walther, Achim: Konzept zur Verteidigung des Grenzdenkmalvorhabens vor der GV-Sitzung am 20. Februar 1991, ArGDH, Dd, Gemeinde Hötensleben: Protokoll vom 25.02.1991, Sammlung ArGDH, Dd, S. 2.
- 96 Vgl. Schreiben der Wehrbereichsverwaltung VII an den Landkreis Oschersleben vom 23.07.1992, ArGDH, Dd, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 660.
- 97 Vgl. Bezirksverwaltungsbehörde Magdeburg: Architektenvertrag zur „Nutzungskonzeption GÜSt Marienborn“, Planungsgemeinschaft Thal, Dipl.-Ing. Uwe Thal, Magdeburg, „Beschreibung der bisherigen Arbeitsabläufe innerhalb des Planungsbüros Thal zur Erstellung der Nutzungskonzeption für den Grenzübergang Marienborn sowie weitere Aufgabenstellungen entsprechend der Auftragsinhalte vom 26.10.90“ vom 05.01.1991, Bl. 1, Sammlung GDT Marienborn, PS Scherrieble.

- 98 Ebenda, Bl. 2.
- 99 Ebenda.
- 100 Ebenda, Bl. 1.
- 101 Ebenda, Bl. 2.
- 102 Ebenda, Aktennotiz 2/11/90 vom 08.11.1990.
- 103 Ebenda, Aktennotiz vom 14.11.1990.
- 104 Ebenda, Aktennotiz vom Dezember 1990 über „Gespräche mit dem Bürgerkomitee zur Auflösung der Staatssicherheit und dem Memorialmitgliedern im ehemaligen Staatssicherheitsgefängnis in Magdeburg“ vom 20.12.1990.
- 105 Ebenda, „Maßnahmenkatalog zur Wirksamkeit der juristischen Personen ‚Freilichtmuseum‘“ vom 28.12.1990.
- 106 Vgl. Schreiben Regierungspräsidium (im Folgenden RP) Magdeburg an die Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung vom 30.09.1991, in: Archiv des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt (im Folgenden ArMI-LSA), 11333-6/3, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 662.
- 107 Vgl. Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt (im folgenden STK-LSA): Niederschrift über die 56. Sitzung des Landeskabinetts am 28.01.1992 vom 19.02.1992, ArMI-LSA, 11333-6/3, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 662.
- 108 Vgl. Rüber-Schütte: Denkmalverträglichkeit (wie Anm. 48), S. 142.
- 109 Ebenda, Anm. 5, S. 149.
- 110 Vgl. Brülls, Holger: Stellungnahme Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie vom 16.02.1992, LDA Archiv, zitiert nach Rüber-Schütte: Denkmalverträglichkeit (wie Anm. 48), S. 145.
- 111 Vgl. MK LSA: Vermerk vom 06.03.1992 sowie Schreiben des MK LSA an das LDA vom 11.03.1992, beide ArMI-LSA 11333-5/1, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 663.
- 112 Vgl. Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH: Errichtung einer Gedenk- und Begegnungsstätte „Deutsche Teilung“ auf der ehemaligen Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn (-Helmstedt), ABM-Maßnahme, Frühjahr 1992, ArMI-LSA 11333, 8. Konzeptionen (8.1-8.5), zitiert nach Rudnick, Carola: Erinnerung (wie Anm. 85), S. 663.
- 113 Vgl. Schreiben des LDA LSA vom 06.04.1992, ArMI-LSA 11333-5/1, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 663.
- 114 Vgl. Noske, Henning: „Der letzte macht das Licht aus“. Manchmal spukt am alten Grenzübergang, in: Braunschweiger Zeitung vom 11.04.1992.
- 115 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 664.
- 116 Vgl. Rüber-Schütte: Denkmalverträglichkeit (wie Anm. 48), S. 144.

- 117 Vgl. Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (u.a.): Nutzungskonzept für die ehemalige Grenzübergang Stelle (GÜSt) Marienborn, Sommer 1992, ArMI-LSA 11333, 8., zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 664.
- 118 „Disney-Land“ – in der Tat ein Begriff, den wir im Diskurs der Gedenkstätten-Mitarbeitenden als „Anti-Vorstellung“ nutzten.
- 119 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 665.
- 120 Vgl. Ministerium des Innern Sachsen-Anhalt (im Folgenden MI-LSA): Bericht des Ministeriums des Innern über ein Nutzungskonzept für die ehemalige Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn, Frühjahr 1992, Sammlung GDT Marienborn 11333, 8.
- 121 Vgl. STK-LSA: Niederschrift über die 74. Sitzung des Landeskabinetts am 23.06.1992 vom 29.06.1992, Sammlung GDT Marienborn 11333, 8, sowie Beschluss der Landesregierung über die Zuständigkeiten von Gedenkstätten, in: MBl. LSA, Nr. 30/1992, S. 804.
- 122 Vgl. Landtag Sachsen-Anhalt, Plenarprotokoll 1/36 der 36. Sitzung vom 18.09.1992; Drs. 1/36/1802 B vom 18.09.1992.
- 123 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 666.
- 124 Vgl. Mieke, Lutz: Die Struktur der Gedenkstättenlandschaft in Sachsen-Anhalt, in: Verortet (wie Anm. 8), S. 44–48, hier S. 45.
- 125 Vgl. Landesregierung Sachsen-Anhalt: Stellungnahme der Landesregierung „Aufbau einer Mahn- und Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ vom 11.12.1992, Sammlung GDT Marienborn 11333, 8; vgl. auch Landtag Sachsen-Anhalt, Drs.1/2242 vom 20.01.1993, S. 5.
- 126 Vgl. Schreiben des MI-LSA an das Bundesministerium des Innern (BMI) vom 29.12.1992, ArMI-LSA 11333-6, Band 2, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 668.
- 127 Vgl. Schreiben des BMI an das MI-LSA vom 16.02.1993, ArMI-LSA 11333-1, Band 1, dort div. weitere Korrespondenz, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 669.
- 128 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 670.
- 129 Vgl. Wo die Stasi kontrollierte entsteht eine Raststätte, in Volksstimme Magdeburg vom 16.04.1993.
- 130 Vgl. MI-LSA: Auftrag und Auftragsanalyse an die Sachverständigenkommission, in: MI-LSA: Tagesordnung für die konstituierende Sitzung der Sachverständigenkommission beim Minister des Innern des Landes Sachsen-Anhalt vom 06.05.1993, ArMI-LSA 11333-1, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 672.
- 131 Vgl. STK-LSA: Niederschrift über die 119. Sitzung des Landeskabinetts am 13.07.1993 vom 19.07.1993, ArMI-LSA 11333-1, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 674.
- 132 Vgl. MI-LSA: Tagesordnung für die konstituierende Sitzung der Sachverständigenkommission beim Minister

- des Innern des Landes Sachsen-Anhalt vom 01.06.1993, S. 13–14, ArMI-LSA 11333-1, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 674.
- 133 Vgl. Voß: Grenze (wie Anm. 92), S. 89.
- 134 Vgl. Lütke, Alf: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kälble, Hartmut / Kocka, Jürgen / Zwahr, Hartmut: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 188ff.; oder viele andere Vorschläge wie der Arnd Bauernkämpfers, der mit Bezug auf Kocka eine „durchherrschte Gesellschaft“ charakterisiert, in der „die Diktatur die sozialen Strukturen und Beziehungen [...] durchdrang“ (Sozialgeschichte, S. 2).
- 135 Vgl. Sachverständigenkommission (wie Anm. 6), S. 14.
- 136 Vgl. Mitteldeutsche Zeitung vom 26.08.1993; vgl. hierzu auch Frankfurter Rundschau vom 26.08.1993.
- 137 Vgl. Volksstimme Magdeburg vom 26.08.1993.
- 138 Ebenda.
- 139 Vgl. Noske, Henning: Das waren die Schleusen der Angst, in: Braunschweiger Zeitung vom 26.08.1993.
- 140 Vgl. Semkat, Ute: Nadelöhr des kalten Krieges, in: Die Welt vom 27.08.1993.
- 141 Vgl. Sachverständigenkommission (wie Anm. 6), S. 14, Sammlung GDT Marienborn
- 142 Vgl. Grenzdenkmalverein Hötenleben e.V.: Satzung vom 15.12.1993, Sammlung GDT Marienborn.
- 143 Vgl. MI-LSA: Vermerk vom 09.05.1994, ArMI-LSA, 11333-6, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 685.
- 144 Vgl. Erlass MI-LSA vom 16.05.1994, Az.:11.1-02101/10-44, Sammlung GDT Marienborn, Bestand 11333.
- 145 Vgl. MI-LSA / Miehe, Lutz: Konzeption zur Nutzung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn vom 7.10.1994, Sammlung GDT Marienborn, Bestand 11333, 8.
- 146 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 686.
- 147 Ebenda, S. 688.
- 148 Vgl. MI-LSA: Vermerk vom 26.10.1994, ArMI-LSA, 11338-1/GDH, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 689. vgl. außerdem Drieschner, Frank: Die Mauer muss bleiben, in: Die Zeit vom 04.11.1994, S. 77.
- 149 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 689f.
- 150 Vgl. STK-LSA: Niederschrift über die 16. Sitzung der Landesregierung am 08.11.1994 vom 08.11.1994, ArMI-LSA, 11333-6/3, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 690.
- 151 Vgl. MI-LSA: Vermerk vom 09.12.1994, ArMI-LSA, 11333-6, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 691.
- 152 Vgl. Schreiben des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, und des Ministerpräsi-

- dentem von Niedersachsen, Gerhard Schröder, an das Bundeskanzleramt, Bundeskanzler Helmut Kohl, vom 31.01.1995, ArMI-LSA, 11333-6, Band 1, zitiert nach Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 692.
- 153 Vgl. Arbeitsgruppe „GÜSt“ beim Regierungspräsidium Magdeburg: Protokoll der siebten Sitzung am 01.03.1995, Sammlung GDT Marienborn, 11333, 8.
- 154 Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Stellvertretender Landesvorsitzender der CDU, Mit-Antragsteller zur Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen, Berlin, den 4. November 2003.
- 155 gl. Schreiben des BMI an das MI-LSA vom 27.06.1995, Sammlung GDT Marienborn, 11333, 8.
- 156 Vgl. Rudnick: Die andere Hälfte (wie Anm. 86), S. 692f.
- 157 Verantwortlich war seinerzeit noch das MI-LSA mit dem zuständigen Referenten Dr. Lutz Miehe und dem Referatsleiter Dr. Karlotto Bogumil.
- 158 Vgl. Scherrieble: Konzeptionelle Eckpunkte (wie Anm. 5).
- 159 Besucherzahlen übersteigen Erwartungen erheblich, in: Braunschweiger Zeitung vom 03.05.1997, Sammlung GDT Marienborn, Pressearchiv.
- 160 Vgl. Anlagen zum Antrag der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt auf institutionelle Förderung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn nach der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vom 12.03.2008, S. 35, Sammlung GDT Marienborn.
- 161 Vgl. Abschlussbericht Enquete-Kommission (wie Anm. 7), S. 536.
- 162 Vgl. Anlagen zum Antrag (wie Anm. 160), S. 35f., Sammlung GDT Marienborn.
- 163 Ebenda, S. 35.
- 164 Ebenda, S. 32, siehe außerdem hierzu „Auszug der bislang in der Gedenkstätte präsentierten Sonderausstellungen“ als Anlage 3, Sammlung GDT Marienborn.
- 165 Vgl. Anlagen zum Antrag (wie Anm. 160), S. 39.
- 166 Ebenda, S. 32.
- 167 Ebenda, S. 39.
- 168 Vgl. Scherrieble, Joachim: Rückblick auf die Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn und deren Entstehung, in: Schöne, Birgit / Polzin, Petra: Dokumentation der Diplomarbeiten „Haus der Einheit“, Fachhochschule Hannover / Nienburg, Fachbereich Architektur, 1997, S. 6 – 13.
- 169 Vgl. Scherrieble, Joachim: Marienborn – Helmstedt. Synonym der Teilung Deutschlands, in: Börde, Bode, Lappwald, Heimatschrift 1999, Oschersleben 1998, S. 3 – 13.
- 170 Vgl. hierzu Verortet (wie Anm. 8).
- 171 Vgl. beispielsweise Erst zwei – dann eins – und nun? Die deutsche Teilung in Vergangenheit und Gegen-

- wart. Folder zum gleichnamigen Kolloquium des Bildungsvereins Elbe Saale, Verein zur Förderung von Kultur und Wissenschaft und politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e.V. und der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, (hrsg. v.J. Scherrieble, W. Hillger, H. Jörß, J. Hofmann, P. Bender) Schriftenreihe, Magdeburg 2000.
- 172 Vgl. Scherrieble, Joachim: Offener Lernort der kulturellen (historisch-politischen) Jugendbildung – Vom Bollwerk der Trennung zum Ort der Begegnung, in: Scharf, Christian / Schütz, Almut (Hrsg.): 2T1 – Odyssee im Grenzraum. Ein Bundesmodellprojekt. Zwischen kultureller und politischer Jugendbildung im ländlichen Raum 1998-2001, Chemnitz 2001, S. 33ff.
- 173 Vgl. beispielsweise Scherrieble, Joachim: Marienborn – Helmstedt. Synonym der Teilung Deutschlands, in: Forschungsgemeinschaft für Philatelie und Postgeschichte „Deutsche Einheit“ e.V. (Hrsg.): Die Post in einem deutsch-deutschen Grenzbereich – dargestellt an der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn – Helmstedt, Magdeburg (Eigenverlag) 1999, S. 8 – 17.
- 174 Vgl. Jungsein in der Ära Ulbricht. Jugendpolitik der SED und jugendlicher Alltag in der DDR 1973 – 1949, herausgegeben von der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn (Projektleitung Jana Schulze-Bertram und Rainer Potratz): DVD zur gleichnamigen Ausstellung, Magdeburg 2006.
- 175 Vgl. „Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt“ - eine Ausstellung, die 2002/2003 von Jugendlichen erarbeitet und zum 17. Juni 1953 vom damaligen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Böhmer in Marienborn eröffnet wurde. Kooperationspartner waren die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e.V., die LKJ Sachsen-Anhalt e.V. und die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, die Projektleitung lag bei Katharina Doyé (Ev. Akademie), Sandy Gärtner (LKJ) und Rainer Potratz (GDT); vgl. Doyé, Katharina / Gärtner, Sandy / Potratz, Rainer (Hrsg.): „Der 17. Juni 1953 in Sachsen-Anhalt. Eine Handreichung für den fächerübergreifenden Unterricht“, CD-ROM mit Texten, Dokumenten, Filmen und Tönen, Magdeburg 2004.
- 176 Vgl. Scherrieble, Joachim: Grenzstadt Magdeburg, in: Puhle, Matthias (Hrsg.), Magdeburg 1200. Mittelalterliche Metropole, Preußische Festung, Landeshauptstadt. Die Geschichte der Stadt von 805 bis 2005, Stuttgart u. Magdeburg 2005, S. 322f.
- 177 Vgl. Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945 – 1990. Ausstellung und Buch waren eine Kooperation der Leibniz-Universität Hannover, dem Historischen Museum Hannover, den Freunden des Historischen Museums e.V. und der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Die Ausstellung wurde im Historischen Museum Hannover im April 2011 eröffnet und zugleich erschien der gleichnamige Ausstellungskatalog, vgl. Schwark, Thomas / Schmiechen-Ackermann, Detlef / Hauptmeyer, Carl-Hans (Hrsg.): Grenzziehungen, Grenzerfahrungen, Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945 – 1990, Darmstadt 2011. Vom 24. – 26. Juni 2010 fand im Rahmen des Projekts

die von der Volkswagen Stiftung geförderte Tagung „Grenze – Konstruktion, Realität, Narrative“ statt. Der Band enthält den Beitrag von Potratz, Rainer: Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn – Ort der Erinnerung und der Begegnung, S. 36–44. Das Kooperationsprojekt mit der Uni Hannover lief vom Wintersemester 2008/9 bis 2011.

- 178 Vgl. Scherrieble, Joachim: Der historische Ort, in: Becker, Anja: Wie Gras über die Geschichte wächst. Orte der Erinnerung an der ehemaligen innerdeutschen Grenze, Berlin 2003.
- 179 Vgl. „Rein ins Leben“ – Freiwilliges Soziales Jahr im kulturellen Bereich, Bundesmodellprojekte koordiniert von der Landesvereinigung kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V. (Jugendliche zwischen 16 und 26 Jahren).
- 180 Schurich, Jana: Mein Freiwilliges Soziales Jahr im Kulturellen Bereich in der Gedenkstätte Marienborn, in: erinnern! (wie Anm. 3), Nr. 3/2003, S. 13–15, hier S. 14.
- 181 Nevermann, Knut: Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland, Referat anlässlich der Ausstellungseröffnung „Über die Ostsee in die Freiheit“ und weiterer Projekte am 9. November 2003 in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, in: erinnern! (wie Anm. 3), Nr. 4/2003, S. 1–3, hier S. 2–3.
- 182 Ebenda, S. 2.
- 183 Vgl. Scherrieble, Joachim: Von gesichtslosen Zöllnern und kontrollierten Kontrolleuren. Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn zeigt bundesweit einzigartige Dauerausstellung zum Thema Zoll der DDR, in: Erinnern! (wie Anm. 33), Nr. 1–2/2008, S. 36–41.
- 184 Vgl. Sabrow, Martin (et al.): DDR-Erinnerung (wie Anm. 37).
- 185 Ebenda, S. 116–117.
- 186 Vgl. Scherrieble, Joachim: Gedenk-Bausteine, in Die ZEIT vom 15. Januar 2006, ZEIT online 15.05.2006.
- 187 Vgl. Sabrow, Martin: Zur Entstehungsgeschichte des Expertenvotums, in: Sabrow (et al.): DDR-Erinnerung (wie Anm. 37), S. 7–16.
- 188 Wortprotokoll Dr. Joachim Scherrieble, Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR, in: Sabrow (et al.): DDR-Erinnerung (wie Anm. 37), S. 117.
- 189 Ebenda, S. 119.
- 190 Ebenda, S. 120.
- 191 Vgl. Antrag institutionelle Förderung (wie Anm. 42).
- 192 Vgl. Dankschreiben des Direktors der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und Einladung des Bundesbeauftragten zum Besuch der Gedenkstätte, 2008; Sammlung GDT Marienborn 11333, 8.
- 193 Vgl. Bundesverwaltungsamt, Bescheid vom 18.02.2009 über eine Bundeszuwendung 2009 für die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, BKM- II A 2 - 2509GB1316, Sammlung GDT Marienborn.

- 194 Vgl. Schlögel: Generation (wie Anm. 9), S. 3–6.
- 195 Ebenda, S. 6.
- 196 Ebenda, S. 3.
- 197 Ebenda, S. 6.
- 198 Ebenda, S. 3.
- 199 Kalinna, Yvonne: Über das Aneignen eines Erinnerungsortes – Besucher in der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, unveröffentlichtes Skript zur Tagung „Besucher, Zuschauer, Gamer, Surfer – Geschichtsaneignungen in der Mediengesellschaft, 09.04. bis 11.04.2014, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, sowie dies: „Script zu GAME II“ – Workshop „Vergangenheitsofferten durch Medien – GAME II“, 07.06.2019; hier Workshop GAME II, 07.06.2019, S. 2.
- 200 Vgl. Kalinna: Aneignen (wie Anm. 199), S. 4–5.
- 201 Ebenda, S. 5.
- 202 Ebenda, S. 5.
- 203 Einen sehr herzlichen Dank an dieser Stelle an Yvonne Kalinna für die Überlassung der Zwischenergebnisse vor Fertigstellen ihrer Dissertation „Gedenkstätten als Medien der Erinnerungskultur“.
- 204 Vgl. Rüber-Schütte: Denkmalverträglichkeit (wie Anm. 48), S. 148.
- 205 Ebenda, S. 142.
- 206 Scherrieble: Gegenwartsort (wie Anm. 4), S. 87.
- 207 Vgl. Scherrieble, Joachim: Erinnerungspolitische Aspekte der Aufarbeitung der deutschen Teilung und der SED-Diktatur – fünf Bemerkungen, in: Geteiltes Deutschland – gemeinsame Geschichte, 10. Bundesweiter Kongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport [mit den Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen vom 12. bis 14.05.2006 in Königslutter], Berlin 2006, S. 113–125. Siehe konkrete Vorfälle – auch in Marienborn Scherrieble: Gegenwartsort (wie Anm. 4), S. 93.
- 208 Scherrieble: Gegenwartsort (wie Anm. 4), S. 96.
- 209 Ebenda.
- 210 Vgl. Abschlussbericht Enquete-Kommission (wie Anm. 7), S. 539.
- 211 Etwa beim regelmäßig stattfindenden Bundesweiten Gedenkstättenseminar oder beim Ersten deutsch-französischen Gedenkseminar im Couvent de la Tourette, L'Abresle (Lyon) 24.–28.10.2001, vgl. Scherrieble, Joachim: „Du poste de contrôle frontalier de Marienborn ... au Mémorial de la Division Allemande de Marienborn“, Vortrag beim Ersten deutsch-französischen Gedenkseminar, L'Abresle (Lyon) 2001.

Die Bearbeitung der Geschichte der Juden der Stadt Schönebeck (Elbe)

Johannes Golling¹

Es ist unmöglich, in diesem Zusammenhang von der Aufarbeitung der Geschichte der Juden Schönebecks zu sprechen. Das, was zur Zeit des „Dritten Reiches“ geschehen ist, hat ein unübertroffenes Ausmaß angenommen, sodass es grundsätzlich nur möglich ist, hier einen kleinen Beitrag zur Bearbeitung dieser Geschichte zu leisten. Dass sich Schönebeck dieser Frage seit Jahrzehnten gestellt hat, ist bitter nötig gewesen. Dabei ist hervorzuheben, dass eine breite Basis an diesem Thema gearbeitet hat und es auch in Zukunft tun wird: Schulen, Kommunen, Vertreter aus Kirche und Gesellschaft sowie viele Einzelpersonen. Schwerwiegend dabei ist die Verantwortung der Kirchen. Warum? Weil sie in der Vergangenheit durch „Ersatz-Theologie“ und Judenfeindlichkeit letzten Endes mit zu Wegbereitern der Ereignisse der Judenvernichtung im letzten Jahrhundert geworden sind. Es ist hier nicht der Raum, darauf ausführlich einzugehen. Es beschämt den Autor, der selbst evangelischer Christ ist, bis zur Stunde zutiefst, dass so eine Verirrung möglich geworden ist. Nur durch Verdrehung des biblischen Zeugnisses war es vermeintlich gelungen, so eine Lehre auf der Grundlage der Bibel zu begründen. Selbstverständlich hat der Antisemitismus darüber hinaus zahlreiche weitere Wurzeln.

Aus heutiger Sicht überaus zu würdigen ist die Recherchearbeit von Dr. Günter Kuntze, der bereits zu DDR-Zeiten (1949–1989) in den 1980er Jahren das bemerkenswerte Buch „Juden in Schönebeck“² vorbereitete, das schließlich im April 1991 herausgegeben werden konnte. Seit 1986 nahm Dr. Kuntze systematische Nachforschungen vor. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass er sich bereits als junger Mensch seit 1946 diesem traurigen Kapitel in seiner Heimatstadt Schönebeck widmete und sporadisch mit der Spurensuche begonnen hatte. Wenn man heute bedenkt, mit welchen begrenzten Mitteln er damals arbeiten musste und welches Ergebnis er erzielte, wird diese Leistung umso bedeutender. Natürlich konnte er das nicht allein schaffen. Unterstützung erhielt er beispielsweise von Dieter Hoffmann, dem damaligen Leiter des Kreismuseums Schönebeck. Eine gegen Widerstände organisierte Ausstellung kann als ein

vorläufiger Höhepunkt dieser Arbeit angenommen werden. Darüber hinaus gab es eine Zusammenarbeit mit Hans Levi, dem Vorsitzenden des Synagogen-Landesverbandes Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalts, Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs, sowie dem Stadtarchivar Karl Freist und vielen Anderen.

Als eine besondere Fügung in der Bearbeitung der Geschichte der Schönebecker Juden kann es angesehen werden, dass die Synagogen-Gemeinde Magdeburg im Februar 1983 die Schönebecker Synagoge an die Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde der Stadt auf deren Anfrage hin verkaufte, nachdem dieselbe zu DDR-Zeiten als Arbeitsamt, Möbelverkaufsstelle, Turnhalle und Museum genutzt worden war. Von 1983 bis 1986 erfolgte die Rekonstruktion vorwiegend in Eigenleistung der Mitglieder der Gemeinde sowie mit begrenzter finanzieller und materieller Unterstützung des DDR-Staates. Nikolaj Tschalamoff, selbst Mitglied dieser Gemeinde, der sich in diesem Zusammenhang und auch im späteren Verlauf hohe Verdienste erworben hat, kann hier nicht unerwähnt bleiben. Am 3. und 4. Mai 1986 erfolgte die Einweihung unter der Überschrift „Zur Ehre Gottes“. Das war sein persönliches Herzensanliegen, nämlich dass Gott an diesem Ort wieder die Ehre gegeben wird. Das Haus erhielt den Namen „Schalom-Haus“, was so viel heißt wie „Haus des Friedens der Menschen mit Gott und untereinander“. Damit wurden die Geschichte der Schönebecker Juden und deren weitere Bearbeitung gleich einem Vermächtnis untrennbar mit dieser Gemeinde verbunden. Am 9. November 1988, dem 50. Gedenktag der „Reichspogromnacht“, wurde an der Fassade des Schalom-Hauses eine Gedenktafel angebracht. Sie trägt die Aufschrift: „Gedenke und vergiss nie!“ „Am 9. November 1938 zerstörten Faschisten das Innere der Synagoge. Nach der Restauration 1983–1986 wird hier wieder Gott geehrt“, so die Aufschrift. Später wurde auch die Fassade des Schalom-Hauses restauriert. Mit diesen Ereignissen war die Tür zur weiteren Bearbeitung der Geschichte weit geöffnet worden. Durch den Mauerfall am 9. November 1989 und die daraus folgende politische Wende eröffneten sich nun völlig neue Möglichkeiten, weitere Quellen einzubeziehen und die Aufklärung der Schicksale der Schönebecker Juden voranzutreiben.

Im Oktober 1991 besuchten die Juden Ernest und Judy Urman, geborene Lübschütz, Schönebeck, die Heimatstadt von Judy Urman. Es ist überliefert, dass eine Schülerin im Gespräch zu Urmans sagte: „Das, was Sie erzählen, glauben meine Eltern nicht.“



Das 1998 eingeweihte Holocaust-Mahnmal an der Schönebecker Stadtmauer

Das war der entscheidende Grundimpuls für das Ehepaar, das daraufhin den „Urman-Preis“ stiftete. Dieser wurde anfangs an Schüler der beiden Gymnasien der Stadt für Arbeiten, die sich mit der Geschichte der Schönebecker Juden befassten, in Höhe von 200 US-Dollar vergeben. Die Preisträger wurden von einer eigens dafür berufenen Jury ermittelt. Im Juli 1992 fand die erste Preisverleihung statt. In den folgenden Jahren wurden schließlich alle Schulen der Stadt mit Ausnahme der Grundschulen sowie das Gymnasium in Calbe (Saale) einbezogen. Es entstanden über die Jahre mehr als 60 Aufsätze und Exponate, die sich mit dem Leben der einzelnen Familien ausführlich befassten. Plötzlich erkannten Schüler, „das könnte ja meine Oma, das könnte ja mein Opa gewesen sein“. Das prägt sich tief ein und ist „Geschichtsunterricht zum Anfassen“ und somit ein ausgezeichnete Beitrag „Gegen das Vergessen“. Bis zum Schuljahr 2015/16 wurde dieser Preis Jahr für Jahr vergeben.

Ein überaus geschätzter Beitrag unter derselben Überschrift „Gegen das Vergessen“ war die Planung und Herstellung des Holocaust-Mahnmals an der Stadtmauer. Dazu wurde zunächst der Elbuferförderverein gegründet, unter dessen Dach sich die

Initiativgruppe „Holocaust-Mahnmal“ organisierte. Auch hier war Nikolaj Tschalamoff federführend. Der römisch-katholische Schönebecker Künstler Christof Grüger, der durch seine Arbeiten im gesamten deutschsprachigen Raum bekannt geworden ist, gestaltete diese 2,50 m hohe und 4,50 m breite Skulptur. Am 9. November 1998, dem 60. Jahrestag der „Reichspogromnacht“, übergaben der Landes-Rabbiner, Benjamin David Soussan, und der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reinhard Höppner, sie der Öffentlichkeit. Nikolaj Tschalamoff, Leiter der Initiativgruppe, überreichte das Mahnmal an diesem Tag der Stadt Schönebeck, vertreten durch den damaligen Oberbürgermeister Hans-Jürgen Haase. Außergewöhnlich ist die Aussage des Kunstwerkes: Die meisten der jüdischen Frauen, Männer und Kinder wurden in Konzentrationslagern ermordet. Die beiden stilisierten Hände aus matt belassenem Edelstahl, hinter denen ein unversehrter Davidsstern aus gleichem Material aufleuchtet, fangen sozusagen den davor stehenden, gewaltsam deformierten, zerrissenen Davidsstern aus rostigem Eisen auf. Dieser symbolisiert die Vernichtung preisgegebenen Menschen jüdischen Glaubens. Mit Laser-Technik herausgebrannt, sind die Namen der Holocaust-Opfer in die Handflächen und Finger eingegraben. Landesrabbiner Soussan sagt dazu: „Vernichtet, aber dennoch aufgenommen und eingeschrieben in die Hände des Allmächtigen. Wir vertrauen auf die Zusage Gottes durch seine Propheten: ‚Ich habe dich einen kleinen Augenblick verlassen; aber mit großer Barmherzigkeit will ich dich sammeln. Ich habe mein Angesicht im Augenblick des Zorns ein wenig vor dir verborgen; aber mit ewiger Gnade will ich mich deiner erbarmen, spricht der Herr, dein Erlöser.‘ (Jesaja 54, 7+8) Sein Volk Israel ist nicht verloren gegangen. Niemand wird es den Händen des Ewigen entreißen. ‚Ich vergesse dich nicht. Siehe! In meine Hände habe ich dich eingegraben.‘ (Jesaja 49, 16)“ Seit 1998 findet an jedem 9. November die Gedenkveranstaltung an diesem Mahnmal statt. Dass hier auch Schülerinnen und Schüler mit eigenen Beiträgen beteiligt sind, ist besonders hervorhebenswert. Es erklingt die israelische National-Hymne. Es werden die Namen der Opfer verlesen und das „Kaddisch-Gebet“ und der „Aaronitische Segen“ gebetet.

Nach einem Antrag der FDP-Fraktion im Schönebecker Stadtrat, der einstimmig beschlossen wurde, und der Gründung einer weiteren Initiativ-Gruppe ist es gelungen, mit den Stolpersteinen das größte Flächenmahnmal Europas auch auf Schönebeck auszuweiten. Der Schönebecker Geschichts-Lehrer Dr. Hans-Joachim Geffert führte mit

Leidenschaft und Ausdauer in Zusammenarbeit mit dem Stadt-Archiv die Vervollkommnung der Arbeit von Dr. Günter Kuntze fort. Das war eine wesentliche Voraussetzung für die Beantragung zur Herstellung der „Stolpersteine“³, die zu Recht einer umfangreichen Überprüfung der historischen Fakten unterzogen wurde. Dank der Unterstützung der Stadt Schönebeck wurde es in vier aufeinander folgenden Jahren ab 2011 möglich, insgesamt 79 Stolpersteine durch den Künstler Gunter Demnig aus Köln verlegen zu lassen. Dabei ist die Zusammenarbeit mit den Schulen und das Engagement der Schülerinnen und Schüler, die sich alles Mögliche einfallen ließen, um wieder das Geld für einen nächsten Stolperstein zusammen zu bringen, besonders hervorzuheben. Unvergesslich bleibt auch der Vortrag von Gunter Demnig über seinen eigenen Werdegang bis hin zur Herstellung der Stolpersteine, den er 2011 gehalten hat. Er inspirierte das Projekt der mit weißer Farbe auf die Straße aufgetragenen Spur „Hier verschwand ein Mensch“ im September 2011 durch eine Schüler-Gruppe der Lerchenfeld-Schule, die den Deportationsweg der Juden von Schönebeck bis nach Magdeburg kennzeichnete.

Weitere Initiativen zur Bearbeitung der Geschichte der Juden der Stadt Schönebeck (Elbe)

- 1992 Kreisverkehr am Ende der Friedrichstraße: Umbenennung in „Ruth-Lübschütz-Platz“⁴
- 1999 Gedenkveranstaltung am ehemaligen Außenlager „Julius“ des Konzentrationslagers Buchenwald in Schönebeck
- 2005 Reise nach Israel mit 12 Juden und 12 Christen
- 2008 Besuch von Schönebeck durch den Holocaust-Überlebenden Yehuda Spiegel, Israel
- 2008 Gravur des Namens der Stadt Schönebeck in einen Stein der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem
- 2011 Besuch von Afke Berger, Niederlande, Studentin für Geschichte mit einer Forschungsarbeit über ein Fotoalbum der Schönebecker Jüdin Ruth Weile⁵
- 2012 Besuch des Konzentrationslagers Auschwitz durch eine Schüler-Gruppe der Lerchenfeld-Schule
- 2013 Teilnahme einer Schülergruppe des Dr.-Carl-Hermann-Gymnasiums am bundesweiten Geschichtswettbewerb mit dem Titel: „Das Nachbarschaftsverhältnis zwischen Juden und Deutschen in Schönebeck“. Es entstand ein 45-minütiger

Film. Das Projekt erhielt im November 2013 den Preis des Bundespräsidenten Joachim Gauck

- 2014 Besuch einer Schülergruppe des Dr.-Carl-Hermann-Gymnasiums mit ihren Lehrern bei Judy Urman in Denver/Colorado, USA

Vom 7. bis 17. November 2019 fand in Schönebeck die erste Jüdische Woche statt unter dem Titel: „SCHALOM – Auf den Spuren jüdischen Lebens in Schönebeck (Elbe) – Eine Woche im Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus“. Sie wurde vom Salzlandkreis und der Stadt Schönebeck verantwortet und bot eine Vielzahl unterschiedlichster Veranstaltungen bei guter Resonanz in der Öffentlichkeit. Für diejenigen, die sich seit Jahren und Jahrzehnten mit der Bearbeitung der jüdischen Geschichte in Schönebeck befassen, war diese Woche wie eine Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit. Aufgrund der dringenden aktuellen Notwendigkeit und der Tatsache, dass es immer weniger Zeitzeugen gibt, ist sie zugleich Motivation, an diesem Thema auch in Zukunft konsequent weiter zu arbeiten und alle Kräfte „Gegen das Vergessen“ zu mobilisieren.

Anmerkungen

- 1 Johannes Golling, 1. Vorsitzender des Julius-Schniewind-Haus e.V., 39218 Schönebeck (Elbe).
- 2 Kuntze, Günter: Juden in Schönebeck. Kreismuseum Schönebeck, Schönebeck, 1991.
- 3 <http://www.stolpersteine.eu/>.
- 4 Ruth Lübschütz ist die Schwester von Judy Urman. Sie wurde im Oktober 1944 im KZ Auschwitz ermordet.
- 5 Ruth Weile: 1942 deportiert, im KZ Auschwitz ermordet.



Referent Frank Wolff im Gespräch mit der Moderatorin Ellen Schweda (MDR) während der Veranstaltung auf dem Freigelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn am 15. Juni 2021

Mit der Mauer leben: Eröffnung der Lesereihe „Gedanken im Grenzland“

Frank Wolff

Zur Erinnerung an den 60. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer initiierte die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt im Sommer 2021 die Lesereihe ‚Gedanken im Grenzland‘, die zu eröffnen ich die Ehre hatte.¹ Gedanken über Grenzen fassen viele Menschen, selten allerdings werden sie im Grenzland gefasst. Grenzen sind Orte der Trennung und des Übergangs. Wer sie betritt, hat selten Zeit für tiefgreifende Erörterungen über ihren Charakter, sondern ist mit den Regularien ihrer Überschreitung befasst. Dies ist oft ein emotionaler Moment, den der Chronist der Transiterfahrungen Friedrich Christian Delius rückblickend eindrücklich festhielt:

„Alle, denke ich, haben wir aufgeatmet, wenn wir die DDR, ihre Grenze und die westliche Kontrolle hinter uns hatten. Bei diesen Reisen gab es kaum etwas Schöneres als das

berauschende Gefühl, hinter Helmstedt endlich Gas geben zu dürfen [...] oder auf der Avus den weit leuchtenden Funkturm zu begrüßen. Das westliche Freiheitsgefühl, was wäre es gewesen ohne die Transiterfahrungen?“² Ich wurde eingeladen, meine „Gedanken im Grenzland“ an ebenjener Stelle zu fassen, an denen heute die Grenze kaum noch spürbar ist. Hinter der Gedenkstätte Marienborn brausen zahllose Autos und LKWs die A2 auf und ab. Auch ich gehöre als Berufspendler zwischen Berlin und Osnabrück oft zu diesen. Und doch erlebe ich diese wenigen Hundert Meter der A2 anders, als ihre anderen Hunderte von Kilometern. Hier vorbeirauschend grübelte ich jahrelang über diese Grenze, die Schwierigkeiten ihrer Überwindung – im physischen wie im metaphorischen Sinne. Heraus kam das Buch ‚Die Mauergesellschaft‘, eine deutsch-deutsche Geschichte von Teilung, Kontakt und Migration.³ Die Teilungsgeschichte ist eine Geschichte komplexer Erfahrungen, die nicht nur mich bis heute begleiten und so möchte ich mir im Folgenden anhand einiger Passagen dieses Buch ‚Gedanken im Grenzland‘ über das Erleben der Teilung machen.

Geteilte Erfahrungen

Das Buch beginnt mit einem Bericht des FAZ-Journalisten Dieter Hildebrandt über das Wiedersehen einer seit dem 13. August 1961 getrennten Berliner Familie, die sich dank der ersten Passierscheinregelung zu Weihnachten 1963 das erste Mal wiedersah.⁴ Nach der anfänglichen Freude zeigte sich allerdings schnell, wie unterschiedlich sie die Teilung bereits erlebten.

„Freuten sich die West-Berliner Gäste über die Besuchserlaubnis, sehnte der Ost-Berliner Vater dasselbe Recht für sich herbei – oder ‚wenigstens für alte Menschen‘. Seine westdeutschen Verwandten wiesen ihn ‚ein bißchen obenhin‘ zurecht. Er solle ‚nun aber nicht gleich zu viel auf einmal wollen, schließlich sei die Passierscheinvereinbarung doch schon eine großartige Sache‘. Der Hausseggen hing schief. Ging es darum, gemeinsam gleiche Rechte gegen die Existenz der Mauer einzufordern, oder vielmehr, Willy Brandt folgend, darum, die Mauer ‚transparent zu machen, so daß Westberlin sich mit ihr arrangieren kann und lernt, mit diesem verhaßten Monstrum zu leben‘?“⁵ In der Vorbereitung der Lesung aus „Die Mauergesellschaft“ blieb ich an dieser ersten Passage meines Buchs hängen. Eigentlich geht es mir bei dieser Quelle um die Bedeutung der Bewegungsfreiheit. Doch mit dem Blick auf das Erleben der deutschen Teilung sehe ich auf einmal noch ganz andere Aspekte. Schon hier, in Hildebrandts Bericht aus dem

Jahr 1963 finden sich langlebige Bilder: der unsichere, frustrierte Ostberliner, der etwas großspurige, beherrschende Westberliner; das Gefühl zu kurz zu kommen, das Gefühl, der andere sei nicht dankbar. Gleichzeitig aber freuen sich alle, überhaupt zusammenzukommen.

Viele der Stereotypen, die seit den 1990er Jahren die Einigung begleiten, waren hier bereits angelegt. Geschichte kann kein Rezept gegen diese Denkschemen liefern, aber es ist eine potentielle Stärke historischer Arbeit, Verständnis für die Vielfältigkeit dessen zu entwickeln, was man gerne als überwunden empfindet, was jedoch in den Gedanken und Biografien der Menschen weiterhin eine Rolle spielt. Dies sind nicht nur direkte Erfahrungen, sondern auch Erzählmuster, Figuren, Narrative. Wie wir von Ost und West sprechen, oder von ‚der Mauer‘, ist entscheidend für ihre Bewertung.

Mich interessieren diese Erzählmuster, diese Narrative. Sie sind vereinfachend, aber sie sind, wie die Wissenssoziologie darlegt, menschlich notwendig, weil sie es ermöglichen, dem Erlebten Sinn zuzuschreiben⁶. Sie ordnen eine für uns viel zu komplexe Welt. Anstatt die ‚Sprache der Zeit‘ zu belächeln, können wir, wie Niklas Luhmann sagte, den Beobachter beobachten, um die Gesellschaft zu verstehen.⁷ Dieser arkan klingende wissenssoziologische Lehrsatz hat für das vorliegende Thema eine ganz praktische Bedeutung: Es gab kein einheitliches Erleben der Teilung. Zu oft denken wir zu wissen, was die Teilung bedeutete, zu wenig denken wir über die Narrative nach, mit denen die Menschen ihr Erleben der Mauer zu begreifen versuchten.

bleiben als erste Bürgerpflicht

Nehmen wir eine Ikone der Erinnerung: Wohl bekannt sind die rechtfertigenden Slogans der SED vom „antifaschistischen Schutzwall“ gegen die „Bonner Kriegstreiber“. Das klingt fürchterlich plakativ – heute wie damals. Der Kalte Krieg war aber auch eine Zeit plakativer Slogans, hinter denen komplexe Narrative standen. So auch hier. Diese Sprache war ein Weg der SED, sich und die DDR über die Abgrenzung vom nationalsozialistischen Unrecht zu legitimieren. Der praktische Sinn leitete sich dann aus der Schlussfolgerung ab: Wer Ausreisen wollte, stellte die „Friedenspolitik“ infrage. Weniger dem schnell zur Sprachkarikatur verkommenen Slogan vom „antifaschistischen Schutzwall“, wohl aber der dahinterstehenden staatspolitischen Ratio der Migrationsunterbindung stimmten viele DDR-Bürger zu.⁸ Und auch in der Bundesrepublik kreuzte dieser Gedanke immer wieder durch Recht, Politik und Diskurs, sei es in der

rechtlichen Unterscheidung zwischen „echten“ Flüchtlingen, also Vertriebenen, und DDR-Übersiedlern⁹ oder immer, wenn auf einmal viele DDR-Bürger „rübermachten“. „Die Deutschen kommen!“ titelte der Spiegel 1984 und „Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“. ¹⁰ Dass doch nicht jeder gehen und kommen könne, wie er wolle, prägte in der DDR das sonst höchst unterschiedliche Denken sowohl der Staatsführung als auch wichtiger Oppositionsgruppen. ¹¹ Man habe eine Verantwortung dem Staate gegenüber, egal wie man zu ihm stehe. Man kann vom weitgehend akzeptierten Diktum „Bleiben als erste Bürgerpflicht“ sprechen. Die SED präsentierte diese Argumentation vor dem Hintergrund von Kriegserfahrung und Kriegsangst und lagerte in antifaschistischer Geste zugleich die deutsche Verantwortung für den Nationalsozialismus mit dem Argument der kapitalistischen Wurzel des Faschismus gen Westen aus. ¹² Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, warum die Ausreise ein derart explosives deutsch-deutsches Thema war. Es ging nur unmittelbar um Mobilität, mittelbar aber um die Lehren aus der deutschen Geschichte und als drohende Szenerie am Horizont letztlich den angeblichen Konflikt von „Frieden“ versus „Freiheit“, über dem immer das Damoklesschwert des Dritten Weltkriegs hing. ¹³

Die unbewältigte Nazi-Vergangenheit

Zugleich bedeutet dies aber auch, dass wir die Ausreise nur verstehen, wenn wir auch die Westseite und deren Sprache im Blick haben. Und diese reagierte auf den Mauerbau mit der Rede vom „KZ-Staat“. ¹⁴ Dieses, wohl vom Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thedieck, geprägt Slogan geisterte nicht nur durch die politische Sprache, sondern wirkte auch in Kunst und Kultur.

Dies beschreibe ich in meinem Buch anhand des wohl ersten Buchs zum Mauerbau, welches der aus Dresden stammende und in West-Berlin lebende Autor Wolfgang Paul noch 1961 veröffentlichte. Die Fotografie eines Maurers, der die Fenster der „Grenzhäuser“ zumauert, untertitelt er mit „Fleißig am Sonntag – Ein Konzentrationslager darf keine Fenster haben.“ ¹⁵ Diese Kontextualisierung der Mauer führt Paul an anderer Stelle im Buch weiter aus: ¹⁶

„Dampf hallt der Klang der Freiheitsglocke vom Rathausturm. Die Mauer wächst. [...] Die Juden hatten ihre Klagemauer in Jerusalem. Nach der Zerreißung der Stadt fiel diese Klagemauer an Jordanien, aber die Israelis hatten nun ihren freien Staat. Sie bedurften der Klagemauer nicht mehr. Wir können unsere Klagemauer noch besuchen.“ So wie

die Jerusalemer Klagemauer für den ewigen Bund der Juden mit Gott stehe, verkörpere nun die ‚Berliner Klagemauer‘ das deutsche Freiheitsstreben. Derart religiös überhöht verdrehte Paul den Mauerbau zum quasidiasporischen Weltschmerz. Vor allem aber legte er die Schlussfolgerung nahe, das Schicksal des geteilten deutschen Volkes sei unglücklicher als das der Juden nach dem Zweiten Weltkrieg, die letztlich in der eigenen Staatlichkeit doch ihr Happy End gefunden hätten. Deutlicher konnten sich Deutsche – keine zwei Jahrzehnte nach dem Holocaust – kaum als die neuen Juden und die wahren Opfer der Zeitgeschichte inszenieren, ohne dabei allerdings öffentliches Interesse am Judenmord zu zeigen.¹⁷ Die bereits am Tag nach dem Mauerbau in Reden von so unterschiedlichen Politikern wie Willy Brandt, Konrad Adenauer oder Heinrich von Brentano eingeführte Metapher des Konzentrationslagers der DDR erlaubte es, Flüchtlinge aus der DDR NS-Opfern gleichzustellen.¹⁸ „Diese Gleichsetzung entsprach in mehrfacher Hinsicht deutschen Sentimenten. Durch eine klare Schuldzuschreibung schob sie erstens die Schuld an der Teilung weit nach Osten, auf Ulbrichts Schreibtisch und nach Moskau. Zur Sicherheit teilte das Wirtschaftsministerium zudem mit, dass laut Statistischem Bundesamt seit fünf Jahren kein Stacheldraht mehr in die Sowjetische Besatzungszone geliefert worden sei.“¹⁹

Zweitens verdeckte nun ausgerechnet die deutsche Teilung die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges. Nur im Rahmen einer solchen Bewertung konnte mit Konrad Adenauer ein deutscher Bundeskanzler auf dem CDU-Parteitag 1962 die Sowjetunion als den ‚aggressivste[n] kommunistische[n] Staat‘ und die ‚Russen‘ als ‚das kriegerischste Volk des letzten Jahrhunderts‘ geißeln.²⁰

Beim Sprechen über die Mauer ging es nie nur um diese Grenzanlage. Vielmehr war dies auch eine Möglichkeit, die später von Thomas Brasch gestellte, grundlegende Frage der Nachkriegsgeschichte „welche Chancen die kaputte deutsche Geschichte nach 1945 überhaupt noch übriggelassen hat“²¹ eben gerade nicht zu stellen, indem man diese Geschichte jeweils auf die andere Seite der Mauer auslagerte. Schon allein deswegen war die Mauer nie nur die Grenze der DDR, sondern ein gesamtdeutsches Problem von der hohen Politik bis in die Wohnzimmer in Dresden und Detmold. Ich spreche darum von der Berliner Mauer oder der innerdeutschen Grenze als konkreten Orten, verstehe aber unter der Mauer in der „Mauergesellschaft“ einen Zustand, welcher das geteilte Deutschland im Kalten Krieg definierte, in Deutungen und Aushandlungen zwang.²²

Generationen der Teilung

Dies führt mich zurück zur Ausgangsfrage: Wie können wir uns dem Erleben der Teilung nähern? Sie dauerte lange, aus relativ jung wurde relativ alt. Und gleich zu Beginn meiner Untersuchung fand ich, dass sie anfangs vor allem für Hochbetagte erschütternd sein konnte.

Wir gedenken in diesem Jahr dem 60. Jahrestag des Mauerbaus. Begeben wir uns gedanklich zurück in diesen Sommer 1961. Die innerdeutsche Grenze war bereits verriegelt, auch ganz im Grenzland um Marienborn und ganz in der Nähe waren Zicherie und Böckwitz bereits geteilt. Das Hauptproblem des SED-Staates war die offene Grenze, das unorganisierte Abwandern qualifizierter Arbeitskräfte.²³ In der Recherche zur „Mauergesellschaft“ fielen mir aber noch ganz andere Fälle auf. Das Ehepaar Vlöttke*²⁴ in Kleinmachnow an der Grenze zu Westberlin, beide in Rente und schwer krank, verstanden schon in den späten 1950er Jahren, dass sie Hilfe von ihren im Westen lebenden Kindern brauchten.²⁵ Sie beantragten die Übersiedlung, und bekamen sie im Frühjahr 1961 bewilligt, da sie krank und nicht mehr arbeitsfähig waren. Sie verschifften ihr gesamtes Wohngut und als sie endlich ihrem Hab und Gut folgen konnten, überraschte sie der Mauerbau. Denn am 13. August 1961 stampfte die SED nicht nur Mauern aus Beton aus dem Boden. In meinem Buch erkunde ich die weitaus weniger bekannten neuen „Papiermauern“, die wandelhaften und komplexen Regeln und Diskurse zur Verhinderung auch nur des Gedankens an Ausreise.²⁶ Die Vlöttkes* hingen fest. Alt, krank und nun auch völlig mittellos mussten sie neue Anträge stellen, für die es noch keine Prozeduren gab. Nach einigen Monaten schrieb ein lokaler Verwaltungsbeamter ans Ministerium, sie mögen doch bitte die Genehmigung bekommen. „Das Ehepaar haust alleine in einer leeren Wohnung.“ Sie waren nicht alleine. In meiner Arbeit fand ich viele Fälle solcher „Gestrandeter“, meist 80 oder 90 Jahre alt.²⁷ Viele verstarben vereinsamt. Es ging also nicht nur um Arbeitskräfte, sondern ums Prinzip. Die DDR begann in für sie letztlich fataler Art, ihr Verständnis von Souveränität an ihre Staatsgrenze zu knüpfen. Ebenso traf der Mauerbau zahlreiche Kinder und Jugendliche hart, die sich beispielsweise länger bei ihren Großeltern im Osten aufgehalten hatten, und nun nicht mehr zu ihren Eltern im Westen konnten.²⁸ Dachte das Innenministerium anfangs noch, das Problem wäre klein und würde sich „auswachsen“, ging es in den Verhandlungen zum deutsch-deutschen Grundlagenvertrag noch um Tausende solcher Kinder – nun gewürzt mit der Aussicht auf die sogenannten „Mündelgelder“, also westdeutsche Zahlungen in

harten Devisen.²⁹ Dazu kamen Familien, die von der Mauer getrennt wurden. Der Mutter von Ulrike Malpas*, um ein Beispiel zu nennen, wurde Anfang der 1960er die Ausreise verweigert, weil ihr in Hamburg lebender Vater Italiener und kein Bundesbürger war. Ulrike musste ohne Vater in der DDR aufwachsen, machte eine Lehre bei Minol, heiratete und wurde Tankwartin in Ost-Berlin. So steht ihr Fall einerseits für die Härte, aber auch für die Normalität des Lebens mit der Teilung. Diese Ambivalenz prägte das Erleben der Teilung in Ost und West.

Trotz dieser Vielfalt können wir mit Blick auf prägende generationelle Unterschiede gewisse Muster erkennen.³⁰ In den 1950er Jahren nötigte das Schlupfloch Berlin die Menschen in der DDR de facto immer wieder dazu, eine Stellung zum „Gehen oder Bleiben“ zu beziehen. Dies nahm ihnen der Mauerbau gewissermaßen ab. Sie konnten sich ärgern, aber nichts dran ändern. In der Tat beruhigte sich die gesellschaftliche Lage. Zudem hatten die Erwachsenen der 1960er Jahre einen gewissen Aufschwung erlebt, oft auch einen biographischen Aufstieg durch die gezielte Förderung der Bildungswege von Arbeiterkindern. Sie erlebten neue Freiheiten, aber auch zahlreiche Einschränkungen. Auch ihre Kinder lernten, sich in der Teilung einzurichten. Dies galt auch für die Menschen im Westen. Erreichten Initiativen und Aufrufe, sich durch Briefe und Päckchen national verbunden zu zeigen, noch die ältere Generation, nahm dies unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen der 1960er Jahre deutlich ab.³¹ Koordinierte Programme jenseits des familiären Weihnachtspäckchens spielten spätestens ab der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler keine entscheidende Rolle mehr. Insbesondere die Generation der Nachkriegsgeborenen ist zentral, um die Geschichte des geteilten Deutschlands und der DDR zu verstehen – und zwar sowohl das bemerkenswert lange Überdauern des Staates sowie dessen rapides Ende in den 1980er Jahren.³²

Was hieß die Existenz der DDR in längerer Sicht für sie? Sie kannten Deutschland nur geteilt. Sie hatten die andere Seite weder gesehen, noch eine Aussicht auf mehr. Oder genauer gesagt: Sie hatten kaum mehr erlebt, denn gesehen hatten sie allerdings vielmehr.³³ Westliches Fernsehen und vor allem Radioprogramme waren fast überall empfangbar; eine Tatsache, der sich die Programmdirektoren bestens bewusst waren. Der westliche Kapitalismus hatte zwei Arten von Schaufenstern: Eines für die Kunden, und eines im Kalten Krieg. Hier stand Deutschland im Zentrum. Selbst im berühmten „Tal der Ahnungslosen“ besaß man ein wenngleich imaginiertes aber scharfes Bild des Westens.³⁴ Und dessen Kernaussage war, den Menschen in der DDR würde etwas vorenthalten.

Dies mischte sich mit erlebtem Frust. Nur Wenige aus dieser Zwischengeneration erfuhren ein Aufstiegserlebnis wie ihre Eltern, die in der DDR vielleicht nicht gleich eine Utopie, wohl aber eine akzeptable Lebensmöglichkeit sahen. Der Historiker Stefan Wolle nannte die Phase nach dem Mauerbau den „Aufbruch in die Stagnation“.³⁵ Ein aussagekräftiges Bild, denn spätestens ab den 1970er Jahren gab es in der Tat einen spürbaren politischen und ökonomischen Aufbruch: UN-Vollmitgliedschaft, Teilnahme an der KSZE auf Augenhöhe, Staatskirchenvertrag, neue Produkte und ein etwas freieres Reisen als Beispiele. Dagegen aber stand eine stagnierende Lebenserfahrung: Verweigerung von Menschenrechten, fehlende Umsetzung der KSZE-Regeln, Ausgrenzung oppositioneller Kirchengruppen, lange Schlangen und eben keine Reisefreiheit.³⁶ Gerade weil diese Generation oft eine höhere Bildung als ihre Eltern genossen hatte, spürte sie die Fesseln des Staates umso fester. Die ab den späten 1970er Jahren einsetzende Ausreisewelle speiste sich vor allem aus der Erkenntnis einer Generation, dass ihr Leben mit Mitte 30 stagniere.³⁷ Schlimmer noch: Sie wussten, dass sie diese Stagnation an ihre Kinder weitergeben würden. Diese wuchsen als dritte Generation der DDR in eine angespannte Situation hinein. Es gab eine vollkommen entfaltete Lebenswelt, aber man blickte ständig auf den Zaun drumherum. Die einen verteidigten ihn deswegen umso heftiger, die anderen litten unter ihm. Die unerfüllten Versprechen begannen zu herrschen, getragen vom wachsenden Bewusstsein, dass diese nie erfüllt werden würden.

Die Macht des Trivialen

Solche Konflikte ließen den Wiener Historiker Philipp Ther die Ausreisenden und Mauerflüchtlinge als „Ikonen des Kalten Kriegs“ bezeichnen.³⁸ Denn im Erleben der Teilung wurden globale Narrative des Kalten Kriegs ganz persönlich spürbar. In der komplizierten Motivlage war Konsum ganz entscheidend. Damals und im Rückblick wird dies meist verächtlich kommentiert. Aber diese Kritik am „Götzen D-Mark“ geht am Erleben dieser Zeit vorbei: In Konsummöglichkeiten steckte nicht nur die Häufung von Überfluss, er drückte Möglichkeiten der Lebensgestaltung aus. Hier wurde die wachsende Differenz der Lebensstandards trotz der steten Verbesserungen in der DDR sichtbar. So lag das MfS in einer Sache ganz richtig: Das Weihnachtspäckchen, die Postkarte aus dem Urlaub, der Brief aus dem Westen waren in der Tat auch Werbung für den Westen. Das galt insbesondere, wenn die Person, die dies abschickte, selbst aus der DDR

kam. Vor allem befürchtete das Ministerium für Staatssicherheit Rückverbindungen von Ausgereisten, wie sie beispielsweise der 1984 ausgereiste Fernsehausstatter Detlef Hildermann* mit seinem noch um die Genehmigung kämpfenden Kollegen Georg Berg* pflegte. Hildermann* schrieb, das „Leben in der Bundesrepublik sei zwar ‚wie beim Puzzel [sic]‘, aber als Lagermeister und – noch wichtiger – dank der Wohnungskredite vom Staat hätte er sich für nur 500 DM einen gebrauchten Opel Rekord leisten können. Er besaß, so der Subtext, also nicht nur bereits kurz nach seiner Ausreise ein von vielen in der DDR erträumtes Westauto, sondern es kostete zudem nur einen Bruchteil der horrenden Schwarzmarktpreise für einen Trabant oder Wartburg in der DDR. Hildermann* fuhr fort: ‚Das Autofahren hier macht mehr Spaß. Ich presche durch den Großstadtverkehr von Dortmund, ob mit Pkw oder Lkw, wie ein alter Dortmunder. Klasse ist ja das Autobahnnetz. Die Strecke Dortmund–München ist nicht so strapazios wie Görlitz–Berlin. [...] Meinen Mossi [kurz für: Moskwitsch, ein Automobilhersteller in Moskau] habe ich [noch in der DDR] einem Kollegen verkauft. Der war weg mit heißem Motor. Mein Opel geht aber besser.“³⁹

Das (durch Markierungen erkenntliche) Augenmerk des MfS lag insbesondere auf folgender Passage, in der Hildermann* seinen Kollegen Berg* ermutigte, seine Bemühungen durchzuhalten:

„Mag sein, daß wir viel Glück hatten und haben, aber man kann es nicht begreifen, [...] was hier möglich ist. Man hätte diesen Schritt schon 10 Jahre eher gehen sollen. [...] Mußt nicht so lange warten wie ich.‘ [...] Vor allem aber ließ das MfS den Brief im Archiv verschwinden. Es war zu riskant, Berg* davon träumen zu lassen, selbst eines Tages mit unerhörten 160 Sachen über die A3 zu brettern. Die Gefahr der Netzwerke und der Rückverbindungen lag in ihrer Trivialität.“⁴⁰ Dieser Trivialität spüre ich in „Der Mauergesellschaft“ in vielerlei Form nach. Letztlich erwuchs aus dem anfangs erwähnten Gedanken Willy Brandts, die Mauer transparenter zu machen. Dies vor allem für Westberliner und später für Bundesbürger zu erreichen, stand im Zentrum seiner Bemühungen und der nachfolgenden Regierungen. Denn daraus resultierten neue Reismöglichkeiten. Es entstand eine auf den ersten Blick paradoxe Situation: Die Mauern aus Beton und Papier wurden ab den 1970er Jahren stets modernisiert, wuchsen immer höher. Zugleich öffneten sich durch die Internationalisierung der deutsch-deutschen Beziehung immer mehr Nischen für Reisen und Kontakte. Diese Kontakte waren ein zweischneidiges Schwert. Sie führten persönlich zusammen, zeigten aber auch die

Unterschiede. Dies führt uns zurück an den Anfang meines Vortrags und meines Buchs, das weihnachtliche Treffen 1963.

„Nie wurde‘, vermerkte der ernüchterte Beobachter Hildebrandt, ‚daß man getrennt war und getrennt sein würde, so spürbar, wie in den Stunden des Beisammenseins.‘ Glücklicherweise besänftigten sich die Gemüter an diesem Tag wieder. ‚Weißt du‘, erklärte der sich eingesperrt führende Vater, ‚manchmal packt einen eben doch die Wut, wenn man gar nicht raus kann.‘“⁴¹

Geteilte Erfahrungen

Diese ambivalente Bewusstwerdung wiederholte sich in anderen Familien im Lauf der Jahrzehnte immer wieder. Und als die staatliche Trennung überwunden war, als alle „raus konnten“, wandelte sich dies vom Erleben der Teilung zum Erleben von Unterschieden. Und wie 1963 traten diese wohl auch deswegen so stark hervor, weil es so viele Gemeinsamkeiten gab. Beides war in der Teilung angelegt und beides bestimmt, wie wir uns der Einheit nähern. Angesichts heute millionenfacher Mobilität und nach wie vor sehr unterschiedlicher Positionen zu Teilung und Mauer möchte ich dafür plädieren, auf den Stand der Einheit weniger anhand der Frage „Wer kommt von wo?“ zu blicken, sondern auf Fragen umzustellen, bei denen wir uns alle zuhören müssen. „Wer musste was lernen?“ wäre eine meines Erachtens weiterführende Frage, denn sie gilt Menschen in Ost und West, mit Migrationserfahrung und ohne gleichermaßen.

Der dem älteren romantischen Selbstbefreiungsmotiv mittlerweile entgegenstehende kritische Einheitsnarrativ, den jüngst der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk im Buchtitel „Die Übernahme“ bündelte,⁴² ist in letztlich provinziell und global zugleich. Diese Erzählung beruht auf der Wahrnehmung, dass die „neuen Bundesländer“ einer einseitigen, gewaltigen Transformation ausgesetzt gewesen seien, während zugleich die ganze Welt in die neue multipolare Weltordnung zerfiel. Und in all dem Trubel soll die alte Bundesrepublik die gleiche geblieben sein?⁴³ Während dies zahlreiche individuelle ostdeutsche Erfahrungen und westdeutsche Selbstwahrnehmungen aufgreift, reduziert es zugleich den massiven Wandel auch der „Bonner Republik“ hin zur „Berliner Republik“ auf eine sich erweiternde Bundesrepublik.⁴⁴ Wäre es da nicht sinnvoller, die Teilung und die Einheit, um mit dem Direktor des Potsdamer Zentrums für Zeithistorische Forschung, Frank Bösch, zu sprechen, viel stärker als eine im doppelten Wortsinn „geteilte Geschichte“ zu begreifen⁴⁵ – als einen gemeinsamen Wandel im Laufe mehrerer Jahrzehnte?

Gedanken im Grenzland

Ich nenne mein Buch „Die Mauergesellschaft“ und meine damit nicht nur die DDR, sondern das geteilte Deutschland im Kalten Krieg. Eine durchgrenzte Gesellschaft. Mit der Mauer umzugehen, ihre Existenz auszuhandeln, bestimmte Deutschland in Ost und West und im Kalten Krieg, sei es weil man sie bauen, sie durchbrechen oder ignorieren wollte. An ihrer Existenz aber führte kein Weg vorbei.

Dies erlaubt schlussfolgernd zwei aufeinander bezogene „Gedanken im Grenzland“: zum einen zum Ende der DDR und zum anderen, wie es Volker Heins jüngst in seinem buchgewordenden Plädoyer für eine humane Grenzpolitik bereits aufgriff,⁴⁶ auch über das Wesen von Grenzen.

„In der langen Geschichte der Mauergesellschaft zeigt sich also auch, um die wichtige Beobachtung des Historikers und Migrationsforschers Peter Gatrell aufzugreifen, dass Flüchtlinge nicht nur Staaten schaffen, sondern eben auch zum Einsturz bringen können – und zwar durch Abwanderung, wohingegen sie die Position des Ziellandes stärken.⁴⁷ Die Wurzel des Umsturzes in der DDR ruhte allerdings nicht allein im Faktum von Flucht und Migration. Ebenso wichtig war der Irrglaube, dass eine Grenze – also eine Mauer – auf Dauer Stabilität in ein hochgradig aufgeladenes Migrationsverhältnis bringt.“⁴⁸

Dies führt zu einem zweiten Gedanken, in dem das Buch ‚Die Mauergesellschaft‘ seinen Gegenstand der deutschen Teilungsgeschichte aufgreift und darüber hinaus verweist. Somit ist dieses Buch auch ein empirisches Plädoyer für die Erkenntnis, dass die Abschottung vor Migration durch hermetische Grenzen und menschenrechtswidrige Papiermauern dauerhaft weder Staaten stabilisieren noch Ökonomien schützen, noch Gesellschaften formen kann. Aus sozialhistorischer Sicht besitzen sie vor allem destruktives Potential, das Bindungen zerschneiden will, aber keine konstruktiven Fähigkeiten, neue Gesellschaften ohne Zwang zu erschaffen. Es ist nicht so, dass sich ein Staat eine Grenze schafft, die seinen Idealen und Normen entspricht. Vielmehr fordert die Grenze eine ihrem Charakter entsprechende Gesellschaft ein. Grenzen verleihen keine Kontrolle – sie benötigen sie. Eine Mauer beruht auf Menschenrechtsverstößen und bedarf einer Gesellschaft, die diese akzeptiert.“⁴⁹

Über historische Reflexionen zum Mauerbau hinaus soll die Lesereihe „Gedanken im Grenzland“ dem Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Maik Reichel, zufolge zum Nachdenken darüber anregen, „was Mauern mit Menschen

machen“. Das ist in der Tat die wichtige Frage. Die Geschichte des geteilten Deutschland zeigt dahingehend, dass Mauern nicht nur etwas mit jenen Menschen machen, die sie überwinden oder verteidigen wollen, sondern sie verändern vor allem jene Gesellschaft, zu deren angeblichen Schutz sie errichtet werden. Mauern und Menschenrechte sind inkompatibel. Mehr noch, Mauern und Ehrlichkeit sind inkompatibel.

Mein Eröffnungsvortrag der Reihe fiel auf den 60. Jahrestag von Walter Ulbrichts berühmter Aussage, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu bauen. Das war gelogen. Heute denken wir gerne, in einer Welt ohne Mauern zu leben. Auch das ist nicht wahr. Zu Mauern ausgebaute Staatsgrenzen überziehen die Welt wie nie zuvor.⁵⁰ Sie können in verschiedene Richtung gewendet sein, sie können aus Ziegelstein bestehen, aus Gussbeton, aus Stacheldraht oder Wüstensand – oder auch aus Wasser. Ihr Wesenskern liegt nicht im Material, sondern im Eingeständnis von Ohnmacht, indem sie die soziale Frage der Migration mit dem militärischen Mittel der gesicherten Abschottung lösen wollen.

Unser Gedenken an den Mauerbau ist seit 30 Jahren von der Erleichterung begleitet, dass der üble Spuk vorbei sei. Das stimmt in Marienborn, aber die brutale Idee der Mauer macht gerade eine Weltkarriere. In der Erinnerung an den 60. Jahrestag des Baus der „Berliner Mauer“ sollten wir darum auch die Frage stellen, was diese neuen Mauern mit jenen Gesellschaften machen, die sie errichten.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Text ist die überarbeitete Fassung meines Vortrags mit Lesungselementen zu meinem Buch „Die Mauergesellschaft“, gehalten an der Gedenkstätte Marienborn am 15. Juni 2021. Mein Dank gilt der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt und der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn für die Einladung sowie Ellen Schweda und den Gästen für die anregende Diskussion.
- 2 Delius, Friedrich Christian: An der Grenze, in: Ders.: Tanz durch die Stadt: Aus meinem Berlin-Album, Berlin 2014, S. 46–49, S. 49.
- 3 Wolff, Frank: Die Mauergesellschaft: Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989, Berlin 2019.
- 4 Hildebrandt, Dieter: Die Mauer ist keine Grenze: Menschen in Ostberlin, Düsseldorf Köln 1964, S. 176.
- 5 Auszug aus Wolff: Die Mauergesellschaft (wie Anm. 3), S. 9; sämtliche Zitate zum Treffen nach Hildebrandt:

- Die Mauer ist keine Grenze (wie Anm. 4), S. 176; das Zitat Willy Brandts nach Merseburger, Peter: Willy Brandt: 1913 – 1992: Visionär und Realist, München 2002, S. 436 – 437.
- 6 Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt am Main 1969; Knoblauch, Hubert: Wissenssoziologie, 3. überarb. Aufl, Konstanz 2014, S. 16 – 17.
- 7 Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven, Opladen 1990, S. 7 – 11.
- 8 Siehe hierzu jüngst: Rauh, Robert: „Die Mauer war doch richtig!“: Warum so viele DDR-Bürger den Mauerbau widerstandslos hinnahmen, Berlin 2021.
- 9 Ackermann, Volker: Der „echte“ Flüchtling: Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995; Wolff, Frank: Deutsch-deutsche Migrationsverhältnisse: Strategien staatlicher Regulierung 1945–1989, in: Oltmer, Jochen (Hg.): Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin, Boston 2016, S. 773-814.
- 10 Siehe: Die nehmen uns die Arbeitsplätze weg, in: Der Spiegel 14, (1984), S. 17 – 22 sowie das Titelblatt der entsprechenden Ausgabe.
- 11 Ausführlicher hierzu in Wolff: Die Mauergesellschaft (wie Anm. 3), S. 791 – 808.
- 12 Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung: die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998; Hammerstein, Katrin: Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen 2017.
- 13 Siehe hierzu u.a. die von der DDR für westliche Touristen in Ostberlin verfasste, mehrsprachig verteilte Broschüre Warum Mauer – wie lange Mauer?, Berlin (Ost) 1963; ausführlicher dazu Wolff: Die Mauergesellschaft (wie Anm. 3), S. 247 – 257.
- 14 Thedieck, Franz: Sowjetzone größte Gefahr für den Frieden, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1961), H. 195, S. 1837.
- 15 Paul, Wolfgang: Mauer der Schande, München, Eßlingen 1961, S. 31.
- 16 Die entsprechenden Zitate aus: Ebd., S. 17f.
- 17 Auszug aus Wolff: Die Mauergesellschaft, S. 244 – 245.
- 18 Wolff, Frank: KZ-Rhetorik: Der Westen, die Nazis und die Mauer, in: Posselt, Isabel / Säler, Gerhard / Wichmann, Manfred (Hg.): Inszeniertes Leid: Das Gedenken an die Maueropfer im West-Berlin des Kalten Krieges, Berlin 2021, S. 14 – 19.
- 19 Kein Stacheldraht aus der Bundesrepublik, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1961), H. 153, S. 1478.
- 20 Auszug aus Wolff: Die Mauergesellschaft (wie Anm. 3), S. 245; das Zitat Adenauers nach Foschepoth, Konrad: Die Einheit Deutschlands in der Politik Konrad Adenauers, in: Hübsch, Reinhard (Hg.): Als die

- Mauer wuchs: Zur Deutschlandpolitik der Christdemokraten 1945–1970, Potsdam 1998, S. 112–125, S. 115.
- 21 Zit. n. Mettke, Jörg-R.: „Gleicher Abstand zu beiden Seiten“, in: Der Spiegel 29 (1978), S. 141–146, hier S. 146.
- 22 Wolff: Die Mauergesellschaft, S. 25f.
- 23 Major, Patrick: Going West: The Open Border and the Problem of Republikflucht, in: Major, Patrick / Osmond, Patrick (Hg.): The Workers' and the Peasants' State: Communism and Society in East Germany under Ulbricht 1945–1971, Manchester [u.a.] 2002, S. 190–208.
- 24 Mit Sternchen * gekennzeichnete Namen sind anonymisiert.
- 25 Bundesarchiv Berlin (BArch Berlin), DO 1, 13/522, Bl. 6.
- 26 Zum Konzept, siehe Wolff: Die Mauergesellschaft (wie Anm. 3), S. 30–34.
- 27 Die zitierten Fälle entstammen der Recherche in den Akten des Ministeriums des Innern, BArch Berlin, DO 1. Die vollen Angaben zu den jeweiligen Fundstellen sowie weitere Fälle in Ebd., S. 179–190.
- 28 Zu den erwähnten Fällen, siehe Ebd., S. 196–208.
- 29 Siehe hierzu die Verhandlungen zum Grundlagenvertrag z.B. wiederkehrend in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), MfAA G-A, 291-6.
- 30 Generationalität ist ein beliebter Ansatz sich strukturiert der DDR-Gesellschaft zu nähern, ohne die Vielfalt aus dem Blick zu verlieren; vgl. z.B. Wierling, Dorothee: Geboren im Jahr Eins: Der Jahrgang 1949 in der DDR: Versuch einer Kollektivbiographie, Berlin 2002; Satjukow, Silke: Hennecke: Ikone der Aufbaugeneration und des „neuen Menschen“ in SBZ und DDR, in: Paul, Gerhard (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 1: 1900 bis 1949, Göttingen 2008, S. 768–775; Fulbrook, Mary: Dissonant Lives: Generations and Violence through the German Dictatorships, Oxford [et al.] 2011.
- 31 Soch, Konstanze: Eine große Freude? Der innerdeutsche Paketverkehr im Kalten Krieg (1949–1989), Frankfurt/Main, New York 2018.
- 32 Port, Andrew I.: Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Berlin 2010.
- 33 Meyen, Michael: Kollektive Ausreise? Zur Reichweite ost- und westdeutscher Fernsehprogramme in der DDR, in: Publizistik. Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 47 (2002), H. 2, S. 200–220; Hochmuth, Hanno: Feindbild und Leitbild: Westfernsehen in der DDR, in: Aust, Martin / Schönplugh, Daniel (Hgg.): Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main 2007, S. 271–292.
- 34 Stiehler, Hans-Jörg: Leben ohne Westfernsehen: Studien zur Medienwirkung und Mediennutzung in der Region Dresden in den 80er Jahren, Leipzig 2001.

- 35 Wolle, Stefan: Aufbruch in die Stagnation: die DDR in den Sechzigerjahren, Bonn 2005.
- 36 Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972 – 1985: Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München 2012.
- 37 Hürtgen, Renate: Ausreise per Antrag: Der lange Weg nach drüben. Eine Studie über Herrschaft und Alltag in der DDR-Provinz, Göttingen 2014.
- 38 Ther, Philipp: Die Außenseiter: Flucht, Flüchtlinge und Integration im modernen Europa, Berlin 2017, S. 249.
- 39 Auszug aus Wolff: Die Mauergesellschaft (wie Anm. 3), S. 759f.
- 40 Auszug aus ebd., S. 760.
- 41 Auszug aus ebd., S. 9f.; sämtliche Zitate zum Treffen aus: Hildebrandt: Die Mauer ist keine Grenze (wie Anm. 4), S. 176.
- 42 Kowalczuk, Ilko-Sascha: Die Übernahme: wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.
- 43 Für eine wegweisende Analyse der gesamteuropäischen Transformation nach 1989, in der vor allem der osteuropäischen Transition Modellcharakter zugesprochen wird, siehe Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent: eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
- 44 Wolff, Frank: Die unsichtbare Ruine des Kalten Kriegs: Die „Mauer in den Köpfen“ 30 Jahre nach dem Mauerfall, in: Geschichte der Gegenwart (2019).
- 45 Bösch, Frank (Hg.): Geteilte Geschichte: Ost- und Westdeutschland 1970 – 2000, Göttingen 2015.
- 46 Heins, Volker M.: Offene Grenzen für alle: Eine notwendige Utopie, Hamburg 2021.
- 47 Siehe hierzu Gatrell, Peter: The Making of the Modern Refugee, Oxford 2013.
- 48 Auszug aus Wolff: Die Mauergesellschaft, S. 86.
- 49 Auszug aus ebd., S. 87.
- 50 Di Cintio, Marcello: Walls: Travels Along the Barricades, London 2013; Albahari, Maurizio: Crimes of Peace: Mediterranean Migrations at the World's Deadliest Border, Philadelphia 2015; Brown, Wendy: Mauern: Die neue Abschottung und der Niedergang der Souveränität, Berlin 2018.



Alexander Sperrk: Die Geheime Staatspolizei in Anhalt. Personal, Lageberichte, Verfolgte (Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Bd. 5), Halle (Saale) 2021

Rezensiert von Felix Schneider

Mit einem erdrutschartigen Wahlsieg der NSDAP in der einstmaligen SPD-Hochburg Anhalt sind die Wahlen im Freistaat 1932 ein erstes Beispiel für die schrittweise erfolgte Machtübernahme vor 1933. Der Erforschung dieser dadurch nicht unbedeutenden Region fügt Alexander Sperrk durch den nun vorliegenden Band zu Personal, Lageberichten und Verfolgten der Geheimen Staatspolizei in Anhalt ein Puzzlestück hinzu, um auch eine „territoriale Lücke für das Bundesland Sachsen-Anhalt“ (S. 13) zu schließen. Damit wird die vor gut 15 Jahren abgeschlossene Edition der Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur preußischen Provinz Sachsen für die Jahre 1933 – 1936 ergänzt.¹

Seit über 60 Jahren gelten die Lageberichte der Gestapo als unerlässlich, um die Etablierung des NS-Regimes und die Unterdrückung jeder Opposition nachvollziehen zu können. Bisweilen geben sie auch Anlass, das Narrativ von der Gestapo als allwissendem Arm des Regimes zu hinterfragen. Entsprechend dieser Relevanz sind seit der ersten Edition von Lageberichten für die Regierungsbezirke Aachen und Köln durch Bernhard Vollmer 1957 etliche weitere Editionen erschienen.²

Der Autor hat sich jenseits der Quellenedition dazu entschieden, nach einer knappen Einleitung (S. 13 – 21) in einem ersten Teil die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Lage Anhalts zwischen 1932 – 1935 zu erörtern (S. 22 – 43), um anschließend in einem zweiten Teil genauer auf die Geschichte der anhaltischen Gestapo einzugehen (S. 44 – 69), ausführlich die ermittelbaren Biographien der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gestapostelle Dessau darzustellen (S. 69 – 208) und diesen Teil mit einem kurzen Abriss über die Vorgaben des Berichtswesens zu beschließen (S. 208 – 212).

Darauf folgt ein dritter Teil, der das Wirken des anhaltischen Regierungschefs, Staatsminister Alfred Freyberg (NSDAP), und das parallel zu den Lageberichten der Gestapo etablierte Berichtswesen der Staatsverwaltung einordnet (S. 212 – 224). Als vierter und letzter Teil vor der eigentlichen Edition nennt Sperk einige Forschungsergebnisse zum KPD- und SPD-Widerstand bis 1936 (S. 225 – 229).

In diesen vorgeschalteten Teilen legt Sperk kurz und prägnant den regionalgeschichtlichen Rahmen und die gesellschaftlichen Bedingungen der Etablierung der Gestapo dar und verknüpft sie mit der politischen Ebene. Auch die fundierte Relativierung der durch die DDR-Forschung überhöhten Rolle des KPD- und SPD-Widerstands kann überzeugen (S. 226). Insbesondere die letzten beiden Teile stehen allerdings wie losgelöst vom restlichen Text. Während sich die separate Behandlung der Biographie des NS-Ministerpräsidenten von Anhalt, Alfred Freyberg, als Politiker und weniger bekannte Größe des NS-Regimes noch erschließt, müsste die knappe Behandlung des KPD- und SPD-Widerstandes in einen größeren analytischen Kontext eingebunden sein. Auch die schiere Menge der von Sperk ermittelten Lebensläufe der Gestapo-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschwert eine eigenständige Ordnung des Gelesenen. Der Autor konstatiert selbst die Diversität der 60(!) Lebenswege in den und im Dienst des NS-Staates vom Leiter der Gestapo bis zum Sachbearbeiter und leistet darüber hinaus auch, wo möglich, den Ausblick in die Nachkriegszeit. Dem Ziel, die seiner Meinung nach bislang vernachlässigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der mittleren Ebene darzustellen und die These von deren vermeintlich häufiger Flucht in die westlichen Besatzungszonen zu widerlegen (S. 110), wird Sperk gerecht.

Der unzweifelhaft zu würdigende Aufwand hinter dieser Darstellung bedarf aber einer weitergehenden Einordnung in den Forschungsstand und einer systematischen Auswertung, um einerseits die Relevanz dieser Arbeit zu verdeutlichen und andererseits zur Verständlichkeit beizutragen. Wobei angemerkt sei, dass dies nicht als Kritik am sehr verständlichen und präzisen Schreibstil Sperks zu verstehen ist.

Die Lageberichte selbst sind dann, wie Sperk schon früh ankündigt (S. 14), im Vergleich zu denen für die Provinz Sachsen kürzer, in nicht unerheblichen Teilen gar nicht (neun Monate) oder nur lückenhaft (elf Monate) erhalten. Zudem setzten sie fünf Monate später ein als diejenigen für die Provinz Sachsen. Mit anderen Worten ergeben sich für die Monate von April 1934 bis März 1936, die vorliegen könnten, nur drei Monate mit vollständigen Berichten. An die Seite dieser Lageberichte der Gestapo stellt Sperk

diejenigen des anhaltischen Staatsministers Freyberg und kommt so auf 25 Lageberichte (S. 230–390). Durch die institutionellen Verstrickungen zwischen der Staatsregierung Anhalts und der Gestapo sind einige Abschnitte der Berichte, die laut Sperk vom selben Urheber stammen dürften (S. 15), wortgleich. Mit einem Verweis auf diesen Umstand an den jeweiligen Stellen hätte auf diese Dopplungen verzichtet werden können.

Eine Stärke der Edition besteht zweifelsohne in der umfangreichen Kommentierung und Erläuterung von Begriffen, wie „Hitlerputsch“ (S. 270, Anm. 458), die dem Fachpublikum geläufig sein dürften. Auch die sich anschließende umfangreiche Sammlung von Lebensläufen der in den Lageberichten erwähnten Personen (S. 391–580) ermöglicht – zusammen mit den Biographien der Gestapo-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – einem breiten Publikum den Zugang zur Komplexität nationalsozialistischer Herrschafts- und Verfolgungspraxis. Außerdem wird auch hier der Blick über 1945 hinaus auf den Umgang mit NS-Verfolgten gerichtet. Auffällig ist die, von Sperk selbst konstatierte, schwierige Lage von zumeist kurzzeitig inhaftierten KPD-Mitgliedern, denen das SED-Regime ihren Status als „Opfer des Faschismus“ (OdF) oder „Kämpfer gegen den Faschismus“ entzog. Wenn Sperk seinen Anspruch, für ein breites Publikum zu schreiben, allerdings selbst formuliert (S. 230), wäre es hilfreich, wie bereits angemerkt, wenn neben der gegebenen sprachlichen Verständlichkeit der Biographien und der hilfreichen Kommentierung der Lageberichte auch die analytischen Teile der Arbeit zu einem breiteren Verständnis der so aufwendig gewonnenen und ausgewerteten Quellen beitragen würden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass trotz dieser Einschränkungen mit diesem Band zur Geheimen Staatspolizei in Anhalt eine gut gelungene Edition vorliegt, die dem merklich lückenhaften Quellenmaterial eine beeindruckende Sammlung von Biographien an die Seite stellt und dieses Material neben der reichhaltigen Kommentierung einordnet. Sperk liefert damit nicht nur einen Anreiz für weitere Forschungen zur Geschichte des NS-Regimes auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts, sondern auch für weitere Arbeit an und mit dem vorgelegten Material – insbesondere in einer überregional vergleichenden, über 1945 hinaus reichenden Perspektive.

Anmerkungen

- 1 Rupieper, Hermann-J. / Sperk, Alexander (Hrsg.): Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei zur Provinz Sachsen 1933–1936, Bd. 1: Regierungsbezirk Magdeburg, Bd. 2: Regierungsbezirk Merseburg, Bd. 3: Regierungsbezirk Erfurt, Halle 2003–2006.
- 2 Vollmer, Bernhard (Hrsg.): Volksopposition im Polizeistaat, Gestapo- und Regierungsberichte 1934–1946, Stuttgart 1957. Für eine vollständige Liste der bislang erschienenen Editionen siehe: Sperk, Alexander: Die Geheime Staatspolizei in Anhalt. Personal, Lageberichte, Verfolgte (=Wissenschaftliche Reihe der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Bd. 5), Halle (Saale) 2021, S. 13 Anm. 1.



Lothar Rochau: Marathon mit Mauern. Mein deutsch-deutsches Leben, Halle (Saale), Mitteldeutscher Verlag 2021

Rezensiert von André Gursky

„Mein deutsch-deutsches Leben. Von Ost nach West – und wieder zurück. [...] Was hat mich zum Wanderer zwischen den beiden Deutschlands gemacht? Und was haben diese Wanderungen mit mir gemacht? Davon will ich erzählen.“ (S. 10) Der Untertitel des Buches ist Richtschnur für gewöhnliche und außergewöhnliche Ereignisse und Situationen, gebrochen aus einer individuellen und um Jahrzehnte versetzten Perspektive, die der Ich-Erzähler Lothar Rochau mit seinem autobiografischen Buch einnimmt. Freilich erzählt der einstige „Wanderer“ seine Sicht auf ein Leben im Arbeiter- und Bauernstaat DDR nicht allein – ein Leben, das 1983 dort selbst wider seinen Willen beendet schien, sondern gemeinsam mit der freischaffenden Journalistin Ines Godazgar und dem Journalisten und Krimiautor Peter Godazgar. Zugegeben enthält die Autobiografie über weite Strecken kriminologische Züge und genau das ist es, was den Buchtitel an sich ausmacht: „Marathon mit Mauern“. Auf den sportlich aktiven Marathon als „eine meiner großen Passionen“ (S. 230) kommt Rochau erst am Ende des Buches zu sprechen und stellt für sich fest: „Beim Laufen stoße ich an Grenzen – und überwinde sie.“ (S. 233) Und wie stellte sich das im Leben selbst dar? Welche Grenzen und Mauern taten sich für den 1952 im thüringischen Städtchen Weißensee Geborenen auf, dessen Vater aus Überzeugung vom sozialistischen Aufbau in dem noch jungen stalinistisch geprägten Teil Deutschlands aktiver SED-Parteigenosse mit parteipolitisch geprägter Perspektivlaufbahn wurde und dessen Mutter „getaufte evangelische Christin“ war. „Indes hatten die Kirche und das Christentum keinerlei Bedeutung in meiner Kindheit [...], so Rochau. (S. 17)

In den Beschreibungen seiner Kindheit und frühen Jugend wirft der Autor über die eigenen familiären Befindlichkeiten hinaus einen Blick auf „Menschliches, Allzumenschliches“ (Nietzsche 1878) in den institutionellen und privaten Lebenssituationen, deren

sich abzeichnender totalitär durchherrschter Alltag auch für den heranwachsenden Lothar quasi *aus gutem Elternhaus* immer offensichtlicher und auch spürbarer wurde. Als 1960 der durch spätere Selbstverbrennung (1976) überregional bekannte Pfarrer Oskar Brüsewitz nach Weißensee kam, erinnert sich Lothar Rochau, gab es zwischen dem Geistlichen und seinem Vater ständig Querelen. „Für mich waren die beiden immer ein bisschen wie Don Camillo und Peppone.“ (S.43) In der Fußnote zu diesen Romanfiguren wird jedoch auf die regelmäßige Erkenntnis der beiden hingewiesen, dass sie am Ende doch die gleichen Ziele verfolgen. Mag dies für die Romanfiguren so feststellbar sein – aber Kommunismus und Kirche mit den gleichen Zielen in der stalinistischen DDR, zu verstehen als Fingerzeig auf die später und bis heute umstritten diskutierte „Kirche im Sozialismus“? Zahlreiche Alltagssituationen und damit korrespondierende fast schon vergessene Begriffe stellt Lothar Rochau einfühlsam und auch augenzwinkernd dem Leser vor: „Rotlichtbestrahlung“, „Volkskontrolleure“, „Latschenkino“, „Jesuslatschen“, „Thälmannjacken“ oder „Winklemente“ und „Kunden“, letzterer Begriff mit völlig anderer Bedeutung als heute! Aber auch von „Asche“, „EK“ oder „Sakima“ ist die Rede – also der Armee (NVA = Asche), den Entlassungskandidaten und der Sand- und Kiefern-Macke (NVA-Standort Eggesin). Hier bei der *Asche*, sollte es Lothar später in einem Verhör seinem Peiniger im „Roten Ochsen“ zu Protokoll geben, erfolgte für ihn der endgültige Bruch mit dem propagierten sozialistischen Lebensideal. Als Blues-Fan und durch auffallend langes Haar und Bartwuchs einem „Gammler und Trampler“ gleich brachte der jugendliche Lothar, dessen Stasi-Akte just zu jener Zeit beginnt, seinen Vater nicht selten in peinliche und auch brenzlige Situationen – bis hin zum Bruch mit seinem Vater.

„Die großen Fragen lauteten damals für mich: Kann ich in einer Diktatur glücklich sein? Zu welchem Preis? [oder] Was konnte ich mit der christlichen Religion gewinnen?“ (S. 40) Wieder also die christliche Religion, die in Lothars Leben nahezu hineinzudrängen scheint, besser gesagt – deren im Neuen Testament (NT) dargelegter Moralkodex, der Lothar noch bei der *Asche* völlig andere Perspektiven zu eröffnen schien. Denn sein schmerzhafter Versuch, durch simulierte Krankheit den Armeedienst vor- und frühzeitig zu beenden, schlug fehl und wie durch Zufall besuchte er auf dem Rückweg vom Lazarett zum NVA-Standort eine Kirche, sprach mit der Küsterin, die ihm zuhörte, Trost spendete und ihm das Neue Testament schenkte.

Einblicke in eine längst vergangene und doch noch für viele heutige Zeitgenossen ge-

danklich sehr präsente Welt. Und in den damaligen Verhältnissen einer von ihm selbst empfundenen Diktatur, die mit Sozialismus nichts gemein habe, galt es sich einzurichten. 1973 ließ sich Lothar Rochau konfirmieren. Für ihn begann ein neuer Lebensabschnitt in den Neinstedter Anstalten, später in Eisenach mit der Ausbildung zum Diakon. (S. 48ff.)

Die im Buch geschilderten zeitgeschichtlichen Ereignisse der großen Politik in den 1970er Jahren beeinflussten den Jugenddiakon Rochau nahezu netzwerkartig. Denn gleich einem Netzwerk baute er soziale Kontakte insbesondere zu den Menschen auf, die einen besseren Sozialismus mit menschlichem Antlitz erstrebten (Vgl. auch sein Bezug auf Prag 1968 – S. 27) und unter diesen waren auch solche, die ein so verstandenes Bestreben im geheimdienstlichen Auftrag mit Argusaugen beobachteten. Lothar Rochau geriet in Halle-Neustadt, seinem neuen Arbeits- und Wirkungsort, immer umfassender in den Focus des Schildes und Schwert der SED-Führungspartei, des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Und es sollten sich neue Grenzen und Mauern zeigen, Schläge mitten ins Mark von Verrat, Betrug und Heuchelei – schon längst befand sich Lothar Rochau auf einem schier unendlich langen Weg, einem beschwerlichen Weg – eben einem Marathon gleich. Diese neuen Mauern gleichsam aus Staat und institutioneller Kirche wurden nahezu konspirativ gegen den streitbaren Jugenddiakon aufgetürmt. Überaus erfolgreich setzte Lothar Rochau mit Gleichgesinnten das Konzept einer „Offenen Arbeit“ im gottlosen Zentrum der Saalestadt (nämlich in Halle-Neustadt) unter Zulauf tausender Jugendlicher jenseits von staatlicher Gängelung insbesondere in Form von vielfältigen und legendären Werkstatt-Treffen um. Gleichwohl – der Staatssicherheitsdienst war immer dabei und schon längst aktiv, Rochau zu isolieren und aus der sozialistischen Musterstadt zu verbannen. Das MfS sprach von „Zersetzung feindlich-negativer Elemente“ – ein solches besonders gefährliches Element war Lothar Rochau, der (über 10.000 beschriebene Akten berichten davon) von nahezu 100 Spitzeln und einer Reihe hauptamtlicher Offiziere und Verhörspezialisten im „operativen Zusammenwirken“ mit anderen Organen der DDR letztlich auch erfolgreich „bearbeitet“ wurde. Die tragischen Dimensionen nicht nur der vom MfS inszenierten Zersetzungsstrategien, die uns Rochaus Autobiografie eindrücklich vor Augen führt, sind gewaltig. Sie zeigen auch die Banalität der Abgründe auf, die diktatorischen Systemen immanent sind – die „Banalität des Bösen“ (1963), von der schon Hannah Arendt in anderem Kontext treffend spricht. In der Rückschau auf seine Verhaftung

formuliert es Lothar Rochau so: „Hinter den Gefängnismauern zeigte sich die ‚Banalität des Bösen‘ in ihrer gemeinsten Form.“ (S. 151)

„Im Oktober 1980 gründeten Freunde und ich in Halle-Neustadt einen Oppositionskreis.“ (S. 117) Ohne es zu ahnen – auch hier gesellte sich der Geheimdienst über einen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) hinzu und Lothar Rochau vermerkt Jahre später fast noch immer fassungslos: „Ich staune bis heute, wie es gelingen konnte, Spitzel in solche privat-freundschaftlichen Kreise einzuschleusen.“ (S. 118) Den Erfolg des MfS wertet der seinerzeit rührige Bürgerrechtler und Oppositionelle als „strategische Meisterleistung des Staatssicherheitsdienstes der DDR.“ (S. 122) Ob Fahrraddemo oder andere Protestbekundungen gegen die Partei- und Regierungspolitik der SED, wie die Abfassung einer „Denkschrift zum Frieden“ (S. 173f.) – überall war der Geheimdienst dabei und versuchte auf Grundlage einer konspirativen Handlungsstrategie, Lothar Rochau zu kriminellen Handlungen zu bewegen. Das MfS zog alle Register der „Feindbearbeitung“ – auch das der Kriminalisierung der Person. Letztlich war es die Institution Kirche, insbesondere die dort erfolgreich agierenden Geheimdienstmitarbeiter, die als Auftragsgehilfen von SED und MfS den gewünschten Verhaftungsfall Rochau durch dessen Entlassung aus dem Kirchendienst ermöglichten. Vor allem dem Offizier im besonderen Einsatz (OibE) „Günter“, Oberkonsistorialrat Dr. Hammer, hatte das MfS, weiß Lothar Rochau, viel zu verdanken. (S. 125ff.)

Über die Geschehnisse in Haft berichtet Lothar Rochau ausführlich, auch über die stundenlangen Gespräche mit dem seinerzeit sehr bekannten Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche, Wolfgang Schnur, mit dem er in der Zelle betete. Informationen und Einschätzungen über die Psyche Rochaus berichtete der hochkarätige MfS-Informant Schnur unter dem Decknamen „Torsten“ nicht nur seinem Führungsoffizier, sondern gab darüber hinaus noch Hinweise, wie gegen Rochau weiter verfahren werden sollte. 1983 war das Jahr, in welchem die „Offene Arbeit“ unter Federführung von Lothar Rochau in Halle-Neustadt durch das MfS und durch Verrat – Verrat seiner eigenen Kirche – endgültig zerschlagen wurde.

Bis heute wirkt Rochaus Kampf nach – um Fragen der Rehabilitierung, der Buße und der Erwartung einer angemessenen Reaktion der evangelischen Kirchenleitung. (S. 239ff.) Denn auch nach seiner Abschiebung in den Westen bohrte das MfS weiterhin seinen Stachel nicht zuletzt wiederum über kirchliche Institutionen und Würdenträger tief in den Lebensweg des einstigen DDR-Oppositionellen.

Als die Mauer fiel, so Rochau, und tausende Menschen gen Westen strömten, zog es ihn zurück in die Noch-DDR, und tatsächlich wurde er wenige Monate vor der deutsch-deutschen Wiedervereinigung in die DDR eingebürgert. Über diese äußerst lebendige Zeit des Aufbruchs, aber auch über neue zwischenmenschliche und institutionelle Mauern berichtet Lothar Rochau detailliert mit Blick auf seine eigenen familiären Befindlichkeiten und die neuen Herausforderungen beim politischen Um- und Ausbau der Gesellschaft im folgenden Vierteljahrhundert.

Sehr frühzeitig gelang ihm nach dem Ende der DDR der offene Blick ins Visier – nämlich das seiner einstigen Peiniger: des früheren Staatsanwalts für politische Strafsachen in Halle, Helmut Klotz, der 1983 die Anklage vertrat, des Berliner MfS-Verhörspezialisten Joachim Groth, der hierfür die Orientierung und Maßgabe erstellte und des Rechtsanwalts Wolfgang Schnur, der Mandantenverrat beging. Mit all den Genannten führte Lothar Rochau zum Teil ausführliche retrospektive Gespräche – ernüchternd, aufschlussreich und spannend zugleich.

Über Wolfgang Schnur erschien eine von Alexander Kobylinski verfasste Biografie: „Der verratene Verräter. Wolfgang Schnur: Bürgerrechtsanwalt und Spitzenspitzel“ (Mitteldeutscher Verlag, Halle 2015). Das inzwischen öffentlich bekannte Interview von Lothar Rochau und einem Journalisten mit Helmut Klotz wurde 1990 im Einvernehmen auf Band aufgezeichnet, ebenso die im gleichen Jahr durchgeführten Gespräche Rochaus mit Joachim Groth in der Berliner Umweltbibliothek. „Schade nur“, vermerkt Lothar Rochau in seinem Buch, „dass die Tonbandaufzeichnungen von diesem Tag spurlos verschwunden sind.“ (S. 165) Ein Schalck, wer Arges dabei denkt.

Aus der Arbeit der Stiftung



**Halle-Forum vom 21. bis 22. Oktober 2021: Zersetzung.
Psychologie im Auftrag der Staatssicherheit.
Folgen – Aufarbeitung – Rehabilitierung**

André Gursky

Nach dem Ausfall des Halle-Forums 2020 auf Grund der Corona-Pandemie erfolgte die Fortsetzung des traditionellen jährlichen Treffens ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR in Sachsen-Anhalt in diesem Jahr erneut unter den besonderen Bedingungen der Pandemie. Denn bedingt durch die erforderliche Einhaltung von Hygieneregeln (3-G-Regel, Mindestabstand, Kontaktbeschränkung) konnte das Halle-Forum nicht in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) stattfinden. Zudem war die Durchführung der Veranstaltung an eine Obergrenze für Anmeldungen an den hierfür gefundenen alternativen Veranstaltungsorten – Mitteldeutsches Multimedia Zentrum (MMZ) Halle und Konzerthalle Ulrichskirche – gebunden. Darüber hinaus bestand jedoch für Interessierte die Möglichkeit, beide Veranstaltungstage im Livestream – realisiert über den Offenen Kanal Wettin – mitzuverfolgen.

Der aktuelle Bezug für das Thema des diesjährigen Halle-Forums „Zersetzung. Psychologie im Auftrag der Staatssicherheit ...“ ist die berüchtigte Richtlinie 1/76 des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR und die seit kurzer Zeit durch die Corona-Pandemie von der Öffentlichkeit beinahe unbemerkte, vom Gesetzgeber erlassene neue Regelung für diejenigen Menschen, die den Zersetzungsstrategien des MfS ausgesetzt waren. Am 1. Januar 1976, vor 45 Jahren, setzte das MfS die interne Richtlinie Nr. 1/76 „zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“ in Kraft. Darin war erstmals von „Zersetzung“ als strategischer Maßnahme gegen „feindlich-negative Elemente“ die Rede. Es wurden verschiedene Methoden aufgelistet, die das ausgefeilte Vorgehen des DDR-Geheimdienstes dokumentieren. Prof. Dr. Dr. Martin Wieser von der Sigmund-Freud-Privatuniversität in Berlin, Mitglied der Ethikkommission der Fakultät für Psychotherapiewissenschaft, Psychologie und Rechtswissenschaften, leitet dort das bis 2023 angelegte Projekt „Theorie, Geschichte und Konsequenzen der Operativen Psychologie“. Über Inhalte, die Auswertung verschiedener Materialien aus den Hinterlassenschaften des MfS, die Durchführung von Zeitzeugengesprächen und den Stand der Forschungen mit Bezug auf die



Referent Prof. Dr. Dr. Martin Wieser auf dem Podium mit Moderator Dr. Kai Langer, 21. Oktober 2021

Entwicklung psychologischen Wissens und dessen Anwendung durch den Geheimdienst der DDR informierte Professor Wieser anschaulich zum Auftakt des Halle-Forums. Dabei ging er auch auf die interaktive Situation konkreter Vernehmungen durch psychologisch geschulte MfS-Offiziere ein und erläuterte langfristig wirkende Konsequenzen für die Betroffenen und deren Familien. Der letzte Themenkomplex im Vortrag von Professor Wieser orientierte auf den Titel des diesjährigen Halle-Forums, den zentralen Begriff der operativen Psychologie des MfS: Zersetzung. Die Politikwissenschaftlerin, Ausstellungskuratorin und Buchautorin aus Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Sandra Pingel-Schliemann, thematisierte in ihrem Vortrag ausführlich die Zersetzungsstrategien des DDR-Geheimdienstes seit den 1970er Jahren und hob heraus, dass erst durch ein ausgefeiltes Netz von inoffiziellen Mitarbeitern (IM) derartige Strategien die gewünschte Wirksamkeit erlangen konnten: Zerstörung der Persönlichkeit. Nicht nur Bürger aus der DDR waren von Zersetzung als subtiler Repressionsmethode der DDR-Geheimpolizei betroffen, sondern darüber hinaus auch Bürger im westlichen Ausland, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. Am Ende des ersten Veranstaltungstages berichtete Lothar Rochau über seinen Lebensweg in der DDR und die vom MfS



gegen ihn eingeleiteten Zersetzungsmaßnahmen (ausführlich beschrieben in seinem Buch: *Marathon mit Mauern. Mein deutsch-deutsches Leben, Halle 2021*).

Dr. Karl-Heinz Bomberg, Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Anästhesie und Intensivmedizin in Berlin, eröffnete den zweiten Tag des Halle-Forums in der Konzerthalle Ulrichskirche. Der Buchautor von *Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR (Gießen 2020)* stellte verschiedene Bewältigungsformen politischer Traumatisierung vor und berichtete aus eigener Praxis in Berlin, seiner Tätigkeit als Lehranalytiker und Supervisor, zudem aber auch als selbst von Zersetzungsmaßnahmen und Inhaftierung durch das MfS Betroffener darüber, wie mittels reflexiver und künstlerischer Durchdringung von Traumatisierungsfolgen ein Beitrag zur Aufarbeitung der Spätfolgen politischer Traumatisierung geleistet werden kann. In einer das Halle-Forum 2021 abschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Dr. Sandra Pingel-Schliemann, Birgit Neumann-Becker (Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) und die Physikerin und DDR-Bürgerrechtlerin Brunhild Köhler

über Folgen, Stand der Aufarbeitung und Rehabilitierung der Betroffenen von Zersetzungsmaßnahmen durch das MfS. Aus eigener Erfahrung berichtete Brunhild Köhler über Schwierigkeiten, die mit der Aufarbeitung von Zersetzung sowohl vor als auch nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung verbunden waren und den damit korrespondierenden, von Rehabilitierungsbehörden geforderten Nachweis, dass geheimpolizeilich inspirierte Zersetzung in einer staatlich organisierten Diktatur ihren Lebensweg nicht nur beeinflusste, sondern auch modifizierte. Dr. Sandra Pingel-Schliemann führte aus, dass in der gesellschaftlich-politischen Debatte – einschließlich im Bundestag – über eine lange Zeit bis 2018 politische Haft als dominantes Repressionsinstrument von SED und MfS angesehen wurde, die Zersetzungsstrategien jedoch weitestgehend unterbelichtet blieben. Erst mit Gesetzesänderung im November 2019, so Birgit Neumann-Becker wurden Zersetzungsmaßnahmen des MfS durch Rehabilitierungsbehörden berücksichtigt. Pingel-Schliemann votierte dahingehend, allen Zersetzungsopfern, zu denen seit 1976 ein operativer Vorgang (OV) angelegt wurde, grundsätzlich und ohne Dokumentennachweis aus den geheimpolizeilichen Akten eine finanzielle Entschädigung zuzugestehen; Hintergrund: die MfS-Mitarbeiter waren mit Einführung der Richtlinie 1/76 angewiesen, die OV durch Zersetzung abzuschließen.

Mit der Thematik befasste Bearbeiter in den Verwaltungsbehörden sollten vor allem sensibilisiert und auch weitergebildet werden – z.B. durch solche Veranstaltungen wie das Halle-Forum.

An beiden Tagen kam es wieder zu zahlreichen persönlichen Begegnungen und interessanten Gesprächen zwischen ehemals Inhaftierten aus dem „Roten Ochsen“ und den Referenten der Veranstaltung.

Das diesjährige Treffen wurde als Kooperationsveranstaltung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt, der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, der Stiftung Rechtsstaat Sachsen-Anhalt e.V., der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. und des Vereins gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. organisiert.

Am ersten Tag des Halle-Forums im MMZ hatten die Teilnehmer auch Gelegenheit, die Sonderausstellung „Zersetzung. Repressionsmethode des Staatssicherheitsdienstes“ (eine Präsentation des Vereins Denkstätte Teehaus Trebbow e.V.) zu besichtigen.

Die musikalische Umrahmung gestalteten die Schüler Emma und Friedrich Borggreffe vom Elisabeth-Gymnasium Halle (Saale).



Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

David Begrich ist Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. in Magdeburg. | **Pascal Begrich** ist Geschäftsführer bei Miteinander e.V. in Magdeburg. | **Johannes Golling** ist 1. Vorsitzender des Julius-Schniewind-Haus e.V. in Schönebeck (Elbe). | **Dr. André Gursky** ist pädagogischer Mitarbeiter der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale). | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Dr. Angela Merkel** ist Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. | **Dr. Joachim Scherrieble** arbeitet im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat Denkmalschutz, UNESCO Weltkulturerbe; in den Jahren 1996 bis 2009 leitete er die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Felix Schneider** ist Doktorand am Institut für Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Stipendiat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. | **Prof. Dr. Jens-Christian Wagner** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. | **PD Dr. habil. Frank Wolff** ist Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück.

Fotonachweis

Titelbild: Johannes Golling

S. 5: Bundesregierung, Guido Bergmann | S. 8: Wolfgang Schilling | S. 13: Sammlung KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora | S. 26: Rolf Kiy, „Freiheit“ | S. 30 / 40: Privatsammlung Kai Langer | S. 50 / 51 / 55: Sammlung Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn | S. 101: Johannes Golling | S. 105: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Martin Hanusch | S. 120 / 124: Mitteldeutscher Verlag | S. 131: Sammlung Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Daniel Bohse, Kai Langer (v.i.S.d.P.)

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Montag bis Freitag 09:00 bis
15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat 14:00 bis 17:00 Uhr
und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansesstadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist tags-
über zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599 9
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr Donnerstag
09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Gedenkdenkmal Höstensleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

**Aufgrund der Corona-Pandemie bitten wir darum, sich auf der Webseite
über die aktuellen Öffnungszeiten zu informieren.**

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT